

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

95. Sitzung

Hannover, den 7. Dezember 1993

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 8887

Tagesordnungspunkt 1:

Zweite Beratung: a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994 – HG 1994 –) – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/5255 – Ergänzungsvorlage – Drs 12/5620 – Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen – Drs 12/5761 bis Drs 12/5777 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5811 – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5815 – Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5816 – b) Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 12/5715 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5814 – c) Haushalt 1994: Erhöhung der Einstellungschancen junger Lehrkräfte und Verbesserung der Alters-

struktur der Kollegien durch Förderung der Teilzeitarbeit von Lehrerinnen und Lehrern – Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drs 12/5778 – d) Haushalt 1994: Mittelfristige Finanzplanung 1993 bis 1997 – Modernisierung des öffentlichen Dienstes und effiziente Leistungsverwaltung – Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drs 12/5779 8887

Freiherr von Wangenheim (CDU),
Berichterstatter 8888

Schröder,
Ministerpräsident 8890

Gansäuer (CDU) 8897

Aller (SPD) 8907, 8943

Hildebrandt (FDP) 8916

Dr. Roske (Bündnis 90/Die Grünen) 8924

Dr. Schneider (Isernhagen) (CDU) 8930

Schneider (Salzgitter) (SPD) 8933

Bannier (FDP) 8936

Dr. Hruska (FDP) 8937, 8951, 8960

von Hofe (Bündnis 90/Die Grünen) 8938, 8961

Wernstedt, Kultusminister.....	8940
Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten.....	8941
Grill (CDU)	8943
Jüttner (SPD)	8947
Frau Dr. Schole (Bündnis 90/Die Grünen)	8952
Griefahn, Umweltministerin	8954
Brauns (SPD)	8956
Ronsöhr (CDU)	8958, 8966
Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	8964
(Erste Beratung: 87 Sitzung am 8. 9. 1993)	
Nächste Sitzung	8966

Vom Präsidium:

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsident	Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (Grüne)
Vizepräsident	Rehkopf (FDP)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführerin	Lübben (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführer	Schuricht (SPD)
Schriftführer	Puls-Janssen (Grüne)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin	Pawelski (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführerin	Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Weber, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schapper, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Neuber, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	
Kultusminister Wernstedt (SPD)	Staatssekretärin Jürgens-Pieper, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Henze, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltministerin Griefahn	Staatssekretär Horn, Niedersächsisches Umweltministerium
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	Staatssekretärin Dr. Karras, Niedersächsisches Frauenministerium

Beginn: 14.03 Uhr.

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 95. Sitzung im 37. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Die Fraktionen haben mir mitgeteilt, daß sie sich darauf verständigt haben, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 abzusetzen. – Ich stelle fest, das Haus ist damit einverstanden.

Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Außerdem sind vier Dringliche Anfragen eingegangen. Diese werden morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt unserer Sitzungen steht die Beratung des Landeshaushalts 1994. Diese soll nach den positiven Erfahrungen der letzten Jahre wieder in Beratungsblöcke aufgeteilt werden:

Die Beratung des Haushalts 1994 beginnt nach dem Bericht des Haushaltsausschusses mit der allgemeinpolitischen Debatte, in der über die Regierungs- und Haushaltspolitik gesprochen werden soll. Heute nachmittag und morgen soll dann in drei Blöcken über die von den Fraktionen ausgewählten Haushaltsschwerpunkte debattiert werden. Für alle Beratungsblöcke sind Redezeiten festgesetzt worden.

Abgeschlossen wird die Haushaltsberatung mit den notwendigen Abstimmungen, die nach der vorgegebenen Haushaltsgliederung und weitgehend gebündelt durchgeführt werden sollen.

Ich gehe auch hierbei davon aus, daß das Haus mit diesem Ablauf und mit den vom Ältestenrat für die Haushaltsberatung wie auch für die weiteren Punkte festgesetzten Redezeiten einverstanden ist. – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt ein umfangreiches Programm zu erledigen. Ich appelliere an Sie, die Debatte trotz aller unterschiedlicher Meinungen fair und auch diszipliniert zu führen.

(Zustimmung.)

Ich bitte das Haus auch, den Rednern Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Ende der heutigen Sitzung ist gegen 20.10 Uhr vorgesehen.

Schließlich habe ich noch bekanntzugeben, daß in der Wandelhalle die Ausstellung „Die Geschichte der Emslandlager und das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager in Papenburg“ gezeigt wird. Die Präsentation entstand in der Verantwortung des Aktionskomitees für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager in Papenburg. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Von der Fraktion der SPD haben sich entschuldigt die Abgeordnete Frau Hammelstein und der Abgeordnete Reckmann.

Präsident Milde:

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Zweite Beratung: a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994 – HG 1994 –)** – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/5255 – Ergänzungsvorlage – Drs 12/5620 – Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen – Drs 12/5761 bis Drs 12/5777 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5811 – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5815 – Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5816 – b) **Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben** – Drs 12/5715 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5814 – c) **Haushalt 1994: Erhöhung der Einstellungschancen junger Lehrkräfte und Verbesserung der Altersstruktur der Kollegien durch Förderung der Teilzeitarbeit von Lehrerinnen und Lehrern** – Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drs 12/5778 – d) **Haushalt 1994: Mittelfristige Finanzplanung 1993 – 1997 – Modernisierung des öffentlichen Dienstes und effiziente Leistungsverwaltung** – Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drs 12/5779

Der Gesetzentwurf des Landesministeriums in der Drucksache 5255 wurde in der 87. Sitzung am 8. September 1993 an den Ausschuß für Haushalt

Präsident Milde

und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Der Ausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf – Drucksachen 5255 und 5620 – mit den in den Beschlußempfehlungen vorgeschlagenen Änderungen – das sind die Drucksachen 5761 bis 5777 – anzunehmen. Über die Entschließungsanträge wird gemäß § 36 unserer Geschäftsordnung nach der Schlußabstimmung über den Haushaltsgesetzentwurf abgestimmt.

Zunächst wird der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen kurzen Bericht geben. Wir beginnen dann die Haushaltsberatung 1994 mit dem Beratungsteil „allgemeinpolitische Debatte über die Regierungs- und Haushaltspolitik“. Insgesamt sind etwa drei Stunden Beratungszeit vorgesehen. In der Debatte stehen den Fraktionen dann folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils 45 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jeweils 30 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 30 Minuten nicht überschreitet.

Berichtersteller ist der Abgeordnete Freiherr von Wangenheim. Herr Abgeordneter von Wangenheim, ich erteile Ihnen das Wort.

Freiherr von Wangenheim [CDU], Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen empfiehlt die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1994 nebst seiner Anlagen einschließlich des Haushaltsplans unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage in der Drucksache 5620 mit den aus den Beschlußempfehlungen ersichtlichen Änderungen, die ich als Berichtersteller wie folgt erläutere:

Aus dem Haushaltsgesetz soll – und dies ist nach der bisherigen Praxis in Niedersachsen neu – ein Artikelgesetz werden, das als Artikel I das Haushaltsgesetz selbst enthält und in weiteren Artikeln einige Fachgesetze ändert. Der federführende Haushaltsausschuß empfiehlt dieses Verfahren wegen seiner größeren Transparenz und um das eigentliche Haushaltsgesetz von Regelungen freizuhalten, die unter dem Gesichtspunkt des Bepackungsverbotes nach Artikel 65 der Niedersächsischen Verfassung bedenklich sein könnten. Dieses Verfahren sollte allerdings nicht Schule machen, da der Weg über die Beratungen des Haushaltsausschusses nicht dazu führen darf, die Einbringung von Gesetzen im Landtag und deren Beratung in den Fachausschüssen zu umgehen.

Das Haushaltsgesetz selbst hat im übrigen in den Ausschußberatungen neben redaktionellen Ände-

rungen einige erläuterungsbedürftige Änderungen erfahren.

Auf Anregung des Landesrechnungshofs empfiehlt der Haushaltsausschuß in § 9 Abs. 2, das von der Landesregierung erklärte Ziel, 92 Stellen im Haushaltsjahr 1994 in den Ministerien und in der Staatskanzlei einzusparen, gesetzlich festzuschreiben. Darüber hinausgehend hatte der Haushaltsausschuß zunächst einvernehmlich vorgesehen, freierwerdende Stellen so lange zu sperren, bis dieses Einsparungsziel erreicht ist. Die Vertreter der Regierungsfractionen griffen dann jedoch die Bedenken auf, die seitens des Finanzministeriums gegen die Praktikabilität einer solchen Sperre geltend gemacht wurden. Da sich eine vermittelnde Lösung nicht finden ließ, die auf der einen Seite frühzeitige Einsparungen erzwungen und andererseits die notwendige Flexibilität der Personalwirtschaft gewahrt hätte, sah die Ausschußmehrheit gegen die Stimmen der Vertreter der CDU im Ergebnis von einer Sperrung freierwerdender Stellen in den Ministerien ab.

(Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Die zu § 10 Abs. 3 einvernehmlich empfohlene Fassung reduziert die Zahl der Stellen im Lehrerbereich, die von Angestelltenstellen in Planstellen für Beamte umgewandelt werden können.

Zu § 11 Abs. 2 empfiehlt der Haushaltsausschuß eine Klarstellung, daß die dort genannten Förderprogramme der Europäischen Gemeinschaft nur dann mit Komplementärmitteln des Landes über den Ansatz im Haushaltsplan hinaus finanziert werden dürfen, wenn das Programm selbst im Haushaltsplan berücksichtigt ist.

Der Landesrechnungshof hat zu Recht auf eine Klarstellung in § 17 Abs. 2 Nr. 3 hingewirkt: Die Aussetzung der Förderung neu anerkannter Einrichtungen der Erwachsenenbildung betrifft nicht nur die Einrichtungen, die in 1994 anerkannt werden, sondern auch diejenigen, die nach dem am 5. Juli 1993 in Kraft getretenen Nachtragshaushaltsgesetz anerkannt worden sind.

Der neue Abs. 2 a in § 17 ermöglicht Zuwendungen, die das Schulgesetz sonst nicht zulassen würde, um Schülern den unentgeltlichen Besuch bestimmter Schulen im Bereich der Pflegeausbildung zu ermöglichen.

Die Änderung des § 17 Abs. 3 a geht auf einen Antrag der Regierungsfractionen zurück und ermöglicht eine besondere Förderung des Sports aus den Lotto-/Toto-Mitteln.

Die in § 17 Abs. 5 in der Fassung der Ergänzungsvorlage und in Abs. 6 enthaltenen Sonderregelungen zum Wassergesetz sind aus den eingangs ge-

nannten Gründen gestrichen und als Änderungen des Fachgesetzes in Artikel II aufgenommen worden. Inhaltlich folgte der Haushaltsausschuß dabei in Nr. 2 nicht der in der Ergänzungsvorlage vorgesehenen Regelung, den Wasserunterhaltungsverbänden Zuschüsse für solche Unterhaltungsmaßnahmen zu gewähren, die ökologischen Belangen besonders Rechnung tragen, sondern einer Empfehlung des Ausschusses für Umweltfragen, den bei den Zuschüssen des Landes vorgesehenen Sockelbetrag zu erhöhen, den die Unterhaltungsverbände zu tragen haben. Dies führt zu einer Einsparung von 3 Millionen DM im Landeshaushalt.

Der Artikel III sieht die Verlängerung der Geltungsdauer des Vorschaltgesetzes für ein Gesetz zur finanziellen Förderung der Arbeit der Umweltverbände um ein Jahr vor, da das in Aussicht genommene Fördergesetz erst 1994 beraten und gegebenenfalls verabschiedet werden kann.

Der Artikel IV enthält die Korrektur eines gesetzgeberischen Versehens in der Vierten Schulgesetznovelle, die bewirkt, daß auch künftig Geldbußen bei Ordnungswidrigkeiten im schulrechtlichen Bereich verlangt werden können.

Artikel V enthält schließlich eine Änderung des Ministergesetzes dahingehend, daß das Amtsgehalt der Ministerinnen und Minister im Jahr 1994 nicht steigt, falls die hierfür rechnerisch maßgebliche Besoldung der Beamten erhöht werden sollte. Diese Regelung einer „Nullrunde“ folgt dem Beispiel einer entsprechenden bundesrechtlichen Regelung und soll zur Folge haben, daß die Minister zwar an Besoldungsanpassungen im Jahr 1995 wieder teilnehmen, daß aber der etwaige Fehlbetrag aus dem Jahr 1994 auch später in Abzug bleibt. Die hier vorgeschlagene Regelung erfaßt im übrigen auch die Versorgungsempfänger und deren Hinterbliebene. Sie ist auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen worden, nachdem zunächst der Sprecher der CDU-Fraktion ein Einfrieren der Ministerbezüge auf Dauer beantragt hatte, hierfür aber nicht die Mehrheit des Ausschusses fand.

Die Annahme der geänderten Fassung des Haushaltsgesetzes 1994 einschließlich der Änderung verschiedener Fachgesetze empfiehlt der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP.

Ich komme nun zu den Einzelplänen. Dazu eine Vorbemerkung. Zu fast allen Einzelplänen sind sowohl in den Fachausschüssen als auch im Haushaltsausschuß von allen Fraktionen zahlreiche Änderungsanträge gestellt worden, die naturgemäß

nicht immer eine Mehrheit fanden und deshalb in den Beschlußempfehlungen nicht oder nicht in voller Höhe berücksichtigt sind.

Der Haushaltsausschuß schlägt sowohl auf der Ausgabenseite als auch für die Einnahmen und Verpflichtungsermächtigungen umfangreiche Veränderungen vor. Ich beschränke mich hier auf einen Gesamtüberblick.

Die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen führen im Ergebnis zu einer Einnahme- und Ausgabeverminderung von rund 27,4 Millionen DM. Der Betrag der Verpflichtungsermächtigungen wird allerdings um 381 Millionen DM erhöht. Die Steigerungsrate des Haushaltsvolumens gegenüber dem Haushalt 1993 bleibt damit im wesentlichen unverändert.

Um Ihnen schließlich einen groben Überblick über die Änderungen des Ausschusses zu geben, nenne ich Ihnen noch einige Zahlen.

Auf der Einnahmeseite stellen sich die wesentlichen Änderungen wie folgt dar:

Bedingt durch die Änderung des Hochschulgesetzes verringern sich die Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie die Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von staatlichen Einrichtungen, Personal und Material um 7 Millionen DM.

Für die Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe werden vom Bund zusätzlich 2,5 Millionen DM erwartet.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 6,3 Millionen DM erwartet das Land vom Bund für nationale Maßnahmen aufgrund von EG-Handelsbeschränkungen wegen der finanziellen Folgen der Schweinepest. Die Mittel des Bundes für einzelbetriebliche Maßnahmen nach der Gemeinschaftsaufgabe sinken um 11 Millionen DM und die Erstattungen vom Bund und vom Land für die Verwaltungshilfe Sachsen-Anhalt um 13,8 Millionen DM. Für die Abwasserbehandlung werden vom Bund 6,7 Millionen DM weniger Mittel erwartet.

Auf der Ausgabeseite sollen die persönlichen Verwaltungsausgaben um 16,7 Millionen DM herabgesetzt werden, davon allein für die Verwaltungshilfe Sachsen-Anhalt um 10,8 Millionen DM. Die Mittel für sächliche Verwaltungsausgaben sollen um 5,2 Millionen DM steigen.

Die Finanzierungshilfen für Einrichtungen und Maßnahmen für alte Menschen sollen um 2,5 Millionen DM erhöht werden.

Für Investitionszuschüsse auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe sollen zusätzlich 5,1 Millionen DM und für die Milderung der Auswirkungen

Freiherr von Wangenheim

der Schweinepest zusätzlich 16,0 Millionen DM eingesetzt werden.

Verringert werden sollen auf der Ausgabeseite die Ansätze für die Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen Gebieten im Rahmen der einzelbetrieblichen Maßnahmen um 18,4 Millionen DM, die Ansätze für Zinsen um 5 Millionen DM und die Ansätze für die Förderung der Abwasserbehandlung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe um 11,3 Millionen DM.

Wie bereits ausgeführt, sollen die Verpflichtungsermächtigungen um insgesamt 381 Millionen DM steigen. Beispielhaft nenne ich folgende Bereiche, die damit bedacht werden sollen: Finanzierungshilfen zu Einrichtungen und Maßnahmen für alte Menschen, Bau einer Feuerwache im Bereich der Kliniken der Universität Göttingen, Bau eines Hörsaalzentrums bei der Universität Oldenburg, Engpaßbeseitigung im Innenstadtbereich der Stadt Osnabrück, Sanierung und Erweiterung der Hauptmensa sowie des Neubaus einer Nebenmensa bei der Technischen Universität Braunschweig, Ausbau der Informatikinstitute bei der Universität Hannover, Mittel für das Transplantationszentrum der MHH, Mittel für das Roemer- und Pelizaeus-Museum, Verstärkung von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit, ökologische Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie Mittel für die Sonderabfalldeponie Münchehagen.

Damit, Meine Damen und Herren, habe ich Ihnen einen kurzen Überblick darüber gegeben, was im Haushaltsausschuß tatsächlich bewegt werden konnte. Zum Schluß darf ich Ihnen das Abstimmungsergebnis im einzelnen vortragen.

In der Abstimmung über die Einzelpläne des Haushaltsplanentwurfs 1994 beschloß der Ausschuß für Haushalt und Finanzen die Einzelpläne 01 – Niedersächsischer Landtag – und 14 – Landesrechnungshof –, einer alten guten Übung folgend, einstimmig. Die übrigen Einzelpläne billigte der Ausschuß gegen die Stimmen der Ausschußmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet Sie, seinen Beschlußempfehlungen zuzustimmen.

Damit bin ich am Ende meines Berichts. – Herr Präsident, meine Damen und Herren, vielleicht erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Wenn man, wie ich, mittlerweile den zwanzigsten Haushaltsplanberatungen beigewohnt hat, kommt einem manchmal der Gedanke, ob die allgemeine Vorstellung, wir könnten nur noch klagen, zutrifft. Jetzt hatten wir einen Etat von rund 39 Milliarden DM zu beraten. Ich darf Sie daran erinnern oder denen, die es nicht miterlebt haben, mitteilen: Vor 20 Jahren, als ich das erstmal beim Haushalt dabei

war, haben wir über 17 Milliarden DM geklagt. Ich glaube, daß nichts mehr geht, wäre eine Übertreibung.

(Beifall im ganzen Hause.)

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter von Wangenheim, ich danke Ihnen für den Bericht und erteile nun dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einige Bemerkungen zu dem Rahmen, in dem dieser Haushaltsplan beraten wird, und natürlich auch zu den Schwerpunkten dieses Haushaltsplans für das Jahr 1994 machen.

Ich denke, jeder wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß dieser Haushalt in einer ungewöhnlich schwierigen ökonomischen, aber auch politischen Situation beraten wird. Wer aufmerksam in die Zeitungen schaut, findet täglich – ich füge hinzu: leider – auch in Niedersachsen neue Nachrichten über geplante oder tatsächlich vorgenommene Massenentlassungen. Das ist teilweise Ausfluß einer ökonomischen Krise, die sowohl konjunkturelle als auch – und das ist das langfristig Wirkende – strukturelle Ursachen hat.

Die Ankündigung oder gar Durchführung von Massenentlassungen hat immer zwei Seiten: Auf der einen Seite sind Massenentlassungen die, wie ich finde, nur oberflächliche Reaktion auf konjunkturelle und strukturelle Schwierigkeiten; auf der anderen Seite ist der Ausspruch des neuen Arbeitsdirektors von Volkswagen, daß jeder Arbeitsplatz ein Gesicht habe, richtig. Wenn er richtig ist, müssen sich nicht nur einzelne Unternehmen, sondern muß sich die Wirtschaft daran erinnern und sich vor allen Dingen daran halten.

Meine Damen und Herren, wir als Politiker haben – bezogen auf Lemwerder – nicht nur, aber auch Kritik an den durchgeführten oder angekündigten Maßnahmen zu äußern. Wir haben zu kritisieren, wie wenig Verantwortliche in der Wirtschaft bereit sind, diese Maßnahmen der Politik vorher anzukündigen, ja sie mit ihr zu koordinieren, obwohl es doch so ist, daß Politik – gleichgültig, ob Regierung oder Opposition – die Folgen dieser Maßnahmen immer mitzutragen hat. Darüber hinaus berühren diese Maßnahmen die Legitimationsgrundlage von Politik und Politikern in der Demokratie.

Was, meine Damen und Herren, soll ich eigentlich davon halten, wenn ich in der Zeitung lesen muß, daß der AEG-Konzern darüber nachdenkt

(Gansäuer [CDU]: Das ist schon beschlossen!)

– darüber nachdenkt und beschlossen hat –, in Hameln und in Springe funktionierende Werke auszugliedern, zu teilen und ausgegliedert und geteilt an Interessenten zu verkaufen, die wir weder im einzelnen kennen noch über die jemals mit uns geredet worden ist, obwohl wir alle, egal an welchem Platz, mit den Folgen einer solchen Politik fertig werden müssen? Man muß darauf verweisen, daß solche Rahmenbedingungen – unterlassene Koordination, unterlassene Information bei solchen Maßnahmen – zur Folge haben – wie immer man ansonsten die Wahlergebnisse in Brandenburg beurteilt –, daß die Radikalen, die dort für die Misere verantwortlich sind, auf einmal wieder Boden unter den Füßen bekommen. Bei allem, was in diesem Hause zwischen uns steht: Wenn das die Konsequenz ist – und das könnte sie auch anderswo sein –, dann müssen wir gemeinsam dagegen Front machen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Wir müssen uns die Frage stellen, ob es in Sachen Erhalt von Beschäftigung, Kampf um einzelne Arbeitsplätze – jedenfalls soweit es uns alle angeht –, Kampf um die Erhaltung der Betriebe eine andere Strategie als die, die ich eben skizziert habe, gibt.

Es ist auch in diesem Hause vernünftig daran zu erinnern, daß von Niedersachsen in der letzten Zeit sehr wohl ein anderes, ein rationaleres, ein humaneres Signal ausgegangen ist. Was immer man gegen Einzelheiten des Tarifabschlusses bei Volkswagen einzuwenden haben mag – darüber ist auf der einen wie auf der anderen Seite sicherlich zu streiten –: Für mich trägt dieser Abschluß einen Wert in sich, nämlich den Bruch mit dem Weiterführen der Massenentlassungen und den ernst gemeinten und, wie ich hoffe, auch erfolgreichen Versuch, Beschäftigung zu halten, gerade auch dann, wenn das von den Unternehmen auf der einen und den Beschäftigten auf der anderen Seite Einbußen und Abstriche an dem, was erarbeitet worden ist, verlangt. Was immer man im einzelnen zu kritisieren haben mag: Das, was versucht worden ist, sollte jedenfalls aus Niedersachsen heraus unterstützt werden, sollte als Signal gelten, mit der Krise ökonomisch sinnvoller und humaner fertig zu werden, als das ganz offenbar in anderen Unternehmen in den genannten Bereichen auch in Niedersachsen geschehen ist und – so ist zu befürchten – weiter geschehen wird.

Diese Strategie mangelnder Koordination, mangelnder Kenntnis der sozialen Zusammenhänge

und mangelnder unternehmerischer Phantasie berührt inzwischen die Legitimationsgrundlagen unserer politischen Demokratie. Deshalb sind wir alle – ich meine wirklich alle – aufgerufen sind, dagegen Front zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was immer über diesen Haushalt zu streiten sein wird – und es ist ganz selbstverständlich, daß darüber gestritten wird –: Ich möchte Ihnen gern verdeutlichen, daß und warum wir einzelne Positionen in diesem Haushalt so eingerichtet haben. Unserer Auffassung nach ist es unausweichlich, daß die Frage, wie man Einkommen und Auskommen durch Arbeit erzielt, im Mittelpunkt all unserer politischen Anstrengungen – vermutlich während der gesamten 90er Jahre – stehen muß. Wenn dem so ist, daß diese Frage auch im Mittelpunkt unserer landespolitischen Arbeit stehen muß, obwohl wir nicht über die Steuergesetzgebungsinstrumente verfügen, die eigentlich die entscheidenden Daten setzen, dann muß ein Haushalt das auch ausweisen. Es gibt drei Elemente, an denen das deutlich wird. Das eine ist: Was wird getan, um vorhandene Beschäftigung zu sichern? – Das zweite ist: Was wird getan, um Menschen, die arbeitslos geworden sind, wieder in Lohn und Brot zu bringen? –

Das dritte ist: Welche Antwort gibt der Haushalt darauf, um das erste und das zweite, also Zusammenbruch und Arbeitslosigkeit, in den Grenzen, in denen man das kann, vorausschauend zu verhindern?

Wenn ich an den Anfang meiner Ausführungen den Hinweis darauf stelle, was wir getan haben und tun werden, um Zusammenbrüche zu vermeiden, dann will ich darauf aufmerksam machen, daß das eigentliche Instrument der Landesregierung – ein, wie ich zugeben muß, defensives Instrument, das lediglich Zusammenbrüche vermeiden soll – die ausgewiesenen Bürgschaften sind, mit denen das Land in den Wirtschaftsprozess hat intervenieren müssen, um Unternehmenszusammenbrüche flächendeckend zu vermeiden. In welchem Ausmaß und wie wir das tun, wird vielleicht deutlich, wenn ich darauf hinweise, daß wir im ersten Halbjahr 1992 227 Millionen DM in 25 Fällen eingesetzt haben. Im zweiten Halbjahr 1992 waren es 197 Millionen DM in 36 Fällen. Im ersten Halbjahr 1993 waren es bereits 699 Millionen DM in 30 Fällen. Bis zum 30. November 1993 waren es weitere 150 Millionen DM in 26 Fällen.

Meine Damen und Herren, diese in der Öffentlichkeit wenig bekannten Daten und Zahlen sollen deutlich machen, wie sehr die Landesregierung versucht hat, aktuelle Schwierigkeiten, in die Unternehmen aufgrund konjunktureller und struktureller Entwicklungen geraten sind, aufzufangen und

Schröder

diesen entgegenzusteuern. Das ist ein Stück aktiver Industriepolitik, ein Stück Erhaltung vorhandener ökonomischer Strukturen. Ich kann wohl sagen: Ohne diese Aktivitäten der Landesregierung wären der Schaden für das Land, der Verlust an Wirtschaftskraft, der Verlust an Arbeitsmöglichkeiten ungeahnt größer, als er – auch das muß man sagen – aufgrund der gekennzeichneten Entwicklungen ohnehin schon ist.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

– Keine Frage. Ich habe hier nicht gesagt, Herr Hildebrandt, daß ich nicht anerkenne, daß wir es miteinander geschafft haben zu sagen – das wird auch noch in einem gemeinsamen Antrag zum Ausdruck kommen, der wohl nur noch von Ihnen unterschrieben werden muß; das können Sie ja gern noch nachholen –: „Da stehen wir, um in Lemwerder 1 300 Arbeitsplätze zu sichern.“ Ich hoffe sehr, daß die Verantwortlichen in den Unternehmenszentralen endlich begreifen, daß es dort oben in erster Linie zwar konkret um Menschen geht, ein Stück weit aber auch um die Frage, ob wir es miteinander hinkriegen, im Land sozialen Frieden zu erhalten und dadurch den Abmarsch in die Radikalität zu verhindern. Ich füge hinzu: Diese Form – man darf es ruhig so sagen – interventionistischer Wirtschaftspolitik, diese Form Industriepolitik durch den Staat wird und muß weitergehen, nicht aber deshalb, weil wir das gern täten. Sehr viel lieber würden wir diese Summen einsetzen, um vorausschauende Industriepolitik zu betreiben und um Neues zu entwickeln, um damit neue Arbeitsmöglichkeiten für uns und die Menschen im Land zu schaffen. Die Welt aber ist nicht so, wie wir sie gern hätten. Deshalb wird im Haushaltsjahr 1994 ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von insgesamt 750 Millionen DM zur Verfügung stehen; denn wir müssen ganz im Gegensatz zu denen, die den Aufschwung bereits herbeigeredet haben, damit rechnen, daß die Wirtschaftsstrukturen auch im nächsten Jahr noch nicht so in Ordnung sein werden, wie wir uns alle hier im Hause dies wünschen.

Mir geht es darum, deutlich zu machen, daß es an der Landesregierung und dem eingesetzten Geld nicht liegt, wenn Arbeit im Land wegbricht. Wir haben – wir werden das weiterhin tun, meine Damen und Herren – um jeden einzelnen Arbeitsplatz, um jedes einzelne Unternehmen gekämpft. Ich glaube, das ist im Lande auch verstanden worden.

Übrigens: Dieser Aspekt befaßt sich auch mit dem Außenhandel. Im Jahr 1993 wurden – das ist ein nach vorne gerichteter Ansatz – z. B. 11 Polenengagements niedersächsischer Firmen mit Bürgschaften in Höhe von 20 Millionen DM abgesichert. Für Außenhandelspolitik steht in den nächsten Jahren

– vor allen Dingen für Ostengagements – ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von 240 Millionen DM zur Verfügung. Natürlich, meine Damen und Herren, sind das zunächst einmal nur Bürgschaften, von denen Sie und wir alle hoffen, daß sie niemals in Anspruch genommen werden müssen. Leider ist es aber so, daß auch das nicht sicher ausgeschlossen werden kann. Deshalb haben wir den Rahmen für die in Anspruchnahme von Bürgschaften ausweiten müssen. Er beträgt jetzt 100 Millionen DM. Mir kommt es darauf an, meine Damen und Herren, dies einmal im Zusammenhang darzustellen; denn diese Entscheidungen sind aus datenrechtlichen und auch aus unternehmensbezogenen Gründen häufig Entscheidungen, die außerhalb der Öffentlichkeit getroffen werden und bei denen dann doch nicht klar wird, wie sehr mit den bescheidenen Ressourcen eines Landes darauf geachtet wird, daß Wirtschaftskraft im Land erhalten bleibt.

Der nächste Punkt, über den geredet werden muß, betrifft die Frage: Was geschieht eigentlich auf dem Sektor der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn? – Wir können verzeichnen, daß aus konjunkturellen und strukturellen Gründen – ungeachtet der eben genannten Anstrengungen – Arbeitslosigkeit im Lande da ist und in einem Maße wächst, das niemanden befriedigen und auch ruhig arbeiten lassen kann. Wir haben gefragt: Was kann das Land aus eigener Kraft tun, um die aktive Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen und deren Ausführung leider und immer wieder an zurückgenommene Mittel der Bundesanstalt stößt, nach vorn zu bringen und um Verantwortung zu übernehmen?

Für die Arbeitsmarktpolitik – das ist ein weiterer Punkt, über den gesprochen werden muß – stehen im Jahr 1994 insgesamt 72 Millionen DM an Barmitteln bereit. Weitere ergänzende Mittel in Höhe von 60 Millionen DM sind aus dem Europäischen Sozialfonds eingeworben worden. Außerdem sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von weiteren 59 Millionen DM ausgebracht worden. Das heißt, daß wir 191 Millionen DM für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung haben werden. Die Frage ist: Was kann man damit tun? Meine Damen und Herren, um Ihnen eine Vorstellung darüber zu geben, wofür diese Mittel, die nur Zahlen sind, eingesetzt werden, will ich Ihnen folgendes sagen: Mit dem Programmpaket können und werden mehr als 11 000 Langzeitarbeitslose und sonstige schwer vermittelbare Arbeitslose beschäftigt und qualifiziert. Schwerpunkte des Programms bilden dabei Dauerarbeitsplätze in sozialen Betrieben, Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Meine Damen und Herren, auch dies sollte nach außen hin gesagt werden. Auch hier gilt, daß wir uns sehr viel mehr vorstellen können und wollen. Aber mit der Kraft des Landes allein ist mehr eben nicht zu erreichen. Gleichwohl: 11 000 Menschen eine Perspektive zu geben, für 11 000 Menschen Arbeit zu finanzieren, anstatt Arbeitslosigkeit finanzieren zu müssen, das ist etwas, wofür sich nach meinem Eindruck zu arbeiten und politisch zu kämpfen lohnt.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Darüber hinaus ist erstmals ab 1994 das sogenannte Ziel 4 als neue EG-Maßnahme in Niedersachsen förderbar. Hier geht es um die Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben, die vor Umstrukturierungen stehen, und zwar mit dem Ziel des Erhalts dieser Arbeitsplätze oder – was nicht unwichtig ist – mit dem Ziel der Erhöhung der überbetrieblichen Mobilität.

Ein Weiteres haben wir vor, meine Damen und Herren: Wir werden gemeinsam mit den strukturbestimmenden Unternehmen in Niedersachsen Überlegungen anstellen – sie sind schon relativ weit fortgeschritten; die Fraktionsvorsitzenden werden vor allen anderen darüber unterrichtet werden –, wie wir in den Zeiten, in denen Beschäftigung leider nicht stattfindet, Qualifizierung besser organisieren und effizienter durchführen können als bisher. Dabei geht es um eine Maßnahme des Landes und des strukturbestimmenden Unternehmens, die auch ein Angebot an andere sein soll und keineswegs nur beschränkt bleiben soll beispielsweise auf das Volkswagenwerk, sondern ein Weiterbildungsangebot darstellen soll, um Phasen der Weiterbildung auch in Zeiten anbieten zu können, in denen Beschäftigung aus konjunkturellen Gründen nicht dauerhaft gesichert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der dritte Bereich, zu dem ich etwas sagen wollte, ist der der klassischen Wirtschaftsförderung. Ich muß Ihnen das nicht in allen Einzelheiten auseinandersetzen. Hauptinstrument ist der Wirtschaftsförderfonds mit einem Gesamtvolumen von knapp 300 Millionen DM im kommenden Jahr. Davon – und das verteidige ich ausdrücklich, meine Damen und Herren – sind 77 Millionen DM für den ökologischen Bereich vorgesehen. Gelegentlich höre ich ja, man sollte derartige auf den Punkt gebrachte Programme lassen, alles in einem großen Topf belassen, um daraus Wirtschaftsförderung zu betreiben. Ich halte davon nichts, und zwar schlicht und einfach deshalb nicht, weil die Mitnahmeeffekte, die es natürlich immer noch gibt, bei derart undifferenzierten Ansatzweisen viel zu hoch sind, so daß nicht das erreicht werden kann, was wir erreichen wollen

und im Interesse der Verbesserung der ökonomischen Strukturen in unserem Land erreichen müssen. Ich glaube, daß es gerade in der Krise töricht wäre, die Umstrukturierung unserer Wirtschaft zu unterlassen. Gerade in der Krise macht es wenig Sinn, die Entwicklung umweltschonender Produkte, die Entwicklung umweltschonender und ressourcenschonender Verfahren zurückzunehmen. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus, meine Damen und Herren: Gerade in der Krise kommt es darauf an, aus der Krise mit Innovationen in neue Produkte und neue Verfahren gestärkt hervorzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Deshalb glauben wir, daß dieser Ansatz – im übrigen ausgebuht und außerordentlich erfolgreich – ein richtiger Ansatz war, ist und bleiben wird. Im übrigen: Auch das, was manchmal eingewandt worden ist gegen das Existenzgründerinnenprogramm, ist nicht stichhaltig. Das beruht gelegentlich auch auf mangelnder Kenntnis der Vergabep Praxis und der Tatsache, daß gerade dieses Programm eines der erfolgreichsten ist, die jemals aufgelegt worden sind.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

– Da müßte man noch sehr viel mehr hineinstecken, sagen Sie. Das tun wir ja auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Aber es ist schon interessant, wie lange es gedauert hat, Herr Hildebrandt, bis Sie begriffen haben, wie gut dieses Programm ist. Aber bitte sehr, dagegen ist nichts einzuwenden. Ich bin der letzte, der Lernerfahrungen nicht gelten lassen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die klassischen Förderinstrumente zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sind Ihnen bekannt. Sie sind ausgestattet mit einem Volumen von 157 Millionen DM. Wir geben für wirtschaftsnahe Forschung, für Technologie- und Energieforschung und -entwicklung 163 Millionen DM aus. Aber auch für den Fremdenverkehr werden außerhalb der GA-Maßnahmen 7 Millionen DM bereitgestellt. Im übrigen bitte ich auf eines zu achten: Es gibt in vielen Bereichen eine Reihe von Betrieben – ich nenne als Beispiel, Herr Stock, Georgsmarienhütte –, wo es nicht reicht, nur auf allgemeine Förderrichtlinien und Fördermöglichkeiten zurückzugreifen, sondern wo es aus rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten nötig ist, maßgeschneiderte industriepolitische Konzepte zu entwickeln. Das Land hat sich engagiert, und zwar massiv, und tut

Schröder

das auch weiterhin. Im Haushalt sind dafür fast 100 Millionen DM ausgebracht und abgesichert. Um richtig verstanden zu werden: Hier geht es nicht um Subventionierung im üblichen Sinne. Das dürften wir auch überhaupt nicht, weil die EG es uns verbieten würde. Aber, meine Damen und Herren, was wir dürfen und was wir auch tun, ist, auf dem Gelände Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren. Das tun wir, das dürfen wir, weil es darum geht, auch in der Stahlproduktion Ressourcen zu schonen und Umwelt in Ordnung zu bringen. Ich bin zuversichtlich, daß ein so angesetztes Programm, das nichts mit der üblichen Subventionspraxis zu tun hat, auch vor den kritischen Augen der Prüfer der EG-Kommission bestehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Förderpolitik, diese angesetzte Wirtschafts- und Industriepolitik braucht natürlich auch Instrumente. Deswegen haben wir in vielen Fällen nicht auf den Rat gehört, schlicht Privatisierung zu betreiben. Ich will in diesem Zusammenhang einmal der Landesbank, die ja vom Vorsitzenden der kleineren Oppositionspartei ins Gerede gebracht worden ist, ein Kompliment machen. Ohne die Fachkenntnis derer, die dort arbeiten, und auf die die Landesregierung sehr häufig zurückzugreifen imstande ist, ohne die Bereitschaft, als Bank des Landes, nicht nur unseres Landes, sondern auch der beiden Nachbarländer, Strukturpolitik zu betreiben, ohne diese Bereitschaft ginge es uns schlechter als mit dieser Bereitschaft. Deshalb warne ich davor, wer immer es macht, voreilig über den Verkauf von Anteilen an dieser Landesbank zu reden.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Im übrigen, Herr Kollege Hildebrandt, wenn Sie schon darüber reden, dann ist für 15% ein Erlös von 250 Millionen DM eher lächerlich. Ich muß Ihnen mal folgendes sagen: Wenn man 15% der Anteile an dieser Bank verkaufte, dann könnte man dafür sicherlich zwischen 1 Milliarde DM und 1,2 Milliarden DM Erlösen. Das müßte es denn schon sein und nicht 250 Millionen DM, für die Sie diesen Anteil hergeben wollten. Ich rate Ihnen dringend, wenn Sie jemals in die Lage versetzt werden sollten, solche Verhandlungen zu führen, sich dann nicht über den Tisch ziehen zu lassen. 250 Millionen DM wären eher ein Trinkgeld für diese Anteile.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen. – Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Wenn Sie es genau wissen wollen, Herr Hildebrandt, dann bin ich gern bereit, Ihnen die Zahlen nachzuliefern. Aber ich glaube, der eine oder andere, der bei den Konkurrenten von der anderen Oppositionspartei zurückgezogen lächelt, weiß genau,

worüber und wovon hier die Rede ist. – Also: Wenn schon Privatisierung, dann zu auskömmlichen Preisen und nicht zu Lasten des Landes! Aber um jegliche Debatte darüber im Keim zu ersticken, sage ich soviel: Die Landesregierung hat nicht die Absicht, ihre Anteile an der Norddeutschen Landesbank abzugeben. Sie hat deshalb nicht die Absicht, weil wir mit diesem Instrument und über dieses Instrument Strukturpolitik in und für Niedersachsen finanzieren und betreiben wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wer über Wirtschaftspolitik redet, meine sehr verehrten Damen und Herren, der muß in diesen Zeiten auch über die wichtigste, die Schlüsselressource für die Zukunft reden. Die wichtigste und die Schlüsselressource ist nach wie vor die Frage: Wie schaffen wir es, das Gut, das wirklich das beste eines entwickelten Industriestaates ist, auch in Zukunft verfügbar zu halten? Ich meine, qualifizierte Menschen, oder, um es mit einem Fremdwort auszudrücken, „human capital“.

Wir haben deshalb, weil wir wissen, daß es Kapital in Form von Geld überall auf der Welt gibt, der Konkurrenzvorteil der deutschen und der niedersächsischen Wirtschaft aber in den gut ausgebildeten Menschen besteht,

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen)

soviel Wert auf die Entwicklung des Bildungssektors gelegt.

Ich sage gegen alle Kritik, gelegentlich auch aus den eigenen Reihen: Was in diesem Bereich geleistet worden ist und geleistet werden wird, ist für alle anderen Bundesländer beispielhaft.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Die Unterrichtsversorgung, für die im Jahre 1994 allein über 6 Milliarden DM aufgewendet werden, kann trotz aller Anstrengungen in den kommenden Jahren auch dann nicht mehr allein gesichert werden, wenn alle freiwerdenden Stellen sofort wieder besetzt werden. Auch hier gilt es, den Zustand zu begreifen und zu begreifen und zu realisieren, was vorher war. In den Finanzplanungen, die wir übernommen haben, waren die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die wir wieder besetzt haben, gestrichen. Dies zeigt, daß die Prognose unserer Vorgänger nicht war, Unterrichtsversorgung durch Einstellung sicherzustellen, sondern das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir haben das korrigiert. Seit dem 1. August 1990 sind 2225 Lehrerstellen neu geschaffen worden. Einstellungen, also einschließlich der Wiederbesetzung der von Ihnen in Abgang gestellten Stellen, sind genau 5811 vorgenommen worden.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben damit seit dem 1. August 1990 5811 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Die Einstellung von 275 weiteren Lehrkräften im Jahre 1994 soll an Stelle des 1. August auf den 1. Februar vorgezogen werden.

Warum sage ich das? Ich sage das wieder einmal und immer wieder deshalb, weil ich zuzugeben habe, daß all diese gewaltigen Anstrengungen gleichwohl nicht reichen. Wenn Eltern, Lehrerinnen und Lehrer auf der anderen Seite aber mehr verlangen, dann muß ich ihnen der Wahrheit halber sagen: Mehr sind wir nicht in der Lage zu leisten, weil wir nicht über Verschuldung Personalausgaben finanzieren können und dürfen und weil die Ressourcen des Landes z. B. durch Industrie- und Wirtschaftspolitik auch in Anspruch genommen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist der Grund, warum wir gesagt haben: Wir müssen von denen, die als Lehrerinnen und Lehrer eine von uns respektierte, eine gute Arbeit machen, eine halbe bis eine Stunde mehr verlangen.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Jordan [Bündnis 90/Die Grünen].)

Das ist nicht gegen diejenigen gerichtet, die ihre Arbeit als Beamte des Landes tun; ganz im Gegenteil: Es ist die Bitte, die entschiedene Bitte an sie, mehr als bisher – ich sollte sagen: noch mehr als bisher – Verantwortung für die Kinder im Lande zu zeigen und in der Krise die Verantwortung derer wahrzunehmen, die das Privileg hatten, eine Hochschule zu besuchen, und die das Privileg haben, einen dauerhaften und sicheren Arbeitsplatz in unserer Gesellschaft zu haben.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Jordan [Bündnis 90/Die Grünen] und Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen].)

Nicht Mangel an Respekt, sondern Appell an die Verantwortung ist der Grund für das Abverlangen. Ich lese jetzt, daß die Union bereit ist, auf diese Verantwortung in einer besonderen Situation derer, die einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz haben, zu verzichten. Ich bedaure das. Ich weiß, daß Sie diese Ankündigung nicht werden durchhalten können. Aber ich bedaure es auch. Statt dessen die Klassenfrequenzen zu erhöhen, heißt das Problem auf die Kinder und auf die Eltern abzuwälzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen. – Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Ich verstehe nicht, wie gerade eine konservative Partei ein solches Angebot öffentlich in die Welt setzen kann. Sie werden damit und wahrscheinlich auch daran – nicht nur, aber auch daran – scheitern.

Meine Damen und Herren, Teil der Bildungspolitik ist auch, die Lernmittelfreiheit eingeführt zu haben. Auch hier gilt, daß ich sehr viele Stimmen gehört habe, und zwar kritische Stimmen, die darauf hingewiesen haben, ob das denn sein müsse, ob man sich das leisten könne. Ich habe dafür einen besonderen Grund neben den allgemeinen bildungspolitischen Vorstellungen: Wer sich einmal zurückerinnert und vielleicht selbst betroffen war, der weiß, daß Gleichheit im Bildungswesen mit der Abschaffung des Schulgeldes begann. In diesem Hause ist dann darüber gestritten worden – die Debatten darüber kann man nachlesen; sie sind sehr verantwortlich und übrigens auch sehr heftig geführt worden –, ob man Schülertransportkosten erstatten darf oder nicht. Man durfte und man mußte. Es gibt in diesem Hause noch viele, die sich daran erinnern.

Das dritte Element war, daß die Schulbücher frei sind. Ich räume ein, aus eigener Erfahrung, aus Kenntnis der Tatsache, daß es in unserem Lande immer noch so ist: Wenn drei in der Familie sind, zwei sind Mädchen, einer ist Junge, dann wird es für den Jungen mit den teuren Schulbüchern gerade noch reichen. Den Mädchen aber wird gesagt: Die heiraten eh.

(Unruhe bei der CDU.)

– Das ist immer noch so, meine Damen und Herren, und wir sind auch nicht dagegen.

(Hildebrandt [FDP]: Wo denn? – Widerspruch bei der CDU.)

– In vielen Bereichen – machen Sie sich nichts vor – gibt es noch soziale Bildungsschranken.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wer das nicht kapiert, verschließt die Augen vor der sozialen Wirklichkeit. Das mit dem Heiraten soll sein, meine Damen und Herren, aber mit dem gleichen Recht, wie es die jungen Männer auf Ausbildung und Bildung haben.

(Beifall bei der SPD.)

Man kann viel reden über Gleichheit zwischen Frauen und Männern, aber mit Gleichheit im Bildungswesen fängt es an.

(Frau Stoll [CDU]: Wo leben Sie denn?)

Schröder

– Ich weiß sehr genau, wo ich lebe. Ich frage Sie: Wo leben Sie denn, wenn Sie glauben, daß das keine Barrieren mehr sind?

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Ich räume gern ein, daß diejenigen aus CDU und FDP, die dagegen sind, eine soziale Wirklichkeit vor Augen haben, die die ihre ist, und die eine andere soziale Wirklichkeit in den Arbeitnehmerfamilien vor Augen haben, in vielen Arbeitnehmerfamilien, die sie nie kennengelernt haben.

(Oh! bei der CDU.)

Aber das ist auch die soziale Wirklichkeit. Für die Menschen machen wir Politik.

(Beifall bei der SPD.)

Für die Mitfinanzierung außerschulischer Berufsbildung einschließlich überbetrieblicher Ausbildungsstätten – – –

(Unruhe bei der CDU.)

– Ich will Ihnen gern sagen, was Ihr Problem ist und bleiben wird: Dieser Mangel an sozialer Sensibilität beschleunigt den Niedergang Ihrer politischen Partei.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wenn Sie wahrnehmen – ich wollte eigentlich gar nicht darüber reden –, was in Brandenburg geschehen ist, und wenn Sie wahrnehmen, was in Sachsen-Anhalt geschehen ist, dann wissen Sie auch, worüber ich rede.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist der Mangel an sozialer Sensibilität Ihrer Partei vor allem in Bonn, meine Damen und Herren, die dazu führt, daß Sie auf diesem Gebiet zu Recht nicht mehr ernst genommen werden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wenn Sie einen unabhängigen Zeugen brauchen, meine Damen und Herren, dann fragen Sie Heiner Geißler. Der hat sich gerade über Machtverfall bei der Union geäußert, und er hat genau dies gemeint, was ich Ihnen hier auch sage. Einen unbefangenen Zeugen als ihn kann es doch wohl kaum geben.

Meine Damen und Herren, aber nicht allein in diesem Bereich der Bildungspolitik haben wir gehandelt. Auch für die Hochschulen, für die Forschung ist in diesem Haushalt unter den obwaltenden Bedingungen Ungewöhnliches vorgesehen. Für Bauinvestitionen einschließlich Ersteinrichtungen sind im Rahmen des Hochschulentwicklungsplanes

17,4 Millionen DM und im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsplanes 54,9 Millionen DM vorgesehen. Gerade bei den Fachhochschulen wollen wir einen Schwerpunkt setzen,

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen)

weil sie eine wissenschaftlich qualifizierte und gleichwohl praxisnahe Ausbildung betreiben, die wir brauchen und die auch dazu geeignet ist, die Wirtschaftsstruktur im Lande zu fördern.

Ein wichtiger Beitrag – das geht die Studentinnen und Studenten an – ist die Verbesserung der Wohnraumsituation. Hierfür werden im Rahmen des Bund-Länder-Programms 38 Millionen DM aufgewendet.

Der Intensivierung des Technologie- und Wissenschaftstransfers haben wir eine große Priorität eingeräumt. Auch hierfür stehen erhebliche Mittel bereit.

Besonders wichtig scheint mir gerade in Zeiten großer Arbeitslosigkeit, daß bei der Erwachsenenbildung nicht gekleckert, sondern geklotzt wird.

Die Einrichtung weiterer interdisziplinärer Forschungszweige, zum Beispiel Sozialstrukturforschung Hannover/Oldenburg, sozialwissenschaftliche Technikforschung in Göttingen und anderswo, wird aus Vorab-Mitteln der VW-Stiftung – das ist einzuräumen – mit erheblichen Mitteln gefördert. Im übrigen fördert das Land – nicht allein von uns veranlaßt, sondern teilweise auch von früher übernommen – insgesamt 44 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit knapp 80 Millionen DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte Ihnen dies einmal im Gesamtzusammenhang darstellen, weil ich gern möchte, daß wir uns aus den eingangs erwähnten Gründen über die Frage streiten, ob für die Erhaltung von Beschäftigung im Land, ob für die Entwicklung von Wirtschaftskraft das Richtige und genug getan worden ist. Wir sollten uns aber nicht zerfasern in einem nutzlosen Streit, der nicht wahrgenommen wird. Lassen Sie uns dieses Thema in den Mittelpunkt unserer Debatten stellen. Tun wir das, meine Damen und Herren, wird sich dieser Landtag nicht über mangelnde Aufmerksamkeit der Menschen im Lande beklagen können, weil sie dann spüren, daß wir ihre existentiellen Fragen diskutieren. Tun wir das nicht, weichen wir statt dessen in oberflächliche Streitereien aus, besteht auch bei uns die Gefahr, daß wir den politischen Preis dafür zahlen und den politischen Erfolg die Rechtsradikalen, die schon warten, einheimsen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Dies zu verhindern, meine Damen und Herren, war neben der Information auch Sinn meiner Intervention. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur auf eine Passage der Rede des Ministerpräsidenten eingehen, die mir wichtig ist. Er hat im Zusammenhang mit den Ereignissen in Magdeburg der CDU soziale Unsensibilität vorgeworfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles das, was in Magdeburg geschehen ist, tut meiner Partei verdammt weh. Ich sage Ihnen: Alles das, was dort geschehen ist – das ist die traurige Bilanz, das kann man nicht verschweigen –, geht nicht nur zu Lasten der CDU, sondern nagt am Ansehen aller Parteien. Das ist auch wahr. Herr Schröder, Sie sollten nicht in den Fehler verfallen, andere zu zwingen, anderes aufzurechnen. Dann müßte ich auch sagen: Das Stichwort Kiel, das Stichwort Lafontaine gilt genauso.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Was passiert dann? Dann stehen wir hier vor der Öffentlichkeit und besudeln uns gegenseitig, und anschließend wundern wir uns darüber, daß PDS und Reps in unsere Landtage einziehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das ist das Resultat. Leider kann keiner von uns behaupten, daß es ihn noch nie getroffen hätte. Sie werden das sicherlich auch nicht behaupten. Insofern ist diese Passage mehr als überflüssig gewesen.

Ich will in diesem Zusammenhang eine zweite Bemerkung machen. Herr Schröder, dies sind ungewöhnlich schwierige Zeiten. Sie sagen das ja auch selber. Ich kann das nur unterstreichen, wenn Sie es sagen. Ich weiß auch nicht, ob meine eigene Partei – ich bin so selbstkritisch, das zu sagen – immer den Punkt findet, um noch den Anspruch erheben zu können, sozial gerecht zu handeln. Denn wenn man spart, ist das sehr schwierig; das ist gar keine Frage. Gerade ich bin hier hin und wieder anderer Meinung als manch anderer. Das ergibt sich nun einmal in einer Volkspartei so. Aber verehrter Herr Schröder, Sie haben zu Zeiten, als wir die deutsche Einheit nicht zu finanzieren brauchten, Sparpakete

mitbeschlossen, zu denen die Kürzung des Wohnungsgeldes, die Kürzung des Kindergeldes, die Kürzung der Sozialhilfe, die Kürzung von BAföG gehörten. Sie sollten nicht mit Steinen werfen, wenn Sie selber als Bundestagsabgeordneter im Glashaus gegessen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

1982 haben Sie das alles selber mitbeschlossen. Aber ich habe ja Verständnis dafür, daß Sie sich während einer Rede wenigstens einmal richtig aufregen wollen. Sonst wäre es ja unbefriedigend.

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, ich glaube, daß sehr vieles von dem, was schon gesagt worden ist, damit zusammenhängt, daß wir seit drei Jahren die Folgen der deutschen Einheit zu bewältigen haben. Wir wissen heute sehr genau: Der Riß, der uns trennte und der uns immer noch in weiten Teilen trennt, ist tiefer, als wir uns das jemals vorgestellt haben. Auch das Zusammenfügen ist sehr viel schwieriger, als wir das alle miteinander gedacht haben. Das liegt daran, daß Deutschland eben nicht nur eine Addition aus Bundesrepublik und DDR ist. Und das liegt vor allen Dingen auch daran, daß wir uns deshalb, weil es nicht nur eine Addition ist, großen Erwartungshaltungen und Herausforderungen gegenübersehen, auf die wir in Wahrheit gar nicht eingestellt waren. Ich denke, dieses Geständnis können wir alle miteinander machen.

Die Rolle, die Deutschland in der Welt wahrzunehmen hat, ist in Deutschland selbst streitig. Die Frage, ob wir unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit bewahren können, vermischt sich eben auch mit der Sorge – insofern gebe ich Ihnen völlig recht – um unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze. Hinzu kommt, daß wir als Demokraten aufpassen müssen, daß nicht die Links- und Rechtsradikalen im Windschatten der damit verbundenen Schwierigkeiten Auftrieb bekommen, so wie dies jetzt leider geschehen ist. Wer das Gefühl hat, im Strom dieser Zeit unterzugehen, ob als Werft- oder Stahlarbeiter, ob als Mitarbeiter in der Automobilindustrie oder in der Luftfahrt, ob als Landwirt oder Mittelständler, der klammert sich eben oft, wenn auch fälschlicherweise, an jeden Strohalm, der dahergeschwommen kommt. Manchmal ist das die PDS, oder es sind die Republikaner. Es liegt in Wahrheit an den demokratisch legitimierten Regierungen in Deutschland, es liegt an den Demokraten insgesamt, es liegt an den demokratischen Parteien in Deutschland, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, ob den Menschen trotz der Probleme, die wir haben, Orientierung in diesem schwierigen Gelände gegeben wird, in dem wir uns als Deutsche befinden.

(Beifall bei der CDU.)

Gansäuer

Wer bei dieser Aufgabe heute versagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, versündigt sich gegenüber der Demokratie und gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern.

Zehn Jahre ununterbrochenes Wachstum sowie der einigungsbedingte Boom von 1990 bis 1992 haben strukturelle Krisen verdeckt und notwendige Anpassungen und Erneuerungen verhindert. Gerade die Automobilbranche ist dafür ein beredtes Beispiel. In ihr müssen heute die Versäumnisse von gestern – das sage ich ganz offen – vor allem die Arbeitnehmer ausbaden. Das ist leider wahr. Eine weitere Gefahr ist hinzugetreten; ich will sie nicht verschweigen. Die Billiglohnländer, die früher viele tausend Kilometer von uns entfernt lagen, sind vor unsere eigene Haustür gerückt, nachdem der Eisenerne Vorhang gefallen ist. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß wir die Herausforderungen bestehen können, denen wir uns gegenüber sehen. Es nützt niemandem, daß das Wehklagen in Deutschland zum neuen Nationalsport gemacht wird. Es gibt aber auch keinen Zweifel daran, daß alte wirtschaftspolitische Strickmuster heute nur noch bedingt zur Problemlösung taugen. Wir haben die Wahl: Entweder wir Deutschen trauen uns zu, den Wettbewerb mit Japan und den USA entschieden aufzunehmen und wieder aggressiv um Märkte zu kämpfen, oder aber wir sind dazu verurteilt, uns auf einen gnadenlosen nationalen Verteilungskampf einstellen zu müssen, den es schon allein deswegen geben wird, weil Wachstum und Prosperität nicht mehr stattfinden. Ich kann nur davor warnen, daß dieser Zustand eintritt. In diesem Verteilungskampf laufen dann, Herr Schröder, die wirklich Bedürftigen Gefahr, die großen Verlierer zu sein.

Deshalb sind vor allem Wirtschaft, Gewerkschaften und Staat zusammen aufgerufen, zur Sicherung und Qualifizierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland beizutragen. Dabei nutzt es wenig, wenn wir wechselseitig alte Ideologien und ordnungspolitische Grundsätze, wie man so schön sagt, wie eine Monstranz vor uns hertragen. Die Menschen erwarten von uns Lösungen, aber keine akademischen Abhandlungen über wirtschaftspolitische Glaubensfragen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen neue Wege gehen und mit größerer Kreativität und Flexibilität den Problemdruck mindern. Bei Volkswagen ist das mit der Viertagewoche begrüßenswerterweise begonnen worden.

Wer heute erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen will, kann dies nicht nach dem Motto tun: Vorwärts in die Vergangenheit. Die Summe der neuen Herausforderungen ist mit der Addition alter Re-

zepte nicht zu meistern. Wenn die Arbeitszeit heute verkürzt wird, müssen wir im übrigen, was ich für sehr wichtig halte, gleichzeitig die Chance ergreifen, die zusätzliche Freizeit für neue Modelle zukunftsorientierter Qualifizierungsmöglichkeiten zu nutzen. Damit wird nicht nur Schwarzarbeit verhindert, sondern wir würden damit auch eine wichtige Grundlage schaffen, um die Technologie- und Strukturkrise in Deutschland zu überwinden. Nur wenn deutsche Arbeitnehmer besser qualifiziert sind als Arbeitnehmer in den Ländern, mit denen wir konkurrieren, läßt sich daraus ein Wettbewerbsvorteil machen, der uns hilft, die hohen Kosten des Standortes Deutschland zu kompensieren.

In diesem Zusammenhang freue ich mich natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Oskar Lafontaine mit nunmehr über 50 Jahren entdeckt hat, daß es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Produktivität und Lohnkosten gibt. Ich kann nur sagen: Welch ein ungeheurer geistiger Fortschritt! Welch eine Weitsicht des Denkens! Allerdings hätte Karl Schiller ihm schon vor 20 oder 30 Jahren sagen können, daß es diesen Zusammenhang gibt.

(Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen in Deutschland, sobald dies finanzpolitisch zu verantworten ist, eine Entlastung unserer Unternehmen von Steuern und Abgaben. Ideologische Haßtiraden und das Schüren von Neidgefühl, denen sich Herr Trittin ständig auf geradezu peinliche Art und Weise hingibt, schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz, sondern tragen dazu bei, weitere Arbeitsplätze zu vernichten.

(Beifall bei der CDU.)

Vor diesem Hintergrund muß auch die Frage gestellt werden, Herr Schröder, ob die Landesregierung und die sie tragenden Regierungsparteien den Notwendigkeiten zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen in den vergangenen dreieinhalb Jahren gerecht geworden sind. Ich sage mit allem Freimut: Ich schätze es nicht gering – ganz im Gegenteil –, daß der Ministerpräsident bei Betriebsversammlungen auftritt und dort Erklärungen abgibt – ich habe das selbst mit erleben können –, denen man größtenteils durchaus beipflichten kann. Aber so ehrenwert das ist: Diese Reden machen die Fehler der Vergangenheit nicht ungeschehen

(Beifall bei der CDU)

und ändern, wenn nicht tatsächlich auch Taten folgen, an den wirtschaftlichen Problemen der Menschen in Niedersachsen zunächst einmal nichts!

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten lagen sich SPD und Grüne – ich erinnere mich gut – in diesem Saal in den Armen; augenscheinlich hochbeglückt, daß man den oppositionellen Zuneigungsstau nun endlich überwunden hatte. Heute nun, im Dezember 1993, sitzt der Frust tief. Der rot-grüne Lack ist gebröckelt. Aus den Umarmungen sind verbale Schlagabtausche geworden, die ein erschreckendes Niveau verraten; zumindest teilweise, Frau Dückert. Vor zehn Tagen beispielsweise bescheinigte Joke Bruns seinem Koalitionspartner – ich zitiere – eine kümmerliche landespolitische Substanz. Ich gebe ihm ungern recht, aber an dieser Stelle hat er recht!

(Beifall bei der CDU.)

Im koalitionspolitischen Gegenzug geißelt Herr Trittin die SPD, sie betreibe eine Regression auf dem Horizont von Helmut Schmidt.

(Zuruf von Bruns [SPD].)

Soweit sind die Sozialdemokraten heute gekommen. Sie nehmen es hin, daß ein Mitglied der eigenen Regierung Helmut Schmidt als abwertenden und abfälligen Maßstab für die geistige und politische Verkümmern der Sozialdemokraten mißbraucht. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei der CDU.)

Derselbe Trittin hat der SPD im Hinblick auf den Asylkompromiß vorgeworfen – ich erinnere daran –, sie habe das Grundrecht verwirkt. Derselbe Trittin hat mit seinen Rassismusthesen Deutschland im Ausland verunglimpft. Dies alles haben Sozialdemokraten hingegenommen.

Herr Kempmann bezichtigt, um nur noch ein Beispiel zu nennen, Frau Griefahn der ungeheuren Schlamperei

(Zustimmung von Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen])

– Beifall von Herrn Kempmann! –, worauf die ehemalige Greenpeace-Aktivistin sich nicht lumpen läßt und dem Hannes entgegenschleudert, er betreibe verbale Kraftmeierei.

Die grüne Spitzenkandidatin war noch nicht dran. Die grüne Spitzenkandidatin Andrea Hoops, die Geheimwaffe der Grünen, beteiligt sich mit der scharfsinnigen Bemerkung, Schröder sei ein politischer Tiefflieger, und das Klima in der Koalition sei vergiftet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Klima in einer Koalition, sondern das ist ein Kindergarten und nichts anderes!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. – Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie ist das Klima in Bonn, wo ein Koalitionspartner sogar vor Gericht geht?)

Das Drama geht noch weiter. Jürgen Trittin, der schon bei der Forderung von Gerhard Schröder, U-Boote zu liefern – weil er geahnt hat, daß die Taiwanesen darauf keine Butterfahrten veranstalten wollten –, einem politischen GAU vergleichbar, völlig außer Kontrolle geraten war, legte nach und stellte fest, daß Gerhard Schröder schlechthin einen Knall habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin nun in einer wahnsinnig schwierigen Situation. Soll ich dem Trittin recht geben? – Dann kriege ich in der CDU die größten Schwierigkeiten, denn Trittin gibt man nicht recht, und er hat ja auch fast so gut wie nie recht.

(Beifall bei der CDU.)

Gebe ich ihm andererseits nicht recht, so würde ich damit bestreiten, daß Schröder einen Knall hat, und das kann ich in der CDU auch wiederum nicht ertragen. Das ist also ein fürchterlicher Zustand, in dem ich mich befinde.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Zurücktreten! Das ist ganz normal!)

Herr Trittin knüpfte mit dieser Aussage nahtlos an seine Aussage im Zusammenhang mit der Asyldebatte an, als er der SPD attestierte, sie verhalte sich wie ein Dorftrottel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Verständnis für Meinungsunterschiede, die in jeder Koalition vorkommen können – ich weiß, wovon ich rede –:

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glaube ich Ihnen! Das ist bei Ihnen so!)

– Aber nicht auf diesem Niveau! – Die Sozialdemokraten müssen sich ernsthaft fragen lassen: Gibt es für sie eigentlich noch so etwas wie Ehre, oder taucht in ihrem Lexikon angesichts dessen, was sie sich von Grünen sagen lassen, der Begriff des Selbstwertgefühls nicht mehr auf?

(Beifall bei der CDU.)

Diese Vorgänge jedenfalls kann man, wie ich finde, nicht mehr unter der Rubrik „Grüne Albernheiten“ abbuchen, sondern sie gehören in das Kapitel „Die verlorene Ehre niedersächsischer Sozialdemokraten“.

Was hatte doch Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung gesagt? – Ich zitiere: Kulturelle Vielfalt und demokratische Erneuerung werden die Leitideen unserer Politik sein. – In der Tat, Herr

Gansäuer

Kollege Schröder: Diese Zitate belegen, daß Sie sich an die Aussagen Ihrer Regierungserklärung präzise gehalten haben.

(Beifall bei der CDU. – Hildebrandt [FDP]:
Er lacht selbst!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat kürzlich erklärt, daß die Arbeitslosigkeit das Thema Nummer eins in den nächsten Jahren sein werde. Seine Rede hat dies auch belegt. Damit hat er leider recht, denn die Wachstumsprognosen aller wirtschaftswissenschaftlichen Institute belegen, daß die Arbeitslosigkeit steigen und nicht sinken wird. Vor wenigen Tagen sagte Herr Schröder: Die Grünen haben die ganze Tiefe der ökonomischen Krise noch nicht erkannt. – Auch hierzu sage ich: Gerhard Schröder hat recht. Aber wenn er recht hat, dann ist es unverantwortlich, in einer solchen Zeit mit einem solchen Partner zu regieren, weil dies zu Lasten der Arbeitsplätze und der Arbeitnehmer in Niedersachsen geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein solches Bündnis bringt den Wirtschaftsstandort Niedersachsen nicht voran, sondern ramponiert ihn und wirft ihn zurück. Ulrich Neufert schrieb dazu in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vor einigen Tagen einen Kommentar unter der Überschrift „Rot-grüne Dämmerung“, in welchem er ausführte – ich zitiere –:

„Das Modell hat seine Anziehungskraft verloren. Mitten in der deutschen Wirtschaftskrise ist offenbar geworden, daß es nicht alltags-tauglich ist.“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen außer dem Hinweis, daß dies Herr Voscherau in Hamburg Gott sei Dank schon begriffen hat. Vielleicht begreifen es eines Tages auch die Sozialdemokraten in Niedersachsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand will ungehemmt die Welt mit deutschen Rüstungsgütern beglücken. Das will auch Gerhard Schröder nicht, und in dieser problembeladenen Zeit wollen wir dies gemeinsam nicht, denke ich. Deshalb ist es an Zynismus nicht mehr zu überbieten, wenn der Vorstandssprecher der niedersächsischen Grünen, Gerhard Kiem, angesichts der Sorgen der Menschen z. B. in Lemwerder zu Rüstungsarbeitsplätzen sagt – ich zitiere wörtlich –: „Wir sind ja auch nicht für die Einführung der Todesstrafe, um Arbeitslose als Henker zu beschäftigen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, schlimmer kann man niedersächsische Arbeitnehmer nicht mehr beleidigen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Und dann stellt sich Frau Dückert in Lemwerder noch vor die Betriebsversammlung und verkündet hehre Sprüche.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, Konzepte, Herr Gansäuer! Im Gegen-satz zu Ihnen!)

Das ist genau der gleiche Geist, aus dem heraus Bundeswehrsoldaten als potentielle Mörder verunglimpft wurden, Frau Dückert. Ich weise diese ungeheuren Gemeinheiten im Namen meiner Fraktion mit allem Nachdruck zurück und fordere auch die SPD dazu auf.

(Beifall bei der CDU.)

Für uns gilt: Wer für die Bundeswehr arbeitet – ob in Lemwerder, in Nordenham, in Schortens oder in Wilhelmshaven, ob auf den Werften oder wo auch immer –, ist kein Henker. Wer in der Bundeswehr dient, ist kein potentieller Mörder, sondern jemand, der dem Frieden und der Freiheit dient und daher unseren Dank verdient.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Genauso haben die Arbeitnehmer in Lemwerder unseren Dank verdient für alles, was sie geleistet haben und in diesem schweren Kampf noch leisten wollen.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der kalte Krieg ist Gott sei Dank vorbei. Wir dürfen ihn in Deutschland nicht in einem inneren verbalen Krieg um den Wert oder Unwert von Militäraufgaben fortsetzen. Wir brauchen vielmehr einen Konsens über den Erhalt militärischer Produktion im notwendigen Umfang und einen Konsens über die Möglichkeiten und Grenzen des Exports von Rüstungsgütern. Ich füge hinzu: Wir wollen die Lehren hinsichtlich der illegalen Rüstungsexporte im Zusammenhang mit dem Golfkrieg dabei nicht vergessen. Aber die Ereignisse in der ehemaligen Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien zeigen doch, daß wir von einer friedlichen Welt leider noch sehr weit entfernt sind. Wir müssen deshalb unsere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit bewahren. Im Rahmen dessen müssen wir natürlich auch Arbeitsplätze im militärischen Bereich erhalten. Dies gilt uneingeschränkt auch für Lemwerder. Jeder weiß das. Nachdem dies offensichtlich auch die neueste Erkenntnis des Herrn Ministerpräsidenten ist – was ich begrüße –, hätte ich erwartet, daß die niedersächsische SPD z. B. auf ihrem Bundesparteitag hörbar zum Ausdruck gebracht hätte, daß sie dafür kämpft. Da sie dies nicht tat, läuft sie Gefahr, Gerhard Schröder zum Betriebsversammlungsredner ohne rot-grüne Gefolgschaft zu degradieren. Darüber muß man sich im klaren sein.

(Beifall bei der CDU.)

Ich finde es schon toll, daß die Grünen in diesem Zusammenhang sagen: Transall-Wartung ja – aber

die Transall ist natürlich auch ein Militärflugzeug, sie ist nie etwas anderes gewesen –, aber Eurofighter nein. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Frau Dückert: Ein bißchen schwanger geht nicht; entweder ja oder nein. Was Sie hier machen, ist schizophren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will an dieser Stelle auch daran erinnern – ich denke, der Ministerpräsident weiß dies sehr genau, und ihm ist das auch nicht so ganz geheuer –, daß vier Tage nach der guten Betriebsversammlung in Lemwerder, an die ich mich insoweit gern erinnere, im Deutschen Bundestag von der SPD-Bundestagsfraktion eine nochmalige Kürzung der Rüstungsausgaben – allein im Bereich der Forschung für die Bundeswehr, wozu auch die Luftfahrt gehört, um 979 Millionen DM – beantragt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich halte das Eintreten des Ministerpräsidenten für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der und für die Bundeswehr für wichtig, aber ich fordere Gerhard Schröder und die niedersächsische SPD auf, Klarheit in ihren Reihen zu schaffen. Es geht doch nicht an, von Volker Rühle Unterstützung in Niedersachsen zu verlangen – was ich auch tue –, aber ihm diese in Bonn ständig zu verweigern.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will am Rande noch bemerken: Daß die Grünen Herrn Schröder mit dem Bruch der Koalition gedroht haben, ist in diesem Zusammenhang, jedenfalls nach meiner Auffassung, völlig belanglos; denn die Grünen kleben bekanntermaßen inzwischen lieber an ihren Ministersesseln und an hochdotierten Posten im Staatsdienst als an ihren Grundsätzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich füge hinzu: Der Begriff „Staatsknete“ ist inzwischen integraler Bestandteil grüner Karriereerwartungen in Niedersachsen geworden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, angesichts der gewaltigen Probleme, die Gerhard Schröder, wie ich finde, in weiten Teilen richtig beschrieben hat und die es zu lösen gilt, wäre es besser, Koalitionen nicht allein an der Addition von Mandaten zu orientieren, sondern an der besten Lösungskompetenz.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das das Plädoyer für eine große Koalition?)

Wenn es aber wirklich danach ginge, hätte der Bruch der rot-grünen Koalition in Niedersachsen schon längst vollzogen werden müssen. Diesen Schritt, der gut wäre für Niedersachsen, geht die SPD nicht, weil im Hinblick auf die Grünen das

gilt – oder auch nicht gilt; ich weiß es nicht –, was Gerhard Schröder im Verlaufe der Jahre schon alles zu Rot-Grün gesagt hat. Ich will einmal einige wenige Zitate zum besten geben, weil mir dies besonders aufgefallen ist.

1986: „Ich wäre ja verrückt, wenn ich sagen würde, nur weil ein paar Grüne mich wählen könnten, kandidiere ich nicht.“

1987: „Man kann nicht alle naselang seine Ansichten über die Grünen ändern.“

1988: „Mit den Grünen ist nichts mehr zu machen. Die sind völlig kaputt.“

Mai 1993: „Die Grünen sind uneingeschränkt regierungsfähig, auch für Bonn.“

November 1993: „Wer den Kampf um Arbeitsplätze behindert, kann kein Koalitionspartner sein, weder in Bonn noch in Hannover.“

Allein diese Zitate belegen ein Hin und Her, von dem ich im Interesse Niedersachsens hoffe, daß es bald in eine gewisse Ansichtskonsistenz einmündet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, in die Reihe der Aussagen von Herrn Schröder zu Rot-Grün gehört dringend Zuverlässigkeit. Es stellt sich aber die Frage, ob diese Unzuverlässigkeit nur für rot-grüne Koalitionen gilt. Wir wissen z. B., wo Gerhard Schröder in der Wirtschaftspolitik gestern stand. Damit hatten wir sehr große Probleme. Wir nehmen jetzt zur Kenntnis, daß er seine Überzeugungen offensichtlich verändert hat. Damit haben wir weniger Probleme. Die entscheidende Frage aber ist noch nicht beantwortet: Wo wird Gerhard Schröder morgen stehen? Selbst Sozialdemokraten, denen ich diese Frage gestellt habe, konnten darauf keine Antwort geben. Auch sie sind unsicher: Ist dies ein ehrlicher Wandlungsprozeß, oder verbirgt sich dahinter nur tagespolitisches Machtkalkül? Ich will das erste glauben, aber schließe das zweite nicht ganz aus.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Konflikten, die sich derzeit zwischen Rot und Grün abspielen, liegt in Wahrheit ein wesentlicher Schlüssel für das bessere Verständnis rot-grüner Koalitionslandschaften. Rot-grüne Koalitionen sind Schönwetterbündnisse, die in schwierigen wirtschaftlichen Phasen eines Landes versagen. Sie taugen allenfalls für Landschaften, wie sie Heinrich Heine in seinem „Wintermärchen“ beschrieben hat – ich zitiere –:

„Franzosen und Russen gehört das Land. Das Meer gehört den Briten. Wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten.“

Gansäuer

Heinrich Heine hat dies vor fast genau 150 Jahren zur inspirierenden Wirkung von deutschen Federbetten gedichtet. Das politische Federbett von Rot-Grün war der von früheren Bundes- und Landesregierungen in Deutschland verwirklichte Wohlstand. Solange Wachstum, stabile innere Sicherheit und sozialer Frieden nahezu selbstverständlich waren, konnten rot-grüne Lebensgefühle bis in das Luftreich der Träume aufsteigen. Sie zerplatzen aber, wenn es, wie jetzt, darum geht, durch Leistung, Selbstbescheidenheit und Innovationsfreudigkeit den Wohlstand und die Stabilität in Deutschland zu sichern. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie intensiv Sie sich, Frau Dückert, diesem Thema zuwenden, belegt eine Einladung, die mir gerade in das Fach gelegt worden ist. Anstatt sich mit der Frage zu beschäftigen, wo wir Arbeit und Brot herkriegen – diese Frage hat der Ministerpräsident richtigerweise aufgeworfen, und sie interessiert die Menschen wie sonst nichts –, veranstalten Sie einen solchen Klimbim wie etwa eine Veranstaltung auf Einladung der Landesregierung mit dem schönen Titel – ich zitiere –: „Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen“.

(Beifall bei der CDU und Widerspruch bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Sie können das alles machen. Machen Sie es aber bitte nicht auf Kosten der niedersächsischen Steuerzahler!

(Beifall bei der CDU. – Zuruf von Jordan [Bündnis 90/Die Grünen].)

Ich sage Ihnen folgendes, Herr Jordan, damit das zwischen uns klar ist: Wie die Leute draußen leben, ist deren Sache. Da haben weder die CDU noch die SPD noch der Staat hineinzufummeln. Ich wende mich aber ganz entschieden dagegen, daß all dies mit Steuergeldern von Arbeitnehmern subventioniert und mitfinanziert wird.

(Beifall bei der CDU. – Jordan [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind ja ein Hetzer, Herr Gansäuer! Das ist unerhört!)

Meine Damen und Herren, am Ende dieser Legislaturperiode steht fest: Das rot-grüne Experiment unter Ministerpräsident Schröder ist mißlungen. Rot-Grün war ein Rückschritt für unser Land. Es ist kein Konzept für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin – jetzt müssen Sie dazwischenrufen – für Ehrlichkeit im Umgang mit den Menschen, und zwar auch dann, wenn sie in Sorge leben und lieber etwas anderes als bittere Wahrheiten hören wollen. Wir alle haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Erwartungen in die Machbarkeit der Politik zu überhöhen. Der Nährboden für Enttäuschungen

mit noch mehr Abwendungseffekten stiege aber ins Unermeßliche, wenn der Eindruck verstärkt würde, das Land könne Feuerwehr in allen betrieblichen Brennpunkten sein. Hier liegt eine schwierige Gratwanderung. Der Ministerpräsident wäre gut beraten – ich hoffe, daß er das weiß und auch weiterhin darüber nachdenkt –, wenn er nicht nur seiner Neigung für den momentanen Applaus nachgäbe, sondern auch überlegte, wie weit staatliche Verantwortung im Interesse der Menschen in Niedersachsen, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen, überhaupt gehen kann. Wie hoch die Erwartungen jetzt schon sind, zeigen die Briefe, die Herr Schröder, so vermute ich, bekommen hat und die auch ich bekomme. Die Mitarbeiter der Kali-Industrie fragen inzwischen, wo die Hilfe des Landes bleibt. In Hameln – Sie haben es gesagt – will die AEG Werke mit 1 600 Beschäftigten an ausländische Interessenten veräußern. Die Arbeitnehmer dort leben in Sorge, weil sie befürchten, daß ihre Arbeitsplätze dadurch gefährdet sind. Ich vermute, sie sind es. Der Hamelner IG Metall-Chef hat angekündigt – ich zitiere ihn –:

„Nach einem heißen Herbst in Lemwerder kann es einen ebensolchen Winter in Hameln geben.“

Die Frage ist, Herr Schröder: Sind Sie dann wieder mit staatlicher Verantwortung da? Wo soll es enden? – Ich frage dies noch einmal. Bei 1 600 Beschäftigten? Bei 600? Bei 60? – Ich bin der Meinung, daß es wegen der Folgewirkung auf die Menschen, die anschließend auch die Politik mitzutragen haben wird, ein sehr viel intensiveres Verhältnis zwischen Betrieben und der Politik geben muß. Darüber gibt es keinen Streit. Wie weit aber geht die staatliche Verantwortung? Was passiert mit den kleinen und den mittleren Betrieben, die in ebenso großen Nöten sind wie die Großbetriebe? Das ist die Frage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für uns ist klar, daß wir alles tun wollen: Bürgschaften zur Verfügung stellen. Wir wollen uns auch zeitlich begrenzt beteiligen. Zu Staatsbetrieben sagen wir aber ganz klar nein. Da ist bei uns die Grenze klar.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine weitere Bemerkung aufnehmen, die hier gefallen ist. Dabei geht es um die Frage: Wie können wir den Arbeitsmarkt in Zukunft besser flankieren als bisher? – Wir müßten dies z. B. im Interesse von Langzeitarbeitslosen tun. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht darauf eingehen, daß die Landesregierung auch auf diesem Gebiet ein Wahlversprechen

gebrochen hat. Sie hat ja versprochen, daß sie 10000 Menschen in Beschäftigungsgesellschaften unterbringen werde. 1000 sind es geworden. Ich hake dies ab unter dem Motto: Viel versprochen, wenig gehalten. – Meine Forderung heute lautet: Wir brauchen den Dialog mit den Gewerkschaften, damit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wegkommen von dem starren Tarifgefüge. Wir brauchen die Ausdehnung des ABM-Paragrafen 249 h für bestimmte Sektoren auch auf Westdeutschland, weil wir den Menschen dann konkreter helfen können. Ich weiß, worüber ich jetzt rede, Herr Schröder. Lassen Sie uns in der Januar-Plenarsitzung doch pragmatisch und parteiübergreifend einen gemeinsamen Antrag einbringen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, in diese Richtung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wir bieten eine solche Zusammenarbeit im Interesse der betroffenen Menschen ausdrücklich an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion über aktive Arbeitsmarktpolitik und die Frage, wie vorhandene, bezahlbare Arbeit verteilt werden kann, ist wichtig. Alles entscheidend aber ist die Frage, wie wir bezahlbare Arbeit vermehren können.

Herr Schröder, es ist aner kennenswert, daß Sie von einer Werksschließung zur anderen laufen wollen. Ihnen wird aber die Puste ausgehen, wenn Sie Ihre Politik nicht ändern, die ein großes Stück mit dafür verantwortlich ist, daß in Niedersachsen so viele Arbeitsplätze verlorengehen. Rot-Grün bekämpft und diffamiert in wichtigen Bereichen die Grundlagen für Arbeitsplätze und ruft anschließend um Hilfe, wenn sie bedroht sind.

(Zurufe von der SPD.)

– Meine Damen und Herren, Sie können ruhig dazwischenrufen. Wie ist es denn in den letzten Tagen gewesen? – Sie haben die Einrichtung des Bundesamtes für Strahlenschutz als Außenposten des Schröderschen Atomstaates gewertet. Daraufhin bestand die Gefahr, daß dieses Bundesamt in Salzgitter nicht gebaut wird. Ihre Leute waren dann sofort dabei und haben Resolutionen unterschrieben. Das ist doch die Situation!

(Beifall bei der CDU. – Widerspruch von der SPD.)

– Bleiben Sie ruhig! Immer an den Kreislauf denken! Immer hübsch ruhig bleiben!

(Adam [SPD]: Denken Sie an Ihren Blutdruck!)

Deshalb sage ich Ihnen: Politisch draufschlagen und so schreien, wie Sie jetzt schreien, und anschließend die Verletzungen beklagen – das ist der falsche Stil zur falschen Zeit. Wir kämpfen in Bonn

für den Erhalt des Amtes, ohne Wenn und Aber. Eigentlich wäre das aber die Aufgabe des niedersächsischen Botschafters in Bonn, nämlich des Bundesratsministers. Meine Damen und Herren, die diplomatischen Fähigkeiten von Herrn Trittin in Bonn zu beschreiben wäre allerdings der Versuch, die Emser Depesche in einen Liebesbrief gelungener Diplomatie zu verwandeln!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine funktionierende Wirtschaft ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Wer mit dem Anspruch auf Führung auftritt, darf nicht allein soziale Absicherung für die strukturellen Umbrüche anbieten. So wichtig die sozialen Absicherungen sind, so müssen wir aber auch deutlich machen, daß wir von den Menschen Leistungen erwarten und daß wir ihnen etwas abverlangen müssen, damit es wieder aufwärtsgeht. Das Motto „immer weniger Arbeit bei immer mehr Geld“, das viele aus Ihren Reihen vertreten haben, hat uns fast in den Ruin getrieben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Den Menschen etwas abzuverlangen hat sich Rot-Grün über alle Jahre hinweg gescheut. Sie haben ausgegeben, was in konjunkturell guten Zeiten eingenommen worden ist. Häufig haben Sie aber auch Geld für Dinge ausgegeben, die nicht unbedingt nötig waren. Das ist der entscheidende strukturelle Mangel rot-grüner Politik.

Damit überhaupt eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik stattfinden kann, müßte diese Landesregierung zunächst einmal den Grundwert für mehr Arbeitsplätze bejahen, nämlich Wirtschaftswachstum. Auf dem letzten Grünen-Parteitag klebte am Rednerpult ein verhängnisvoller Spruch. Auf diesem Schild stand: Grenzenloses Wachstum ist ein Irrweg. – Als ich dies im Fernsehen las, meine Damen und Herren, habe ich mich gefragt: Wovon reden diese Leute eigentlich? Wir wären doch schon froh, wenn wir nur ein paar Prozentpünktchen Wachstum in Deutschland bewegen könnten! In welcher Welt leben Sie denn eigentlich?

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Sie, Frau Dückert, wissen doch ganz genau: Wenn wir in Deutschland nicht mehr als 2 % reales Wachstum hinkriegen, dann wird die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Millionen oder 7 Millionen ansteigen. Wie kann man eigentlich mit soviel Blindheit geschlagen sein und ein solches Schild aufhängen? Das frage ich mich wirklich.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf von Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen].)

Ich sage Ihnen dagegen folgendes: Wachstum ist nicht alles. Aber ohne Wachstum geht nichts. –

Gansäuer

Meine Damen und Herren, führen Sie mir bitte den Wissenschaftler oder den Parteipolitiker vor, der mir erklären kann, daß er die Arbeitslosen ohne Wirtschaftswachstum wieder in Arbeit und Brot bringen kann! Der, der mir das weismachen will, muß schon ziemliche Gehirnverkrümmungen haben. Den gibt es in Deutschland nicht.

In viel zu vielen Köpfen dieser rot-grünen Koalition dreht sich nur noch alles um Umweltverträglichkeitsprüfungen. In den rot-grünen Köpfen fehlt aber das in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten entscheidende Kriterium für staatliches Handeln, nämlich die Arbeitsplatzverträglichkeitsprüfung, die ich neben die Umweltverträglichkeitsprüfung stellen möchte. Rot-Grün, meine Damen und Herren, sagt ständig, wie es nicht gehen kann. Ich möchte aber gern, daß hier wieder eine Politik betrieben wird, die sagt, wie es geht und wie wir die Probleme bewältigen können.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist ja wahr: Aus diesem Geist, der Wachstum ablehnt, und aus einer nach wie vor unsäglichen Planungsgläubigkeit ist in Niedersachsen ein gefährliches Gemisch entstanden, das sich zum Investitionshemmnis größten Ausmaßes entwickelt hat. Daraus erwachsen ist ein Landes-Raumordnungsprogramm, das die Ausweisung von Gewerbegebieten und Baugebieten unerträglich einengt. Daraus entstanden sind die Blockaden für die Sondermüllentsorgung, die Arroganz gegenüber den Nötigen der Meyer-Werft und die Einführung der verfahrensverzögernden Verbandsklage. Fast alle gesetzlichen Maßnahmen dieser Regierung durchzieht wie ein rot-grüner Faden das Motto: Behindern, verschleppen, verzögern. Die Rechte der Bedenkenträger und die Rechte jener, die immer gegen alles sind, nur nicht gegen ihren eigenen Wohlstand, wurden gestärkt; die Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze durch schnelle und unbürokratische Entscheidungen möglichst rasch entstehen zu lassen, wurden demgegenüber geschwächt. Die politische Praxis von Rot-Grün schafft Investitionshemmnisse am laufenden Band, statt die ohnehin schon durch die überzogene Bürokratie vorhandenen Investitionshemmnisse abzubauen. Damit nicht genug: Die Landesregierung hat den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen vernachlässigt, die wir dringend für die wirtschaftliche Entwicklung benötigen. Mit einem völlig verkehrten Stolz hat man darauf hingewiesen, daß man beim Bundesverkehrswegeplan keine Anmeldungen vorgenommen habe. Meine Damen und Herren, diese Tatsache wird nachfolgende Generationen eines Tages noch sehr teuer zu stehen kommen; das sage ich Ihnen!

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung hat ein Straßengesetz vorgelegt, das sich vehement gegen den Straßenbau richtet. Es sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen auf allen Ebenen und sogar – wahrlich revolutionierend! – sogenannte geschlechtsspezifische Verkehrsanalysen eingeführt werden. Als ich diesen Gesetzentwurf las, habe ich an den Rand geschrieben: „Mein Gott, daß ich das alles noch erleben darf!“ – Der Bau von Ortsumgehungen wird eingeschränkt. Die Grünen meinen, das seien Prestigeobjekte für Bürgermeister, und sie vergessen dabei, daß auch Menschen und nicht nur Tiere Anspruch darauf haben, vor Lärm und Abgasen geschützt zu werden. Das haben Sie offensichtlich vergessen, meine Damen und Herren von den Grünen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich könnte die Liste wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen beliebig fortsetzen. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle rot-grünen wirtschaftsrelevanten Entscheidungen die Tendenz, daß die Wirtschaft belastet wird und daß sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsunternehmen in Niedersachsen dramatisch verschlechtern. Ich sage Ihnen, was wir anders machen werden: Wir werden alle investitionshemmenden rot-grünen Gesetze aufheben. Weg mit dem schädlichen Landes-Raumordnungsprogramm! Weg mit der Verbandsklage! Weg mit den Behinderungen des Straßenbaus! Weg mit der Blockade der Müllverbrennung! Vorfahrt für eine zukunftsorientierte Infrastrukturpolitik mit schnelleren Genehmigungsverfahren und damit schnelleren Arbeitsplatzeffekten!

Meine Damen und Herren, wir müssen darüber hinaus die Wirtschaftsförderung des Landes zu einem wirksamen Instrument für mehr Arbeitsplätze aus- und umbauen. Unsere Offensive gilt dem Mittelstand, der über 70 % der niedersächsischen Arbeitsplätze vorhält. Wir reden hier bisher immer nur über Großbetriebe im Zusammenhang mit Arbeitsplatzverlusten. Wirtschaftsförderung ist kein Geldgeschenk an Unternehmer, Wirtschaftsförderung ist offensive Strategie für mehr Arbeitsplätze durch Wachstumsimpulse, Wachstumsimpulse für Innovationen, für Forschung, für Produktentwicklung und für die kleinen und mittleren Unternehmen in Niedersachsen. Rot-Grün hat diese Wachstumsimpulse sträflich vernachlässigt! Der Anteil des Wirtschaftshaushalts in Niedersachsen ist von 6,5 % auf nur noch 5,2 % in 1994 rapide abgesenkt worden. Damit fehlen für die Wirtschaftsförderung 1994 sage und schreibe 500 Millionen DM, und dies in dieser schwierigen konjunkturellen Lage! Die rot-grüne Landesregierung hat die Technologieförderung vernachlässigt und vor allem die Fördermittel für die kleinen und mittleren Unternehmen drastisch zusammengestrichen. Die jetzigen

Fördermittel reichen hinten und vorne nicht aus, um den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem aber der Automobilzulieferindustrie, zu helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können Märkte der Zukunft im harten Wettbewerb nur noch erschließen, wenn Forschungsergebnisse und Innovationen schneller in marktreife Produkte umgesetzt werden. Das haben uns die Japaner vorgemacht. Schwerpunkte müssen die Informationsverarbeitung, die Materialforschung, die Biotechnologie, die Verkehrstechnologie usw. sein. Man muß sich einmal vor Augen führen, welche großartigen neuen Möglichkeiten bevorstehen. Im Jahr 2001 soll das dreidimensionale Fernsehen kommen, im Jahr 2002 der Ein-Gigabit-Schaltkreis. Es wird die Begrünung von Wüsten geben. Im Jahr 2003 wird es die Trinkwasseraufbereitung aus Meerwasser geben, im Jahr 2004 Roboter zum Feuerlöschen.

(Zurufe von der SPD.)

Im Jahr 2005 gibt es künstliches Blut. Vieles wird durch Biotechnologie möglich. Im Jahr 2007 erholen sich die Wälder vom sauren Regen. Ab 2012 kann man das Absterben von Gehirnzellen verhindern; für manche Politiker sicherlich besonders interessant. – Warum zähle ich alle diese Dinge auf? – Weil ich in erster Linie von den Möglichkeiten der technologischen Zukunft im Dienste der Menschheit fasziniert bin. Wir sollten gemeinsam das politische Klima für die Technologiezukunft in Deutschland täglich verbessern helfen. – Jetzt antworte ich Ihnen: So der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Emil Schnell in seiner Haushaltsrede am 23. November 1993 im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der CDU.)

Welch ein Kontrastprogramm zu diesem tristen Niedersachsen, jedenfalls auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung! Hier wird die Gentechnologie verteufelt. Den Hochschulen wird militärische Forschung verboten. Die nachwachsenden Rohstoffe werden eingestampft. Die Technologieförderung beschränkt sich auf die Mitfinanzierung von Brennwertkesseln. Aber was die Brennwertkessel für die Technologieförderung sind, ist das Naabtal-Duo für die Musikwissenschaft, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit.)

Lassen Sie uns doch gemeinsam das ernst nehmen, was der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe dieser Tage gefordert hat: Er hat eindringlich Maßnahmen angemahnt, um technologische Innovationen in Deutschland zu erleichtern. Weil Hermann Rappe genau sieht – denn er weiß, wovon er redet –,

wer hier die Widerstände verkörpert, hat er folgendes gesagt: „Dabei müssen auch rot-grüne Koalitionen auf Landesebene ordentlich in die Defensive gebracht werden.“ Er hat recht, denn Hermann Rappe weiß genau, wir werden unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit eben nicht mit dem Export von Kuckucksuhren finanzieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Den Anforderungen an eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik ist die Koalition seit ihrem Bestehen in keinem Jahr gerecht geworden, und erst recht wird sie es nicht mit dem Haushalt 1994. Trotz Mehreinnahmen wie noch nie in der Geschichte unseres Landes in Höhe von 18,5 Milliarden DM hat die rot-grüne Landesregierung Niedersachsen in ein Finanzchaos getrieben, das Sie im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung ablesen können. Heute kann Herr Bruns im übrigen sein Versprechen wahr machen – aber welches Versprechen macht er schon wahr? –, nämlich sofort zurückzutreten. Er hat doch gesagt: Wenn wir mehr als 10 Milliarden DM Neuverschuldung machen, trete ich zurück. – Wenn er in den Haushalt guckt, wird er feststellen, daß der Zeitpunkt gekommen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Niedersachsen hat 1994 die höchste Nettoneuverschuldung aller westdeutschen Bundesländer. Dennoch klafft im Haushalt 1994 eine horrenden Finanzierungslücke von mehr als 1,2 Milliarden DM, die noch geschlossen werden muß. Wir haben Rot-Grün ständig vor dieser unsoliden Finanzpolitik gewarnt. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Anträge gestellt, und zwar solche mit höheren Einsparungen als Ausgaben. Wir haben zur Ausgabendisziplin aufgefordert und unsere Bereitschaft erklärt, an sinnvollen Sparmaßnahmen mitzuarbeiten. Es gab genug Warnungen, aber alle diese Warnungen sind in den Wind geschrieben worden. Die Finanzlage des Landes verschlechtert sich täglich weiter. In der mittelfristigen Finanzplanung stehen schon die riesigen Finanzlücken der kommenden Jahre, und selbst der Kollege Roske spricht von einer Finanzierungslücke – die er auch gar nicht bestreiten kann – von über 2 Milliarden DM in 1995. Die Investitionsausgaben sind dramatisch auf den niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes Niedersachsen gedrückt worden. Noch vor wenigen Jahren, vor vier Jahren, hat Gerhard Schröder gesagt, 12,5% seien zu wenig. Heute hält er 10,8% für richtig und ausreichend. Aktiver als diese Landesregierung auf diesem Gebiet kann man das Entstehen neuer Arbeitsplätze nicht verhindern. Und daraus ergibt sich der Widerspruch zu dem Handeln von Gerhard Schröder in diesen Tagen. Niedersachsen

Gansäuer

hat heute die niedrigste Investitionsquote aller westdeutschen Flächenländer. Das ist Arbeitsplatzvernichtungspolitik und nichts anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Wie jeder weiß – und der Antrag der Koalition klingt, wenn man ihn liest, geradezu wie ein Hilferuf –, sind die Personalkosten des Landes auf Kosten der Investitionen ins Uferlose gestiegen. Seit 1990 waren es 9 000 zusätzliche Stellen. Ich sage Ihnen noch einmal: Lehrer und Polizei schließen wir von unserer Kritik aus; aber keine der 220 000 Stellen ist eingespart worden. Die niedersächsische Landesverwaltung ist damit eine der teuersten in Deutschland geworden. Wir haben seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder Zurückhaltung bei den Personalausgaben gefordert. In keinem Jahr haben wir Mehrausgaben beantragt.

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Gansäuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Roske?

Gansäuer (CDU):

Nein. Ihre schöne rote Lampe leuchtet hier schon. Sonst würde ich das furchtbar gern machen. Aber es geht leider nicht, Herr Roske.

In keinem Jahr haben wir Mehrausgaben beantragt. Unsere Einsparvorschläge jedoch sind immer wieder arrogant abgewiesen worden. Mit dem Rücken zur Wand gibt es jetzt Stimmen aus der rot-grünen Koalition, daß nun 10 000 Landesbedienstete eingespart werden müßten. Aber ein Blick in die Haushaltspläne verrät: Trotz der riesigen Probleme sollen lächerliche 56 Stellen verschwinden, obwohl gleichzeitig wiederum rund 1 400 neue Stellen eingesetzt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt 1994 zeigt, daß Rot-Grün unfähig ist, eine wirtschafts- und beschäftigungsorientierte Finanz- und Haushaltspolitik zu betreiben. Die Regierung hat kein Konzept, weil ein Koalitionspartner alle Konzepte verdirbt. Diese Landesregierung müßte eigentlich eine Zukunftsagentur für Niedersachsen sein, reduziert sich aber auf einen Reparaturbetrieb für Teilbereiche, ohne das entsprechende Werkzeug zur Hand zu haben.

Wir fordern deswegen: Runter mit den Personalkosten und rauf mit den Mitteln für Investitionen, und sagen dazu – das können Sie unserem Antrag entnehmen –: Wir wollen dafür fast 300 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Die rot-grüne Koalition ist in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen zu einem Investitionshemmnis für Niedersachsen geworden.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Sie kann sich nicht mehr mit Wachstumsraten schmücken, die aus dem Einigungsboom stammen und mit landespolitischen Leistungen nichts zu tun haben.

(Hildebrandt [FDP]: So ist es!)

Diese Einnahmen sind in den vergangenen Jahren leichtfertig ausgegeben worden. In keinem anderen Bundesland sind in den letzten Jahren so wenig neue Unternehmen gegründet worden wie in unserem Land Niedersachsen. Nach dem Saarland herrscht hier die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer. Ausweislich der Zahlen des Landesarbeitsamtes ist die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen im Monat Oktober 1993 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um sage und schreibe 28,5 % gestiegen.

Die gigantischen Wahlversprechen vor der letzten Landtagswahl haben sich in Luft aufgelöst. Aus dem Versprechen einer 100prozentigen Übernahme der Personalkosten für Kindergärten sind 20 % geworden. Die Gebühren in den Kindergärten steigen ständig, obwohl die SPD den Eltern genau das Gegenteil versprochen hatte.

(Kuhlmann [CDU]: So ist es!)

Die Unterrichtsversorgung ist katastrophal, und Herr Wernstedt hat, was ihm heute sogar die GEW bescheinigt, die Lehrer belogen und betrogen.

Geradezu entlarvend ist die Aussage von Herrn Wernstedt, die er vor einigen Tagen gemacht hat, als er sagte, der Willkürspielraum der Landesregierung sei nicht unbegrenzt. Das ist ein Beleg, Herr Kollege Wernstedt, den Sie einmal Ihrer Regierungserklärung von 1990 entgegenhalten sollten. Das möchte ich Ihnen doch einmal empfehlen.

(Beifall bei der CDU. – Hildebrandt [FDP]: Der hat auch dazugelernt!)

Herr Schröder wollte im Wohnungsbau klotzen; aber die Wohnungsnot hat sich in seiner Regierungszeit verdoppelt. Die Kriminalität ist in Niedersachsen höher gestiegen als in allen anderen Bundesländern. Trotzdem schränkt Rot-Grün mit seinem Polizeigesetz die Handlungsfähigkeit der Polizei weiter unerträglich ein. Der Verfassungsschutz kann wegen des blamablen rot-grünen Verfassungsschutzgesetzes Rechts- und Linksradikale nicht wirksam bekämpfen.

(Beifall bei der CDU.)

– Ja, das ist wirklich ein sehr, sehr trauriges Kapitel; das muß man schon sagen. – Die Prozesse, die die Landesregierung in diesem Zusammenhang verloren hat, sind verheerend. Die Reps können sich bei der Landesregierung für die Wahlwerbung bedanken, die ihnen auf diese Art und Weise zuteil wurde.

(Beifall bei der CDU. – Hildebrandt [FDP]: Wir haben die Landesregierung gewarnt!)

Die ideologische Verbohrtheit von Rot-Grün ist damit zum besten Wahlhelfer für Herrn Schönhuber in Niedersachsen geworden.

(Sehr wahr! und Beifall bei der CDU.)

Übertroffen wird dieser peinliche Vorgang nur noch durch die unqualifizierte Richterschelte des Innenministers, dem offensichtlich alle rechtsstaatlichen Gepflogenheiten eines Regierungsvertreters abhanden gekommen sind. Aber man merkt, wenn man seine Kritik hört: Es ist nichts anderes als das schlechte Gewissen.

Gott sei Dank – das ist ein Trost – gibt es keine Regierung, Herr Schröder, der es gelingt, tatsächlich alles falsch zu machen; die gibt es, glaube ich, nicht. Ihre Regierung hat jedoch in den wichtigsten Kernbereichen, die für die Menschen und ihre Zukunft von Bedeutung sind, versagt, nämlich vor allem in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik. Deshalb muß sie abgelöst werden.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. – Auditor [SPD]: Von wem denn, Herr Gansäuer?)

Rot-Grün ist nach vier Jahren mit Pauken und Trompeten durch die Schrödersche Reifeprüfung gefallen.

(Beifall bei der CDU.)

Der innere Zustand dieser Koalition belegt dies deutlicher als alles andere.

Wir brauchen wieder eine Regierung, die ihre ganze Kraft darauf verwendet, steigende Arbeitslosigkeit, steigenden Wohlstandsverlust und steigende Kriminalität in Deutschland und Niedersachsen zu überwinden, nicht jedoch eine Regierung, die schon Mühe und Last hat, mit ihren inneren Problemen fertig zu werden. Wenn dies nämlich nicht glaubwürdig und erfolgreich gelingt, ist der innere Frieden in unserem Land tatsächlich gefährdet; dann werden wir dieses Land möglicherweise, an heutigen Maßstäben gemessen, politisch schon bald nicht mehr wiedererkennen.

Auch unter diesen Gesichtspunkten ist Rot-Grün alles andere, nur kein Wegweiser für die Zukunft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rot-Grün ist in Wahrheit, wenn man die Bilanz zieht,

ein Alptraum für Niedersachsen gewesen. Es darf niemals zum Modell für Deutschland werden, sondern gehört so schnell wie möglich in das Archiv für gestrauchelte, gescheiterte und nicht zukunftsfähige Experimente. – Ich danke Ihnen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU. – Schurreit [SPD]: Das war nicht überzeugend!)

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Aller, ich erteile Ihnen das Wort.

(Groth [SPD]: Mach es mal besser!)

Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gansäuer hat heute seine Chance gehabt,

(Zurufe von der CDU)

sich als Schattenminister zu qualifizieren. Er hat sie gründlich versiebt.

(Beifall bei der SPD. – Lachen bei der CDU.)

Herr Gansäuer hat die Chance gehabt, sich als Finanzpolitiker zu qualifizieren. Er hat es nicht geschafft.

Herr Gansäuer hat sich für den Oppositionsvorsitzenden der Oppositionspartei CDU im nächsten Landtag qualifiziert.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben eben gesagt, Herr Gansäuer, diese Regierung gehöre abgewählt.

(Beifall bei der CDU.)

Wer in Niedersachsen soll sie denn abwählen bei der Alternative, die Sie eben präsentiert haben, Herr Gansäuer?

(Beifall bei der SPD. – Hildebrandt [FDP]: Wir sind doch auch noch da!)

Herr Gansäuer, wer in Niedersachsen kauft denn schon die Katze im Sack? Wer soll denn auf der Grundlage Ihrer Haushaltsrede die CDU wählen und glauben, daß Sie die bessere finanzpolitische, haushaltspolitische, wirtschaftspolitische, bildungspolitische, sozialpolitische Alternative aus der Kiste ziehen können? Ihre Kiste ist voller Zitate, aber ohne Ideen.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Gansäuer, für einen Augenblick war ich am Angang Ihrer Rede versucht zu glauben, der Brandenburg-Effekt hätte bei Ihnen etwas bewirkt. Es gab neue Töne; es gab Ansätze von Einsichten. Sie

Alle

haben über die Folgelasten der deutschen Einheit geredet wie nie während Ihrer Oppositionszeit in diesem Landtag. Sie haben Schlußfolgerungen gezogen, die man Ihnen kaum zugetraut hat. Sie haben gesagt: Es liegt an den Demokraten und an den demokratischen Parteien, Orientierung zu geben, den Menschen, die nicht Rechts- und nicht Linksradikale wählen sollen. Sie haben dabei vergessen, daß die wichtigste Voraussetzung dafür ist, den Menschen die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie aber haben die Wahrheit verdreht, verbogen und verschwiegen.

(Vizepräsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben nach dem alten Strickmuster diskutiert. Sie haben nach dem alten Strickmuster argumentiert. Ich habe einmal mitgerechnet: Von Ihren wertvollen Minuten, die Sie hier für Ihre Profilierung hätten benutzen können, haben Sie mehr als die Hälfte mit der bloßen Aufzählung von Zitaten verbracht.

(Zuruf von der CDU: Und was machen Sie jetzt?)

Herr Gansäuer, Herr Schröder hatte vor Ihnen den niedersächsischen Weg aus der Krise beschrieben, wohl wissend, daß Niedersachsenpolitik allein die Wirtschaftspolitik in diesem Lande nicht verändern kann. Der Ministerpräsident hatte auch deutlich gemacht, daß Ihr blindes Starren auf die Investitionsquote, soweit sie Sachmittel, Bauten und Infrastruktur betrifft, nicht das Heil aller Dinge ist, sondern daß Investitionen in Humankapital, in das Wissen der Menschen die Zukunftschancen in diesem Lande bestimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben das zwar in einem Nebensatz gesagt, aber den Zusammenhang zwischen Sachinvestitionen und Investitionen in das Humankapital haben Sie nicht begriffen.

Sie haben Herrn Schröder Respekt gezollt, aber wohl nur rhetorisch, um hinterher die Auseinandersetzung mit der rot-grünen Koalition einzuleiten. Sie haben dann über Betriebsversammlungen gesprochen. Sie haben ja jetzt offensichtlich einmal eine Betriebsversammlung bei Dasa besucht. Ich bin aber nicht ganz sicher, ob Sie wissen, welchen Respekt, welches Vertrauen die Arbeitnehmer in diesem Lande Gerhard Schröder entgegenbringen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie wissen nämlich, daß Gerhard Schröder für Arbeit, für wirtschaftlichen Fortschritt unter Berücksichtigung der umweltpolitisch Auswirkungen des-

sen, was er tut, steht.

(Beifall bei der SPD. – Grill [CDU]: Können Sie mir die Stelle mal zeigen, wo das stattgefunden haben soll, Herr Aller?)

Wenn man genau hingehört hat, Herr Gansäuer, dann haben Sie sich vor lauter politischer Taktik in den einzigen Lösungsansatz verstiegen, den Sie wirtschaftspolitisch zu Ende gedacht haben. Sie suchen das Heil in der Rüstungspolitik. Sie setzen eindeutig und rücksichtslos auf Rüstungsproduktion und vergessen, daß Rüstung das toteste Kapital ist, das man schaffen kann, im wahrsten Sinne des Wortes.

Herr Gansäuer, Sie haben sogar noch einen draufgesetzt. Ihr Beitrag zu Lesben und Schwulen war schlimm.

(Zuruf von der SPD: Er war diskriminierend!)

Er war diskriminierend, er war verwerflich.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wer so mit Minderheiten umgeht, wer Schwule und Lesben, die zu dieser Gesellschaft gehören, so ausgrenzt, wie Sie das getan haben, der knüpft nahtlos an die Debatten über Asylbewerber an,

(Beifall bei der SPD)

und dem muß man vorwerfen, daß die Redebeiträge von ihm und von Fraktionskollegen über die Gewalt gegen Behinderte nichts anderes waren als Effekthascherei. Sie haben sich für ein Staatsamt disqualifiziert!

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Ehrlichkeit den Menschen gegenüber, Herr Gansäuer, bedeutet auch, in der Bildungspolitik zu sagen, wohin man will. Ich weiß nicht, ob sich ihre Schattenkabinettskollegin mit Ihnen abgesprochen hat. Die Alternative, große Klassen statt Lehrerarbeitszeit zu verlängern, muß manchen in diesem Land durcheinanderbringen. Zu Ende gedacht heißt das Schließung der kleinen Grundschulen in den Ortschaften,

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

weil diese Klassenfrequenzrichtwerte die Konsequenz aus dem sind, was Sie fordern.

(Lindhorst [CDU]: Das ist doch kein Muß, das ist ein Kann!)

– Daß Sie keine Ahnung haben, Herr Lindhorst, das wissen wir.

Herr Gansäuer, Sie haben ein Bekenntnis zum wirtschaftlichen Wachstum gefordert. Ich habe selten eine so unlogische Argumentationskette gehört wie die, die Sie hier vorgetragen haben. Selbst die CDU in Bonn ist schon weiter als Herr Gansäuer in Niedersachsen. Grenzenloses Wachstum, so wie Sie es hier definiert haben, will in dieser Gesellschaft keiner mehr.

(Beifall bei der SPD.)

Hemmungsloses Wachstum, wie Sie es gefordert haben, will in diesem Land keiner mehr. Ich möchte Sie herzlich bitten, wenigstens ab und zu mal in Ihre Grundsatzprogramme zu schauen, wenn Sie Ihre Haushaltsreden vorbereiten. So, wie Sie es gesagt haben, geht es jedenfalls nicht, schon gar nicht, wenn Sie damit einen Vorwurf an die SPD-geführte Landesregierung verbinden. Es ist dieser Ministerpräsident, der die Kuh vom Eis gebracht hat bei den Großprojekten, wozu die CDU-FDP-Regierung vorher nicht in der Lage war.

(Beifall bei der SPD.)

Dieser Ministerpräsident hat eine ökologisch verträgliche Lösung für eine Mercedes-Teststrecke durchgesetzt. Es ist dieser Ministerpräsident, der einem Großkonzern klargemacht hat, daß man Gas in Niedersachsen auch umweltverträglich anlanden kann. Ich nenne das Stichwort „Europipe“. Und ich sage: So, wie wir Verkehrspolitik definieren, ist das fortschrittlicher als das, was Sie wollen. Es ist die Verkehrspolitik für die Zukunft.

Es ist schwierig, eine gesamte Rede von Herrn Gansäuer zu kommentieren, weil er seine Zitate im Maschinengewehrtempo aneinanderreihet. Aber wenn er Sprüche, Taten und Anträge in einen Zusammenhang stellt, dann muß man die CDU fragen: Wo ist denn der direkte Zusammenhang zwischen dem, was die CDU in dieser Legislaturperiode in 159 Anträgen gefordert, in 1524 Anfragen angemahnt hat, und dem, was heute haushaltspolitisch auf den Tisch gelegt worden ist?

Es gehört zum guten und ehrlichen Stil der CDU, daß sie die Haushaltsberatungen an sich vorbeiziehen läßt, ohne etwas zu tun, und dann zur dritten Beratung einen Antrag auf den Tisch zu legen nach dem Motto, er wird ja sowieso abgelehnt. Daß er abgelehnt wird, ist sicher, weil er in sich völlig unlogisch und dilettantisch formuliert worden ist und überhaupt keine Finanzierung für die sogenannte CDU-Alternative deutlich macht.

(Beifall bei der SPD.)

Ich werde versuchen, das nachzuweisen.

Natürlich tauchen die gängigen Vorschläge von Herrn Gansäuer immer wieder auf. Herr Gansäuer, Sie haben heute versucht, Ihr Gesellenstück als Fi-

nanzminister zu machen. Sie sind bei der Prüfung durchgefallen. Sie müssen nachsitzen. Sie werden auch nicht Minister. Ich will Ihnen das aber auch an Ihrem Zahlenwerk deutlich machen.

(Grill [CDU]: So eine billige Geschichte, wie Sie sie liefern!)

Es ist ja schlimm genug, daß Herr Gansäuer Fraktionsvorsitzender bleiben will.

(Grill [CDU]: Sie haben nichts verstanden!)

– Doch, ich habe Sie gut verstanden, Herr Grill, und ich werde Ihnen jetzt auch Nachhilfeunterricht zu Ihrem CDU-Antrag geben.

Die CDU hat in ihrem Antrag das, was Sie tun will, mit vier Blöcken finanziert. Sie hat gesagt: Wir sparen 240 Millionen DM im Personalhaushalt ein. 240 Millionen DM in einem Jahr! Selbst wenn es gelänge, vom 1. Januar an oder von heute an jede Stelle, die frei wird, nicht wieder zu besetzen, zu sperren, und jede Wiederbesetzung im nächsten Jahr zu verhindern, hieße das, daß mindestens 4000 Stellen wegfallen müßten. Für jede Stelle, die nach dem 1. Januar eingespart wird, erhöht sich diese Zahl. Das heißt, die CDU will in einem Jahr zwischen 4000 und 8000 Stellen einsparen, um damit ein sogenanntes Beschäftigungs- und Strukturprogramm zu finanzieren. Dieselbe Partei, die uns vorwirft, mit globalen Mehreinnahmen und globalen Minderausgaben zu operieren, setzt 240 Millionen DM globale Minderausgaben beim Personal an. Weitere 100 Millionen DM globale Minderausgabe setzt sie bei den sächlichen Ausgaben an und verweist dabei auf die Gutachten. Wenn Herr Gansäuer wenigstens begriffen hätte, was er wirtschaftspolitisch will, und wenn er den Zusammenhang zu den Gutachten verstünde, dann müßte er wissen, daß er dadurch, daß er die Gutachten nicht mehr finanzieren will, keine Bundesbahn, keine Straße, keine große wirtschaftliche Einrichtung in diesem Lande mehr planen, geschweige denn umsetzen kann. Auch die Expo wäre tot. Die Expo wäre tot, weil in diesem Gutachtenbereich für die Expo jede Menge Geld verborgen ist.

Dann kürzt er die Zinsen um 100 Millionen DM. Wir haben im Haushaltsausschuß, dem er ja nicht angehört, sehr sorgfältig über die Möglichkeiten geredet und haben gesagt, diese Haushaltsstelle sei ausgereizt. Für Herrn Gansäuer ist das offenbar nicht der Fall. Und dann löst er den Ökofonds auf. Das ist die Finanzierung, mit der er Politik machen will. Nur Quatsch, keine finanzpolitische Basis! Deshalb stimmt auch das nicht, was hinterher mit diesem Geld finanziert werden soll.

(Beifall bei der SPD.)

Aller

Die CDU-Opposition kann die Neuverschuldung nicht senken, und diese Opposition kann auch das Struktur- und Beschäftigungsprogramm nicht finanzieren. Herr Gansäuer hat gesagt: 270 Millionen DM für ein Struktur- und Beschäftigungsprogramm. Guckt man in den Antrag und ermittelt, was sich dahinter verbirgt, dann ist das die alte, klassische Strukturpolitik, die er selbst als überlebt, als phantasielos und für die Zukunft nichts bringend geißelt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Gansäuer hat sich also finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch wirklich ins Abseits gestellt. Es lohnt sich eigentlich nicht, noch sehr ausführlich auf den Antrag einzugehen. Es macht auch keinen Spaß mehr, ihm klarzumachen, daß er dann, wenn er 4000 bis 8000 Stellen auf einen Streich einsparen will, keinen einzigen Lehrer, keine einzige Lehrerin mehr einstellen kann, daß er keinen einzigen Polizeibeamten, keinen Pfleger und keinen Steuerbeamten einstellen kann. Gerade an diesen Stellen – darüber waren sich alle in diesem Hause einig – darf nicht gespart werden. Ganz im Gegenteil, für diese Bereiche müssen mehr Stellen geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb ist unsere Personalpolitik konsequent und richtig, weil sie an den Bedürfnissen der Menschen und an den Bedürfnissen der Aufgaben orientiert ist.

Meine Damen und Herren, die christlich-liberale Koalition hat sich überlebt. Das hat die „HAZ“ am Wochenende geschrieben. Das war vor Brandenburg. Richtig ist wohl, daß es auch keine Zukunft für eine christlich-liberale Koalition in Niedersachsen gibt. Dafür ist die CDU einfach zu schwach.

(Beifall bei der SPD.)

Der CDU-Vorsitzende Gansäuer hat das richtig erkannt. Er hat richtig erkannt, daß die CDU die Landtagswahl nicht gewinnen kann. Er hat begriffen, daß Gerhard Schröder Ministerpräsident in Niedersachsen bleibt. Aus persönlichen und egoistischen Gründen hat er sich wohl gesagt: Es ist immer noch besser, Fraktionsvorsitzender einer Oppositionspartei zu sein, als Schattenminister zu bleiben.

(Dr. Roske [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird er nicht mehr!)

Die geschlossene Einheit, die bei der Vorstellung des Schattenkabinetts beschworen worden ist, ist hin. Der Chef des Schattenkabinetts hat seinen Schattenfinanzminister gerüffelt und hat gesagt, die Leute hätten davon die Nase voll, wenn man sich in diesen Zeiten, noch bevor die Wahl stattgefunden

hat, mit Eventualitäten auseinandersetze und im Grunde genommen nur noch an Posten und Positionen denke. – Recht hat er. Herr Gansäuer wird wahrscheinlich nicht mal mehr Finanzminister unter diesem Chef des Schattenkabinetts.

Wo steht die CDU, und was soll man von ihr halten? – Ich habe hier mit großem Interesse die Ansätze von Selbstkritik bei Herrn Gansäuer beobachtet. Ich habe allerdings ein Wort zu den peinlichen Vorgängen um die Nominierung des Nachfolgers von Herrn Weizsäcker vermißt. Ich hätte gerne ein Wort von der CDU dazu gehört, daß sie fünfmal in drei Wochen die Position geändert hat und letztlich zwar hinter Kohl, aber ohne Kandidaten dagestanden hat.

Ich hätte auch gerne gesehen, wenn Herr Gansäuer den Westimport nach Sachsen-Anhalt, der ja aus der CDU in Niedersachsen stammt, mit einigen kritischen Bemerkungen bedacht hätte. Denn in der Broschüre zur Vorstellung des Schattenkabinetts steht: „Unsere Kandidaten sind gleichzeitig Programm.“ Ferner steht der Satz darin: „Die CDU, die Partei, die der Politikverdrossenheit entgegengetreten will.“ Es muß nachdenklich machen, wenn die CDU das in Broschüren schreibt und Herrn Gansäuer hier so reden läßt.

Herrn Gansäuer zum Finanzminister zu machen, hieße den Bock zum Gärtner zu bestellen. Herr Gansäuer war Vorsitzender der sogenannten Haushaltsstrukturkommission, unter deren Arbeit diese Landesregierung und große Teile der Verwaltung heute noch leiden. Die falschen personalpolitischen Weichenstellungen bei der Polizei, bei der Unterrichtsversorgung, vor allen Dingen aber auch bei der Steuerverwaltung haben diesem Land schweren Schaden zugefügt. Herr Gansäuer hat sich immer als Vorsitzender dieser Kommission bezeichnet. Deshalb trägt er auch die Hauptverantwortung für die Fehler, die dort organisiert worden sind.

(Zustimmung von Dr. Roske [Bündnis 90/Die Grünen].)

Wie eng muß eigentlich die Personaldecke der CDU sein, wenn ausgerechnet der zum Minister gemacht werden soll, der unter Ministerpräsident Albrecht die Hauptverantwortung dafür mitgetragen hat, daß wir ein Schuldenpaket von 40 Milliarden DM in diese Regierungszeit haben übernehmen müssen?

(Zustimmung bei der SPD).

Die Situation nach Brandenburg ist für die CDU tragisch. Als SPD könnte man sich freuen, daß die CDU auf Platz 3 zurückgefallen ist. Ich sage aber für meine Fraktion sehr eindeutig: Die Freude ist begrenzt. Dieses Wahlergebnis hat nämlich mit der

CDU-Bundespolitik zu tun. Wer die Fernsehsendungen genau verfolgt hat, der hat auch gehört, warum die Menschen links, nämlich die PDS, gewählt haben, die sich vor die CDU hat schieben können: Es sind Frust, Enttäuschung und herbe Kritik an dem, was in Bonn für die ostdeutschen Länder gemacht worden ist. Das ist zu verstehen. Es wäre aber auch sinnvoll, wenn Herr Gansäuer diese Erkenntnis mit in seine Fraktion nehmen würde.

Lassen Sie mich nun noch folgendes sagen; denn wir diskutieren ja heute über eine Bilanz und gleichzeitig über eine Eröffnungsbilanz für die nächste Legislaturperiode. Die rot-grüne-Landesregierung hat fünf Aufgaben erfüllt, die die Opposition ihr offensichtlich nicht zugetraut hat: Wir haben die Albrecht-Erblass abgearbeitet. Wir haben die Reformpolitik abgesichert. Wir haben immense und unvorhergesehene Mittel in Höhe von über 7 Milliarden DM für die deutsche Einheit bereitgestellt. Wir haben den Konsolidierungskurs, der in der Regierungserklärung abgesteckt war, strikt und konsequent eingehalten. Ferner haben wir die Reformpolitik bis 1997 über den Wahltag hinaus planerisch abgesichert.

(Zustimmung bei der SPD.)

Der wichtige Unterschied zwischen dem, was die Albrecht-Regierung, Frau Breuel und Herr Gansäuer uns hinterlassen haben, und dem, was Herr Swieter als Finanzminister diesem Landtag zum Ende der Wahlperiode präsentiert hat, ist, daß Herr Swieter ein ehrliches Papier vorgelegt hat, in dem die Risiken und auch die Handlungsbedarfe offen ausgewiesen sind. Deshalb müssen sich Opposition und Regierungsfractionen daran messen, ob sie in den vergangenen Jahren und in Zukunft diese wichtige Aufgabe in den Griff bekommen.

Bei jeder Haushaltsberatung ist uns vorgehalten worden – Herr Gansäuer hat das heute wieder getan –, das Finanzchaos sei über Niedersachsen hereingebrochen. Zwölf Monate später, bei der Schlußrechnung für das Haushaltsjahr, hat sich die Prognose von Finanzminister Swieter in schöner Regelmäßigkeit bestätigt, nämlich als Kurs der Vernunft und als eine solide Finanzpolitik in diesem Lande. Das hat etwas damit zu tun, daß Niedersachsen unter dieser Landesregierung zwei Grundsätze einhält: Erstens. Die Landesregierung legt den Haushalt sehr früh vor und gibt dem Landtag die Chance zu beraten. Die CDU nutzt diese Chance in der Regel nicht. Wenn der Haushalt zum 1. Januar in Kraft tritt, gibt das Planungssicherheit für die Verwaltung, für die Wirtschaft und für die Menschen in diesem Lande. Zweitens. Es hat sich bewährt, bei Vorlage neuer Rahmendaten – insbesondere nach den Tarifabschlüssen, nach der Mai-Steuerschätzung oder auch bei Beobachtung der

Konjunktur – einen Nachtragshaushalt vorzulegen und das Haushaltswerk anzupassen, das im Januar in Kraft getreten ist. Das haben wir dreimal erfolgreich gemacht. Das hat sich bewährt. Es wird sich auch 1994 herausstellen, daß dieser Haushalt hervorragend gelungen ist.

Meine Damen und Herren, die CDU hat einen Antrag vorgelegt. Ich habe diesen Antrag eben schon kommentiert. Es wäre logisch, wenn die CDU sagt: „Wenn Herr Allert das kritisiert, dann brauchen wir das nicht hinzunehmen.“ Insofern bin ich Herrn Hildebrandt dafür dankbar, daß er die CDU-Vorschläge ebenfalls kommentiert hat. Er hat gesagt, sie seien mit einer Luftnummer finanziert. Richtig so! Der CDU-Antrag ist nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt ist.

(Zustimmung bei der SPD.)

Der FDP-Antrag hat seinen Charme, insbesondere deshalb, weil wir ihn nicht kennen. Er liegt bisher immer noch nicht vor. Ich habe aber in der Zeitung darüber gelesen, Herr Hildebrandt. Das ist ja schon etwas. Das zentrale Thema, das Sie angesprochen haben, ist die zumindest teilweise Veräußerung der NORD/LB.

(Hildebrandt [FDP]: Um Arbeitsplätze zu schaffen!)

Ich fand das sehr aufregend, weil das natürlich in krassem Gegensatz zur Politik dieser Landesregierung und auch in krassem Gegensatz zu dem steht, was der Ministerpräsident vorhin als ein Markenzeichen dieser Landesregierung bezeichnet hat: Wir nutzen die Anteile bei VW und bei der Norddeutschen Landesbank, um Strukturpolitik in diesem Lande zu betreiben,

(Hildebrandt [FDP]: Falsch!)

voranzubringen und Partner zu suchen. Wenn das falsch ist, Herr Hildebrandt, dann müssen Sie mir sagen, ob Sie das Conti-Konzept wirklich nicht wollen.

(Hildebrandt [FDP]: Dazu brauche ich keine Staatsbank!)

Sie müssen uns sagen, ob Sie die unter Beteiligung der NORD/LB eingeleiteten Sanierungs- und Stützungsmaßnahmen nicht wollen. Dann müssen Sie aber auch hingehen und den Beschäftigten dort sagen, daß Sie nicht mit der Norddeutschen Landesbank im Rücken oder mit ihrer Unterstützung die Wirtschaftspolitik gestalten wollen.

(Hildebrandt [FDP]: Die Deutsche Bank hat das ohne Bürgschaftsabsicherung gemacht!)

Sie sind auch kurzfristig, was die langfristige Sanierung unseres Haushalts angeht.

(Hildebrandt [FDP]: Nein!)

Aller

Mit Einzelverkäufen können Sie keine Lehrer, keine Polizeibeamten, kein Pflegepersonal und keine Steuerbeamtinnen und -beamten bezahlen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist richtig! Das wollen wir auch nicht!)

Wenn es verkauft wird, ist das weg.

Ich kann Ihren Antrag leider nicht ausführlicher kommentieren, weil Sie sich ja einer gründlichen Beratung im Ausschuß entzogen haben. Deshalb bleibt es dabei: Niedersachsen ist in der Finanzpolitik und in der Wirtschaftspolitik Vorbild für die Bundespolitik.

(Frau Knoblich [CDU]: Heute ist doch kein Karneval!)

– Das glaube ich wirklich. – Wenn es der CDU und der FDP gelungen wäre, unmittelbar nach der deutschen Einheit so etwas ähnliches wie eine Sperre bei der Neuverschuldung einzubauen, dann hätten auch die Bundespolitiker von CDU/CSU und FDP den heilsamen Zwang gehabt, nicht in die Neuverschuldung zu flüchten, sondern den Haushalt kritisch zu durchleuchten und immer wieder Einsparungsvorschläge umzusetzen. Wir haben das gemacht und sind unter den 10 Milliarden DM geblieben, die wir zu Beginn der Legislaturperiode gewollt haben.

Wir haben außerdem – das ist ganz wichtig – bei der Kreditfinanzierungsquote einen eindeutig positiven Kurs eingeschlagen. Wir liegen jetzt bei 6,2 %. Der Bund liegt inzwischen bei 14,4 %. 1997 werden im Bund für Zinsen und Zinserstattungen 23,1 % auszugeben sein. Der Städte- und Gemeindebund kommentiert das schlichtweg wie folgt: „Der Bund wird dann handlungsunfähig.“

Der Bund ist handlungsunfähig. Dort regiert aber nicht die SPD, und an der Regierung sind auch nicht die Grünen beteiligt.

Meine Damen und Herren, wir haben den Haushaltszuwachs, wie dies der Finanzplanungsrat gefordert hat, auf unter 3 % gesenkt. Wir sind bei 0,08 %. Der Bund liegt bei 4,6 %, Herr Hildebrandt. Auch hier wird deutlich, was niedersächsische Haushaltspolitik zu leisten imstande ist. Wir begrenzen den Haushaltszuwachs, wir erweitern aber die Investitionen in Sach- und Humankapital.

Wir haben die verfassungsmäßige Grenze eingehalten. Ich bin sicher, daß Waigel sie überschreiten wird. Wir haben immer wieder die kurzfristige Umsetzung von Sonderlasten zur Finanzierung der deutschen Einheit organisiert, und wir tun das mit der Ergänzungsvorlage auch in diesem Jahr. Wir setzen 525 Millionen DM beim Land und 308 Millionen DM bei den Kommunen um. Wir haben die Zuweisungen an die Kommunen nicht gedeckelt.

Ganz im Gegenteil. Wir haben den Kommunen Planungssicherheit gegeben, indem wir die Beteiligung an den Kosten der deutschen Einheit auf eine gesetzliche Basis gestellt haben.

Wir haben den Haushalt nicht kaputtgespart, sondern wir haben konsolidiert. Das ist ein kleiner Unterschied. Wir haben das im Gegensatz zur Vorgängerregierung nach dem Prinzip der transparenten Haushaltsführung gemacht. Das hat es der Opposition schwermacht, eine Alternative aufzuzeigen. Wenn man nämlich schon kritisieren will, muß man erst einmal die Haushaltsrisiken abbauen oder sich aber mindestens mit ihnen auseinandersetzen. Das haben Sie bisher vermieden. Deshalb stellen wir nach vierjähriger Regierungszeit und nach vier Jahren Amtszeit von Finanzminister Swieter fest, daß es Ihnen zu keinem Zeitpunkt gelungen ist, eine bessere Haushaltsstruktur zu präsentieren.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Was Sie vorgelegt haben, war Flickwerk.

Angesichts der wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Situation in diesem Lande bekennen wir uns zu einer antizyklischen Politik. Wir werden die Neuverschuldung nicht absenken, weil wir auch mit den Schulden, die wir offen ausgewiesen haben, Arbeits-, Bildungs- und Umweltpolitik finanzieren wollen. Wir haben aus guten Gründen Priorität auf die Bildungspolitik gelegt. Wir haben – das hat Herr Schröder vorhin sehr ausführlich deutlich gemacht – insbesondere in Lehrpersonal investiert. Das war auch richtig so, denn wären wir Ihrem Kurs gefolgt, so hätten wir das Chaos an den Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir haben in die Hochschulpolitik investiert, weil wir meinen, daß der Hochschulbereich Humankapital und Wissen für die Zukunft ist, das wir mit dem verknüpfen wollen, was wir technologisch und wirtschaftspolitisch auf den Weg bringen wollen. Diese Verknüpfung ist die Chance, die Niedersachsen hat. In einigen Bereichen ist sie auch schon gelungen. Ich sage zu diesem Thema ausdrücklich, daß diese Landesregierung, im Bereich der Kali-Industrie früher, schneller und effizienter, als dies alle anderen Regierungen getan haben, auf den Strukturwandel reagiert hat. Wir haben ein Projekt der Regierung Albrecht, „High-Tech und Transferleistung in den Mittelstand“ in die niedersächsische Wirtschaftslandschaft einzuführen, und wir haben das Sican-Projekt umgesetzt. Sie haben darüber geredet, wir haben es umgesetzt. Wir sorgen dafür, daß diese Einrichtung wächst.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben – das sind sozial flankierende Maßnahmen, Herr Hildebrandt – in einem Bereich investiert, in dem wir gar nicht mehr Herr der Entscheidungen sind. Wir haben zwar die Wahl gewonnen, weil wir Niedersachsen endlich vom letzten Platz bezüglich der Versorgung mit Kindergartenplätzen weg haben wollten,

(Beifall bei der SPD)

aber mittlerweile gibt es eine bundesgesetzliche Regelung, die uns noch bei der Durchsetzung des Rechtsanspruchs überholt hat.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Deshalb ist jedes Gerede über Ausgaben in diesem Sektor dummes Zeug. Nur wer investive Maßnahmen bei den Kommunen und bei den freien Trägern unterstützt und Personalkostenzuschüsse zahlt, wie wir das tun, ist auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD.)

Unter der früheren Regierung ist weder ein Kindergartengesetz verabschiedet worden, noch sind die Kommunen und freien Träger in der Größenordnung unterstützt worden, in der das jetzt der Fall ist.

Die Lernmittelfreiheit wird von Ihnen kritisiert. Sie soll gekürzt werden. Sie wollen zurück zu den stigmatisierenden Methoden der Gutscheinelösung. Tun Sie das! Die Menschen werden Ihnen das nicht danken!

Ich möchte nun noch einen Aspekt ausführlicher diskutieren, den ich für ganz wichtig halte. Wer Wissen als das Kapital der Zukunft betrachtet, muß auch bereit sein, nach der schulischen Erstausbildung, nach der beruflichen Ausbildung oder nach dem Besuch von Hochschule und Universität die Fortbildung in das Zentrum der Qualifizierungsmaßnahmen zu stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Niedersachsen ist stolz darauf, hinsichtlich der Erwachsenenbildung an der Spitze zu stehen. Wir haben von 1990 bis 1993 430 Millionen DM dafür ausgegeben. Es zahlt sich aus, daß wir in der Erwachsenenbildung die Menschen wieder an Arbeitsplätze heranzuführen oder ihnen sinnvolle Alternativen zur unverschuldet verlängerten Freizeit anbieten.

(Beifall bei der SPD.)

Die Investitionen in Qualifizierung wären unvollständig aufgezählt, wenn nicht der Hochschulbereich ausdrücklich angesprochen würde. Hier liegt der Widerspruch zu dem, was Herr Gansäuer vorhin gesagt hat und was die FDP möglicherweise noch vorbringen wird.

Ich weiß nicht genau, wie der Nachfolger von Herrn Riesenhuber heißt. Das ist der Bundesminister, der für Forschung und Technologie zuständig ist. Aber es spricht schon für sich, daß ihn niemand kennt. Es lohnt sich wahrscheinlich auch nicht, diesen Namen zu lernen, weil die Bundesregierung im Gegensatz zu dem, was Herr Gansäuer gefordert hat, ausgerechnet in den zukunftsorientierten Bereichen kürzt und uns in Niedersachsen durch ihre Rotstiftpolitik daran hindert, das Fachhochschulprogramm umzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist geradezu abenteuerlich, wenn sich Herr Gansäuer hier hinstellt und von Visionen redet, während seine Parteifreunde in Bonn dabei sind, den Haushalt des Ministers für Forschung und Technologie zusammenzustreichen, anstatt das Mittelvolumen zu halten und die Mittel in sinnvollere Projekte zu steuern, als sie in den Himmel zu schießen oder in die Rüstungsindustrie zu stecken. Die Mittel aber zu kürzen, ist mit Sicherheit der falsche Weg.

Wir sind zuversichtlich, daß wir gegen die Kürzungsmaßnahmen aus Bonn gegenhalten können. Ich bin dem Ministerium dankbar dafür, daß es gestern ein Hearing durchgeführt hat, bei dem Überlegungen der Privatfinanzierung von Hochschuleinrichtungen erörtert worden sind. Das gilt sicherlich insbesondere für die Baumaßnahmen. Wenn es uns gelingt, schneller, preiswerter und vielleicht auch besser zu bauen, dann sollten wir das tun. Wir dürfen aber nicht den Bund aus der Mitfinanzierung entlassen.

Meine Damen und Herren, Herr Gansäuer hat es wieder nicht lassen können, die rund 8000 zusätzlichen Stellen, die diese Landesregierung geschaffen hat, in das Zentrum seiner Kritik zu stellen. Was er nicht begreift, ist, daß effizienter öffentlicher Dienst und moderne Verwaltung ohne motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht funktionieren. Es sind Menschen, die unterrichten! Es sind Menschen, die bei der Polizei arbeiten! Es sind Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten! Es sind Menschen, die dafür sorgen, daß in dieser Gesellschaft der Wirtschaftsablauf funktionieren kann.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Wenn Sie noch einen Beweis gebraucht hätten, Herr Hildebrandt, dann hätten Sie sich doch die letzten vier Jahre anschauen können, als wir mit aller Kraft – auch mit niedersächsischer Kraft und mit niedersächsischem Geld – den Verwaltungsaufbau in den ostdeutschen Ländern gefördert haben.

(Beifall bei der SPD.)

Aller

Hätten wir das nicht getan, gäbe es immer noch keine Finanzverwaltung, gäbe es immer noch keine öffentliche Verwaltung, gäbe es keine Kommunalverwaltung. Ein Denkfehler bei Ihnen und bei der CDU bestand doch darin, daß Sie gemeint haben, der Markt sei ohne öffentlichen Sektor in der Lage, den Aufbau in Ostdeutschland aus dem Stand zu erledigen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist Quatsch!)

Sie haben diesen Fehler begangen, weil Sie ein gestörtes Verhältnis zu einer leistungsorientierten und motivierten öffentlichen Verwaltung haben.

(Beifall bei der SPD.)

Die SPD hat dies klar herausgestellt: Es gibt Sektoren, in denen die Politik die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestimmt. Wer Unterricht mit bestimmten Klassenfrequenzen und bestimmten Stundentafeln will, muß auch sagen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer er dafür einstellen will. Wer innere Sicherheit durch Polizei, Staatsanwaltschaften und Richter garantieren will, muß das notwendige Personal bereitstellen. Er kann aber nicht hintenherum immer so tun, als sei öffentlicher Dienst pauschal als eine Gruppe von Menschen abzuqualifizieren, die nichts leisten.

(Dr. Hruska [FDP]: Das stimmt nicht! – Hildebrandt [FDP]: Wen meinen Sie!)

Worüber wir diskutieren können, ist die Frage, ob Verwaltung so, wie sie organisiert ist, noch zeitgemäß ist.

(Dr. Hruska [FDP]: Richtig!)

Herr Gansäuer ist nicht da, aber Sie fühlen sich immer angesprochen. Ich weiß nicht, warum.

(Hildebrandt [FDP]: Sie schauen mich an!)

Wer in einem Jahr 240 Millionen DM sparen will, wer uns im Schulbereich, im Polizeibereich, im Bereich der Steuerverwaltung, im Bereich der Justiz recht gibt, der muß auch sagen, wo er die 5 000 bis 8 000 Stellen in einem Jahr sparen will.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch schlichter Wahnsinn, was da gemacht wird. Deshalb ist der Antrag richtig, den wir eingebracht haben. Der Antrag wird noch beraten und in die Ausschüsse überwiesen. Wir wollen bei den oberen und bei den obersten Landesbehörden ein Einsparvolumen erzielen. Wir wollen die Ortsinstanzen auf den Prüfstand stellen. Wir wollen aber auch die Gewerkschaften und die Personalräte beteiligen, wenn es darum geht, die Strukturen einer zukünftigen Leistungsverwaltung zu definieren.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hildebrandt beantworten?

Aller (SPD):

Ja, gerne.

Hildebrandt (FDP):

Herr Kollege Aller, ich wollte nur fragen, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß genau das der Grund meiner Kritik an dem CDU-Antrag war? Ich habe gesagt, es sei eine Luftnummer, wie sie finanzieren will, weil sie auf der einen Seite mehr Lehrer will, aber auf der anderen Seite bei den Lehrern, bei der Polizei und bei der Finanzverwaltung gespart hat. In unserem Antrag sind genau diese Punkte vom Sparen ausgeschlossen; in den anderen Bereichen soll entsprechend mehr gespart werden.

Aller (SPD):

Herr Hildebrandt, ich lobe Sie ausdrücklich für Ihren Kommentar zum CDU-Antrag. Was Sie zum FDP-Antrag gesagt haben, kann ich nicht nachvollziehen, weil er mir nicht vorliegt.

(Hildebrandt [FDP]: Darin haben wir unsere Vorschläge konkretisiert!)

– Wir diskutieren doch über ein ungelegtes Ei. Deswegen kann ich Ihre Frage auch nicht beantworten.

Es wäre gut, wenn die FDP von ihren kritischen Positionen abrücken würde, wenn wir die Polizeireform unter die Lupe nehmen. Diese Landesregierung hat etwas getan, was sich die Vorgängerregierungen nicht getraut haben.

(Bartling [SPD]: Sehr richtig!)

Sie hat den Polizeibereich in einem sehr offenen und qualifizierten Prozeß überprüft und nicht nur die Polizei selbst bestimmen lassen, wie sie ihre Arbeit leisten will, sondern in einem offenen Diskurs sichergestellt, daß Polizei fester Bestandteil dieser Gesellschaft ist,

(Beifall bei der SPD)

daß Vorbehalte abgebaut werden konnten und daß die Polizei heute als das akzeptiert wird, was sie ist: als eine wichtige Institution in diesem Lande, die für die Arbeit, die sie tut, politische Rückenbedeckung braucht, gerade wenn es darum geht, Massenkriminalität zu bekämpfen, Drogendealer zu packen oder das organisierte Verbrechen in die Schranken zu weisen.

(Beifall bei der SPD.)

Hier hat die Polizei unsere Unterstützung. Deshalb stellen wir dort auch Personal ein, und deshalb finanzieren wir mit diesem Haushalt und der Mipla ein 150-Millionen-DM-Sonderprogramm zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Wir wollen, daß sichergestellt wird, daß nicht nur ermittelt, festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt, sondern letztlich auch schnell verurteilt wird, damit es einen direkten Zusammenhang zwischen Straftat und Bestrafung gibt.

(Beifall bei der SPD.)

Das funktioniert in diesem Staat zur Zeit nicht, und das ist eine Folge Ihrer Politik; denn Ihre Haushaltsstrukturkommission hat gerade in diesem Bereich Personalzuwächse nicht möglich gemacht.

Die Rasenmäherpolitik der vergangenen Regierung hat auch teurere Fehler produziert. Sie hat ausgerechnet an der Stelle Personal eingespart, wo es dringend gebraucht wurde, nämlich in der Steuer- und bei der Finanzverwaltung. Wer nicht begreift, daß ich Geld, das ich ausgeben will, erst einmal haben muß, und deshalb das Personal kürzt – möglicherweise, wie Frau Breuel, im Sinne einer falsch verstandenen Wirtschaftsförderung –, der darf sich nicht wundern, wenn sich später Unterbesetzungen z. B. bei der Steuerfahndung und bei der Großbetriebsprüfung auf tun.

Herr Swieter und wir haben das Thema sehr sorgfältig aufgearbeitet. Wir sind fest davon überzeugt, daß mit mehr Personal allein diese Aufgabe nicht zu bewältigen ist. Wir brauchen eine rigorose Vereinfachung der Gesetze, insbesondere der Steuergesetze, aber wir brauchen auch mehr Personal, das tätig werden kann, wenn es darum geht, Steuertatbestände festzustellen und die Steuern zeitnah beizutreiben.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist abenteuerlich, wenn sich die Bundesregierung brüstet, bei der Leistungsmißbrauchsdebatte einige 100 Millionen DM eingespart zu haben, aber tatenlos und fast kommentarlos zuschaut, wenn festgestellt wird, daß zwischen 100 und 150 Milliarden DM an den Steuerbehörden vorbeigeschoben und nicht dem Staat und den öffentlichen Händen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Deshalb unterstützen wir das 140-Millionen-DM-Programm bei der Finanzverwaltung, das sicherstellen wird, daß nicht nur Personalzuwächse ermöglicht, sondern die Finanzämter auch so ausgestattet werden, daß die Aufgaben der Steuerverwaltung auch wahrgenommen werden können.

(Dr. Hruska [FDP]: Wie ist das mit der Finanzgerichtsbarkeit?)

– Auch da haben wir schon reagiert. Wenn Sie unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuß angucken, Herr Hruska, werden Sie sehen, daß wir auch da schon gehandelt haben.

(Beifall bei der SPD. – Dr. Hruska [FDP]: Es geht darum, was Sie da tun!)

Keine Haushaltsrede der SPD ohne den Hinweis auf die Fehlleistungen der Vorgängerregierung und auf die Leistungen dieser Landesregierung im Wohnungsbau. Von Null auf 3,346 Milliarden DM – das ist eine Leistung, die den Menschen ein Dach über dem Kopf verschafft, für die andere zwar Wohnraum fordern, aber jahrelang nichts getan haben.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

62 000 Wohneinheiten werden wir am Ende dieser Wahlperiode gefördert haben, 12 360 im Haushaltsplan 1994 finanziell absichern. Vielleicht ist es aber noch wichtiger, darauf hinzuweisen, daß Niedersachsen beim Wohnungsbau Spitze bleibt; denn in der Finanzplanung sind weitere 50 000 Wohneinheiten mit Förderprogrammen durchgeschrieben.

Das ganze Gerede, das wir in den letzten Monaten gehört haben – die niedersächsische Politik verhindere Wohnungsbau –, wird durch Zahlen widerlegt. 57 000 fertiggestellte Wohnungen in Niedersachsen – die Förderung, die wir geleistet haben, eingeschlossen – beweisen, daß Umweltpolitik und Wohnungsbau zusammenpassen. Wir beweisen, daß man auch an den Standards etwas tun kann. Wir haben Modellprojekte zur Baulandbeschaffung durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und Varianten des Wohnungsbaus mit minimierten Standards – durch das Euro- und das Variohaus – auf den Weg gebracht. Da, wo andere reden, haben wir gehandelt.

Wer den Wohnungsbau nicht so organisiert, daß es bezahlbare Wohnungen für die Menschen gibt, die sich die teuren nicht leisten können, der wird politisch scheitern und die Quittung dafür bekommen. Wir wollen das in Niedersachsen nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen dreieinhalb Jahren in den wichtigsten Politikfeldern, die von Ihnen nicht sachgemäß behandelt worden sind, gehandelt, Perspektiven aufgezeichnet und das, was wir in der letzten Wahlperiode gefordert haben, finanzpolitisch abgesichert. Schwerpunkte unserer Politik sind die Sicherung

Aller

von Arbeitsplätzen, der Erhalt von Wirtschaftsstandorten und die Schaffung der Voraussetzungen zur Gestaltung der Zukunft. Das nennen wir den niedersächsischen Weg. Er ist eng verknüpft mit der Politik von Ministerpräsident Schröder, aber ausdrücklich auch mit dem der Ministerinnen und Minister der verschiedenen Ressorts.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Lassen Sie mich zwei Sätze zu dem Schattenkabinett der CDU sagen, das ja kleiner als das bisherige ist. Man kann darüber streiten, ob es ein Frauenministerium geben muß. Aber wer nach den Erfolgen in der Frauenpolitik in Niedersachsen das Frauenministerium zur Disposition stellt, der muß auch wissen, daß die Verfassungsdiskussion in diesem Lande nicht so gelaufen wäre, wie sie gelaufen ist: Die CDU hätte weiterhin Frauenpolitik geblockt und nicht in die Verfassungsdiskussion hineingelassen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir hätten die Diskussion über den § 218 ohne die pointierte Position des Frauenministeriums und der Frauen in diesem Hause nicht so zu Ende geführt, wie das gelungen ist.

(Dr. Hruska [FDP]: Das lag doch nicht am Frauenministerium!)

Auch in der Kindergartenpolitik und in den Begleitmaßnahmen zur Familienpolitik wären wir längst nicht so weit, wenn es nicht gelungen wäre, die Frauenpolitik zu institutionalisieren.

(Hildebrandt [FDP]: Glauben Sie selbst, was Sie da sagen?)

Ich sage das so deutlich, weil ich genau weiß, daß die, die jetzt dazwischenrufen, wenn sie in ihre Fraktion zurückkehren, von den Frauen eins auf die Nase kriegen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Der niedersächsische Weg ist ausdrücklich auch ein Weg der ehrlich gemeinten Gleichberechtigungspolitik. Wer da fordert, muß auch etwas dafür tun.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat neue Arbeitsplätze geschaffen. Daß die Nettobilanz nicht wie 1992 bei 230 000 liegt, hat etwas mit dem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu tun. Trotzdem kann man feststellen, daß der Arbeitsplatzrückgang in Niedersachsen wesentlich langsamer vor sich geht als im Bundesdurchschnitt. Das ist wichtig festzustellen; denn offensichtlich erweist sich die niedersächsische Wirtschaftspolitik erstmals resistenter als in der Vergangenheit. Das hat

etwas damit zu tun, daß wir in anderen Regionen, in anderen Branchen und in anderen Technologien gefördert haben, als Sie das früher gemacht haben.

Experten der Bundesregierung haben gesagt, die Chancen ostdeutscher Betriebe lägen zukünftig wesentlich bei den Umwelttechnologien. Das sagt die Bundesregierung über Ostdeutschland. Wir haben über Ostdeutschland gesagt, wir wollen die Industriezentren nicht zerschlagen, sondern sie zu Kernen einer blühenden und wachsenden Wirtschaftsregion machen.

(Lindhorst [CDU]: Die CDA auch!)

– Die CDA auch, aber die haben nichts zu sagen. Das ist das Problem. – Wenn die Bundesregierung erkennt, daß man mit Umweltpolitik im Osten zukunftsweisende Politik macht, frage ich: Warum soll das in Niedersachsen falsch sein?

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb ist es vernünftig, daß wir einen Ökofonds haben, der sich von der allgemeinen Wirtschaftsförderung absetzt. Insbesondere in den Regionen, in denen eine enge Verflechtung von Universitäten und Fachhochschulen mit der Industrie organisiert worden ist, haben die Umwelttechnologien nachweislich einen besonderen Stellenwert. Sie sind in dieser kritischen Wirtschaftssituation die stabilsten Unternehmen mit den sichersten Arbeitsplätzen. Daran wollen wir weiterarbeiten, und wir werden das auch im Verkehrsbereich gegen alle Anwürfe der anderen Parteien tun.

Da Herr Gansäuer vorhin gesagt hat, daß diese Landesregierung beim Bundesverkehrswegeplan nichts getan oder falsch gehandelt habe, muß er einige Male nicht hier gewesen sein. Wir haben in diesem Haus gemeinsam festgestellt, daß der damalige Bundesverkehrsminister, dessen Namen ich nun auch schon wieder vergessen habe, unser niedersächsisches Verkehrsprogramm nahezu zu 100 % übernommen hat. Das hat etwas damit zu tun, daß es zukunftsweisend ist. In der Bundesregierung sind ja nicht alle blöd; ich sage das einmal. Sie erkennen auch, daß die niedersächsische Lage Schienennetze, Schieneninfrastruktur und Straßen braucht. Deshalb sagen wir ja auch: Bundesregierung, komm endlich rüber mit der Zusage zur Expo, damit wir die Verkehrsinfrastruktur nicht nur in der Region Hannover, sondern in Niedersachsen insgesamt ausbauen können!

(Beifall bei der SPD.)

Wir sagen dem FDP-Minister Rexrodt: Setz dich in diesem Kabinett doch endlich durch, und Sorge dafür, daß die guten Drähte zur Wirtschaft nun endlich dazu führen, daß sich die bundesdeutsche

Wirtschaft bei der Weltausstellung im Jahr 2000 nicht blamiert!

Dann haben wir darüber geredet, wie man Zukunftspolitik, Zukunftstechnologie und Überlebenschancen auf diesem Globus organisiert.

(Hildebrandt [FDP]: Das müssen Sie doch Ihrem Koalitionspartner sagen, Herr Aller!)

– Herr Hildebrandt, wenn noch jemand den Sinn des Mottos für die Expo 2000 bezweifeln sollte, dann müßten Sie heute begreifen, daß die Expo mindestens eine zweifache Chance bietet. Sie hilft Niedersachsen wie kaum ein anderes Investitionsprogramm.

(Hildebrandt [FDP]: Herrn Jordan müssen Sie das sagen! Auch der Frau Dücker!)

– Ja, Sie blockieren doch auf Bundesebene! – Sie hilft Niedersachsen wie kaum ein anderes Investitionsprogramm. Sie kann auch der Welt helfen, Denkmäler aufzubauen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die wir dringend brauchen, um diesen Globus zu retten, um die Überbevölkerung in den Griff zu kriegen, um den Hunger und die Not in der Dritten Welt zu lindern, möglicherweise aber auch, um wegzukommen von der Rüstungsindustrie, in der einige immer noch das Heil ihrer Wirtschaftspolitik suchen.

Wir haben den „Pakt der Vernunft“ geschlossen. Dieser Pakt ist ein Pakt zwischen Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und sozialer Politik. Ich habe deutlich gemacht – der Herr Ministerpräsident hat es ausführlich dargestellt –, daß dieses Land Investitionen in einer Größenordnung organisiert, wie es das CDU-Programmchen, das nicht finanziert ist, in keinsten Weise leisten kann. Wir investieren in Sachen, in Infrastruktur, in die Wirtschaft, aber auch in Humankapital. Wir organisieren das finanzpolitisch vernünftig, indem wir die Reste aus dem letzten Haushaltsjahr für Investitionen beibehalten. Wir ziehen Verpflichtungsermächtigungen vor. Wir sorgen durch vorzeitige Freigaben dafür, daß die Mittel, die im Haushalt stehen, der Wirtschaft unverzüglich zugute kommen können. Deshalb sind wir sicher, daß diese Landesregierung und diese Koalition nach vier Jahren die Erwartungen der Menschen erfüllt haben.

(Hildebrandt [FDP]: Na! Davon bin ich aber wenig überzeugt!)

Wir haben dort, wo die Menschen sagen, sie wollten ihren Arbeitsplatz erhalten oder neue Arbeit bekommen, das mögliche getan. Wir haben denen, die Wohnungen haben, gezeigt, daß man zu vernünftigen Mieten wohnen kann. Wir haben auch neue Wohnungen gebaut. Wir haben eine Wirtschaft organisiert, die in der Krise stärker als früher

ist und Perspektiven hat. Wir haben soziale Sicherheit und Schutz vor Kriminalität dort organisiert, wo Sie versagt haben. Wir haben die Zukunftschancen unserer Kinder verbessert und Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt. Wir haben die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht und in Ordnung gehalten. Das gilt allemal, wenn man das mit der Ebene vergleicht, mit der man einen Vergleich nur anstellen kann, nämlich mit der Ebene, wo CDU und FDP tätig sind: Bonn. Ich nehme nicht das Wort „Finanzchaos“ in den Mund. Das hat Herr Gansäuer gemacht. Er hat ja wohl auch mehr über die Bundespolitik geredet.

Wir werden dem Haushalt dieser Landesregierung zustimmen, weil es unsere Politik ist, die darin abgesichert ist. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt für die FDP-Fraktion. Bitte schön!

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ungefähr zeitgleich fanden im vergangenen Monat zwei Reisen statt: Die eine führte den Bundeskanzler Helmut Kohl und den Bundeswirtschaftsminister Rexrodt nach China. Die andere führte den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder nach München zur DASA. Der ließ seinen Koalitionspartner allerdings von vornherein gleich zu Hause. Die eine Reisedelegation brachte Aufträge und Auftragsabsichten in Höhe von rund 7 Milliarden DM für die deutschen Unternehmen; darunter in ganz wesentlichem Umfang für die niedersächsische Flugzeugindustrie und für VW. Die andere Reisedelegation brachte eine Sitzung des rot-grünen Koalitionsausschusses. Anschließend war von „unüberwindbaren Differenzen“ nach „Trittinschem Urknall“ die Rede.

(Waike [SPD]: Was soll man daraus schließen, Herr Hildebrandt?)

– Ja, wie effektiv Reisen sein können. – Wieder einmal nichts als rot-grüner „Hipp-Hopp“; womit ich mich gleichzeitig für das freundliche Weihnachtsgeschenk der Grünen bedanken und die politischen Dimensionen des Geschenkes erschließen will.

Die Koalitionen – ob nun in Bonn oder in Hannover – erhalten derzeit vergleichbare Kritiken. Bei den einen heißt es „rot-grüne Dämmerung“, bei den anderen heißt es „Kanzler-Dämmerung“. Aber diese Reisen sind insofern symptomatisch, als sie

Hildebrandt

den Unterschied zeigen: Es gibt ja Morgendämmerung, und es gibt Abenddämmerung. In Bonn wird viel gestritten, viel unnütz gestritten. Ich räume freimütig ein, daß ich mir ein besseres Erscheinungsbild dieser Koalition wünsche. Aber eines versinnbildlichen diese Reisen: In der Frage, wie Arbeitsplätze gesichert werden können, ziehen FDP und CDU/CSU in Bonn an einem Strang, und zwar in die gleiche Richtung.

(Beifall bei der FDP.)

In Hannover ziehen SPD und Grüne auch an einem Strang, aber jeder an einem anderen Ende.

(Beifall bei der FDP.)

Und das nicht bei Kleinigkeiten, sondern in der zentralen Frage dieses Jahres und in den zentralen Fragen der kommenden Jahre.

(Bartling [SPD]: Da geht das Licht aus!)

– Ja, bei öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Fernsehen wundert mich das nicht, Herr Kollege. Mit den zentralen Fragen sollten Sie sich auch einmal beschäftigen, Herr Bartling. Sie sollten nicht nur Döneken machen. Die zentralen Fragen lauten: Wie können wir unseren Sozialstaat sichern? Wie können wir dafür Sorge tragen, daß Arbeit in Deutschland bleibt? – Da liegen sich die noch 96 Tage amtierenden Koalitionspartner in Niedersachsen permanent in der Wolle. Gegenläufiger können Positionen kaum sein, als sie in der jüngsten Vergangenheit von beiden Regierungspartnern hier in Hannover geäußert wurden.

Der Ministerpräsident sagt zu Recht: Die Grünen haben den Ernst der Situation nicht begriffen. – Ich möchte das an einem Beispiel von vielen verdeutlichen: Die Grünen fordern, daß die Ems nicht weiter vertieft werden dürfe. Das Unternehmen solle nach Emden gehen, sagt Frau Dückert. Die gleichen Grünen fordern vor Ort und durch den Kollegen Roske, daß der Emdener Vorhafen nicht ausgebaut werden solle. Da geht es um Arbeitsplätze für 3000 Menschen. Gute Arbeitsplätze! Zu kommentieren braucht man solche Vorschläge nicht weiter. Der eine Koalitionspartner tritt wie verrückt in die Pedale, und der andere tritt voll auf die Bremse. So entsteht der Eindruck, beide arbeiten, aber das rot-grüne Tandem, das noch vor Jahresfrist bei schönem Wetter – Sie werden sich erinnern, Frau Kollegin Dückert und Herr Bruns – seine Runden um den Landtag drehte, kommt nicht mehr vom Fleck.

(Beifall bei der FDP.)

Das ist, ins Bild gesetzt, der Zustand dieser Regierung hier in Niedersachsen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 1994 ist der letzte Haushalt,

den die SPD-/Grünen-Koalition vorgelegt hat und vorlegen wird. Ich ziehe eine kurze Bilanz aus der Sicht meiner Fraktion und berufe mich ausschließlich auf klare Fakten:

Erstens. Diese Regierung hatte allein bis 1993 – also ohne 1994 – rund 20 Milliarden DM mehr Einnahmen als die Koalition von CDU und FDP zwischen 1986 und 1990. Diese Koalition hinterläßt ihrer Nachfolgeregierung am 14. März ein derzeit erkennbares Finanzierungsloch von mindestens 3,4 Milliarden DM. Allein für 1995 1,6 Milliarden DM. Die Vorgängerregierung hat eine Rücklage in Höhe von 1,6 Milliarden DM hinterlassen. Entgegen dem, was Sie sagen, sind längst nicht alle Risiken ausgewiesen.

Zweitens. Seit SPD und Grüne am Ruder sind, hat sich die Wohnungsnot verdoppelt, Herr Kollege Aller. Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen ist dagegen von 17000 auf knapp 12000 abgestürzt. Baulandreserven sind bis 1995 erschöpft. Statt die Baugesetznovelle zu entbürokratisieren, basteln Sie an neuen Bürokratie-Monstern. Das hat die Anhörung letzte Woche eindeutig gezeigt.

Drittens. Die Unterrichtsversorgung ist so schlecht, wie seit zehn Jahren nicht mehr.

Viertens. Statt der versprochenen 15000 flächendeckenden Studienplätze werden nur knapp 1500 neu geschaffen. Alles andere basiert noch auf Planungen und Verträgen der Vorgängerregierung. Frau Schuchardt hat uns dies in der letzten Plenarsitzung bestätigt und bei der „NWZ“ die 15000 auf 7000 bis 1998 reduziert, Herr Roske.

Fünftens. Statt für Langzeitarbeitslose 10000 Plätze zu schaffen, wie es die Landesregierung versprochen hatte, wurden laut Frau Staatssekretärin Gantz-Rathmann für 775 Langzeitarbeitslose Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Versprechen von 1990 hat Herr Schröder heute als ein erneutes Versprechen für 1994 wiederholt. Ich weiß nicht, wie die Langzeitarbeitslosen dies aufnehmen werden.

Sechstens. Wie keine Regierung zuvor haben SPD und Grüne die Ministerialbürokratie aufgebläht – präzise um 16,9% bis 1993, wie aus einer Übersicht des Finanzministers hervorgeht.

Keine Regierung hat so umfangreiche und bis in Detail gehende Vorschriften und Regelungen verabschiedet wie diese Bürokratiekoalition von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP.)

Als schillerndstes Beispiel und „rot-grünes Schilda“ möchte ich die Verbrennungsverordnung hervorheben, die in allen Versammlungen, die ich mache – und das sind gar nicht wenige, die ich jetzt im Wahlkampf mache –, für sehr viel Heiterkeit, aber

gleichzeitig auch für Empörung sorgt. Mit solchen Geschichten wie dieser 90seitigen Verbrennungsverordnung haben Sie gute Chancen, die Nachfolge der Schildbürger anzutreten!

Ich halte fest: Diese Regierung hat die Meßlatte bei ihrem Antritt 1990 ungeheuer hoch gehängt. Sie ist weit darunter gesprungen.

Ich halte weiter fest: Diese Regierung hat von Anfang an nicht begriffen, daß wir in der Bundesrepublik insgesamt und deshalb natürlich auch in Niedersachsen in einer Situation stecken, in der wir zurückstecken müssen, jedenfalls zurückstecken müssen, wenn es darum geht, staatliche Wohltaten zu verteilen und immer neue Aufgaben und Ziele öffentlich regeln zu lassen. Es gibt nichts zu verteilen, auch wenn die rot-grünen Figaros noch so fleißig auf Glatzen ihre Locken drehen.

Und weil die Regierung diese Grundlektion nicht begriffen hat und weil diese Koalition, der ja die Grünen angehören, diese Lektion nach Aussagen von Gerhard Schröder nie begreifen wird, wird diese Koalition auch die Probleme der Zukunft nicht meistern. Weder in der Umweltpolitik noch in der Finanzpolitik, weder in der Arbeitsmarktpolitik noch in der Bildungspolitik oder der Sicherheitspolitik ist von dieser Regierung ein neuer Impuls zu erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zu den Alternativen, den Alternativen, die meine Fraktion jedem rot-grünen Haushalt entgegengesetzte. Wir sagen den Bürgern: Es gibt hier eine Oppositionspolitik im Wartestand, die es besser machen kann und die auch weiß, wie es besser geht, und nicht nur kritisiert. Der Kollege Bruns hat mir das ja freundlicherweise am vergangenen Samstag bestätigt.

Wir mögen über unsere Vorschläge trefflich streiten; nur, daß unsere Vorschläge andere Vorschläge sind und daß sie in eine völlig andere Richtung gehen als das, was Sie zusammen mit den Grünen machen, Herr Schröder, daran kann es keinen Zweifel geben. Insofern hat Herr Schröder in seinem Brief auch recht: Wir wollen eine andere Republik. Wir wollen nicht immer mehr Staat und immer mehr Bürokratie. Wir wollen weniger Staat und mehr Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Für meine Fraktion steht der Abbau der Bürokratie, die Verschlinkung der Verwaltung, die Durchforstung des RegelungsDickichts als ein rundes Konzept vom schlanken Staat im Kernpunkt der politischen Arbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir fordern konkret die Streichung von 1 218 Stellen. Im Entschließungsantrag fordern wir die mittelfristig nötigen Maßnahmen, um sehr viel deutlicher in den Personalbestand des Landes eingreifen zu können. Das tun wir nicht, um irgendwen zu ärgern, sondern wir tun es aus der festen Überzeugung, daß nur ein wesentlich verkleinerter Staatsapparat, eine wesentlich verkleinerte Bürokratie und eine gründliche Revision der Entscheidungsabläufe unseren Sozialstaat überhaupt noch überlebensfähig halten können.

Machen wir uns nichts vor: Wir leben nicht erst seit drei Jahren völlig über unsere Verhältnisse. Diese Koalition ist angesichts der exzellenten Einnahmesituation, die sie fraglos hatte – ich habe die Zahlen eben genannt –, in den vergangenen drei Jahren in einem Maße in die falsche Richtung gegangen, daß wir lange arbeiten müssen, um wieder auf den vernünftigen Weg zurückzukehren.

Der zweite zentrale Punkt meiner Fraktion ist die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Hier ist sehr viel zu hören von Gerhard Schröder, dessen zum Teil ja richtige Absichten allerdings ohne nachhaltiges Ergebnis geblieben sind. Kaum hat Gerhard Schröder einmal Hannover verlassen, um in Bonn oder in München seine wegweisenden Erkenntnisse bekanntzugeben, kommt er nach Hannover und handelt sich Sitzungen seines Koalitionsausschusses ein.

(Waike [SPD]: Das ist schon wieder falsch, Herr Hildebrandt!)

In der Frage seines Eintretens für verlässliche politische Rahmenbedingungen bei Rüstungsaufträgen wurde er zurückgepfiffen.

(Bruns [SPD]: Wenn ihr den nicht hättet!)

Für seinen sehr vernünftigen energiepolitischen Konsens hat Herr Schröder mit seinem grünen Adlatus Jürgen Trittin keine Mehrheit. In der Umweltpolitik wechseln die Grünen einen Staatssekretär nach dem anderen aus.

(Bruns [SPD]: Mindestens zwei!)

Herr Kempmann beschimpft Frau Griefahn und – die Welt hält den Atem an, Herr Roske –, er tritt nicht aus der Koalition aus, er legt auch sein Abgeordnetenmandat nicht nieder;

(Gansäuer [CDU]: Sehr gut!)

nein, er tut etwas ganz anderes: Er legt seine Tätigkeit als atompolytischer Sprecher nieder. Die Welt hielt den Atem an, Herr Roske. Eben hat er seine Tätigkeit wieder aufgenommen, wohl weil der entsprechende Entsorgungsnachweis fehlte. Das ist rot-grüner „Hipp-Hopp“, von dem ich gesprochen habe.

Hildebrandt

Diese Koalition ist in allen Fragen buchstäblich am Ende. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kommen keine Signale von dieser Koalition. Seit 1990 hat diese Regierung – Herr Fischer, jetzt hören Sie einmal ganz genau zu – rund 1,2 Milliarden DM neue Belastungen für die Unternehmen in Niedersachsen geschaffen. Ich gebe Ihnen gern die Zahlen; Sie können sie zusammenrechnen. Da ist der Wasserpfennig, da ist die Abfallabgabe, da ist der Förderzins – insgesamt 1,2 Milliarden DM zusätzliche Belastungen!

(Aller [SPD]: Zum Förderzins fällt mir noch etwas ein, Herr Hildebrandt!)

Dieses Geld fehlt den Unternehmen. Ich kann Ihnen die Zahlen gern im einzelnen nennen.

(Bruns [SPD]: Du hast die Fahrpreiserhöhung bei der Bundesbahn nicht mitgerechnet!)

Ihre Vorstellungen, die Sie als Koalition zum Arbeitszeitrecht im Bundesrat vertreten, sind für jeden Mittelständler ein Horror. Was Ihr Sozialminister zum Thema VW-Arbeitszeitverkürzung gesagt hat, ist für meine Begriffe schlichtweg ein Skandal. Das Arbeitsamt oder der Staat sollen die Kosten für die Tarifforderungen der IG Metall bezahlen!

Herr Schröder, ich widerspreche Ihnen ganz entschieden, wenn Sie sagen, das 4-Tage-Modell bei VW sei ein Modell für die Zukunft. Sie wissen ganz genau, Herr Schröder: Das Gehaltsniveau bei VW ist trotz – ich wiederhole das –, trotz einer knapp zehnprozentigen Gehaltskürzung bei einer gleichzeitig stattfindenden 20prozentigen Arbeitszeitverkürzung weit über dem Schnitt in der Metallindustrie.

(Bruns [SPD]: Martin, jetzt hast du wirklich keine Ahnung!)

Die Leute in der mittelständischen Wirtschaft und die vielen kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Deshalb kann man das nicht vergleichen und auch nicht übertragen. Das vergessen die allermeisten, wenn sie über wirtschaftliche Zusammenhänge berichten. Wir exportieren rund ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts, und jeder weiß, wenn unsere Löhne weiter so hoch sind, dann wird Arbeit aus unserer Republik weiter abwandern. Wer diese Wahrheit verschweigt, der wird die Probleme in unserem Land nicht lösen können.

Kein anderer als der Staatssekretär Tacke, der Wirtschaftsminister dieses Landes, hat für meine Begriffe völlig unverständlich behauptet, unsere Lohnkosten seien nicht zu hoch, vielmehr seien allein die Lohnstückkosten zu hoch.

Wer weiter hohe Löhne will, der muß wissen, daß er den Rationalisierungsdruck weiter erhöht und damit Arbeit in diesem Land vernichtet. Ich bewerte es vor dem Hintergrund, daß das Lohnniveau bei VW nach wie vor, obschon ein Fünftel weniger gearbeitet werden muß, weit über dem Schnitt in Niedersachsen liegt, geradezu als dreist, nun die Gemeinschaft der Steuerzahler oder gar die Gemeinschaft der Arbeitnehmer für die Hochlöhne bei VW heranziehen zu wollen. Wenn VW Arbeit bei Hochlöhnen im Vergleich zu anderen Branchen sichern kann, ist das gut. Aber schlecht ist es, wenn eine solche Tarifpolitik auf dem Rücken der Zulieferer ausgetragen wird und Politiker wie Herr Hiller Tarifverträge zu Lasten Dritter, nämlich der Steuerzahler, fordern.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt. Herr Jordan hat mit der den Grünen eigenen Art in einem aufwendigen Verfahren seine Expo-Akten zum Staatsarchiv getragen. Herr Schröder, machen Sie das, was Sie dazu gesagt haben: Wenn die Wirtschaft die Expo-Betreibergesellschaft nicht macht, was wir gemeinsam wollen, dann legen wir als Land die 20 Millionen DM hin.

(Dr. Roske [Bündnis 90/Die Grünen]: Erst muß mal die S-Bahn finanziert werden!)

Meine Fraktion hat das im Haushalt vorgeschlagen. Unsere Unterstützung haben Sie; daran wird es nicht scheitern. Wenn es denn scheitert, dann scheitert es an Ihrer Koalition und an den Grünen, Herr Roske, die möglicherweise davor zurückscheuen, ihre Akten beim Staatsarchiv wieder abzuholen.

Wir haben mit Interesse den Streit zwischen Herrn Bruns und Herrn Fischer verfolgt, was die Expo-Finanzierung betrifft. Man muß sich ja schon wundern, daß Herr Bruns den Herrn Fischer kritisiert und dann sogar freimütig einräumt, daß er das, was Herr Fischer mit Herrn Wissmann von der Bundesregierung besprochen hat, gar nicht genau gelesen hat.

In einem Kernpunkt hat Joke Bruns aber nicht unrecht: Wir können es als Landesparlament nicht akzeptieren, daß künftig Infrastruktur und Wirtschaftspolitik nur noch mit Blick auf die Expo in der Landeshauptstadt stattfinden. Meine Fraktion hat deshalb im Haushalt ein Programm „Niedersachsen 2000“ vorgeschlagen, mit dem wir bewußt ein politisches und ein wirtschaftspolitisches Gegengewicht gegenüber der Expo 2000 in Hannover herstellen.

(Beifall bei der FDP.)

Mit unserem Programm „Niedersachsen 2000“ sollen ausschließlich investive Maßnahmen im Lande,

außerhalb von Hannover, gerätigt werden, wie z. B. die Finanzierung der Expo am Meer oder auch die Mitfinanzierung eines Holzkraftwerks im Landkreis Fallingbommel.

(Beifall bei der FDP.)

Das sind alles Projekte, die auch in der Fläche Arbeit und Brot sichern und die allemal besser sind als öffentlichkeitswirksames Tamtam ohne Ergebnis, wie wir das leider in der letzten Zeit zu häufig von dieser Regierung erleben. Wir haben eine solide Finanzierung vorgelegt – und wir sind dabei keineswegs in unseren Vorschlägen, was die Erlöse betrifft, großzügig gewesen –, indem wir die Landesanteile an der NORD/LB von derzeit 40 auf 25 % reduzieren wollen. Herr Ministerpräsident, Sie haben mir vorgehalten, ich wolle diese Landesanteile verramschen. Ich würde den Mund nicht so weit aufmachen, Herr Kollege Schröder. Sie haben als Ministerpräsident den Staatsvertrag mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unterschrieben, in dem genau dieser Bilanzbuchwert zugrunde gelegt worden ist, den wir hier eingestellt haben.

(Ministerpräsident Schröder lacht.)

– Herr Schröder, ich weiß natürlich, daß wir mehr erlösen können, und wenn Sie mir die Summe sagen, die Sie meinen erlösen zu können, dann können wir diese Summe gern in einen entsprechenden Antrag für den Haushalt aufnehmen, indem wir die Summe von 250 Millionen DM auf 1,2 Milliarden DM erhöhen. Aber wir wollten hier auf der ganz sicheren Seite bleiben. Uns wird man nicht vorwerfen können, mit Luftbuchungen zu arbeiten, sondern wir haben hier nur das Mindeste angenommen. Im übrigen wollen wir auch nicht die falschen Käufer für diese Anteile haben. Das heißt: Wir werden uns nicht den Vorwurf machen lassen, wir hätten hier mit falschen Preisen operiert. Wir sind mit ganz vorsichtigen Preisen vorgegangen. Allerdings sind wir dankbar, wenn Sie uns sagen, man könne viel mehr erlösen. Deshalb, Herr Schröder, begreife ich nicht, daß Sie eine solche Chance nicht wahrnehmen wollen. Wir sind in einer rezessiven Phase, von der Sie sagen, wir müßten Arbeitsplätze schaffen, von der Sie sagen, hinter jedem Arbeitsplatz stehe ein Gesicht. In dieser Situation müßten Sie uns doch unterstützen, wenn wir sagen: Laßt uns das Geld, das dort liegt, in die Hand nehmen und damit dieses Land vernünftig innovieren, erneuern und die ausgelaufene Strukturhilfe auf diese Weise in eine neue Richtung bringen, um Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar in der Weise, wie ich es vorge tragen habe.

Es ist ja auch nicht so, wie Sie sagen, Herr Schröder und Herr Bruns. Die Landesbank ist ja nicht die In-

stitution, die uns in der Wirtschaftspolitik in besonderem Maße vonnöten ist. Gerade das Thema Conti hat doch deutlich gemacht, daß die NORD/LB nur bereit war, das Conti-Paket bei einer ganz hohen Absicherung zu übernehmen, während die Deutsche Bank das ohne Absicherung gemacht hat. Zu dem Preis, zu dem es die NORD/LB übernommen hat, hätte man auch eine andere Bank finden können. – Ich würde auch sagen, Herr Schröder: Schauen Sie doch mal an, was Herr Witte vom DGB in den letzten Tagen in Form eines solchen Programms von der Landesseite gefordert hat. Es ist in der Tat schade, wenn man das Ganze, wie es der Kollege Swieter getan hat, nur lapidar als Blödsinn bezeichnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu der Frage der Beteiligung sagen. Es ist wirklich interessant, Herr Kollege Schröder: Ihr Kanzlerkandidat hat in Rheinland-Pfalz sämtliche Landesanteile verkauft. Ihr ehemaliger Kanzlerkandidat Engholm aus Schleswig-Holstein hat die Anteile um die Hälfte reduziert. Dabei gehe ich davon aus, daß auch diese Länder nach wie vor eine offensive Wirtschaftspolitik betreiben wollen.

Dieses Verweigern ist um so weniger verständlich, wenn man im Haushalt liest, daß das Investitionsvolumen des Haushalts seit 1990 dramatisch, und zwar um fast 30 %, abgestürzt ist. Real sind die Investitionen sogar zurückgegangen. Während nämlich – hören Sie gut zu, Herr Schröder! – im Jahre 1990 der Anteil an den Investitionen noch 12,45 % betrug, beläuft er sich heute lediglich auf 10,89 %. Der Haushalt stieg im gleichen Zeitraum um 6,45 Milliarden DM, die Investitionen lediglich um 77 Millionen DM. Ich meine, daß diese Zahlen Anlaß genug sein müßten, einmal darüber nachzudenken, ob man nicht dieses Tafelsilber für eine aktive Strukturpolitik im Lande Niedersachsen einsetzen sollte.

Es kommt ja noch schlimmer, was die Situation hier angeht. Anfang der Woche sind die Arbeitsmarktdaten bekanntgeworden. Niedersachsen liegt wieder deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Statt aber die Gelder zu investieren, die das Parlament freigegeben hat, wurden bis zum 30. September lediglich 2,222 Milliarden DM in die Beschäftigung und in Investitionen gepumpt. Das ist nicht einmal die Hälfte dessen, was das Land schon im letzten Haushalt für Investitionen in diesem Jahr freigegeben hat. Das Wirtschaftsministerium ist offenbar noch nicht einmal mehr in der Lage, die Gelder so zum Abfluß zu bringen, daß die investiven Mittel wenigstens in ihrer reduzierten Höhe noch wirtschaftswirksam werden können.

Hildebrandt

Herr Schröder, wir freuen uns natürlich darüber, daß Sie sich um die Wirtschaftspolitik kümmern. Nur, was nützt das alles, wenn Sie zwar von Arbeitsplätzen reden, sich dann aber permanent im Koalitionsausschuß verheddern und Ihre rot-grüne Regierung nichts zustande bringt? In der letzten Plenarsitzung im November haben Sie erklärt, Sie brächten im Dezember Ihre Energiepolitik hier in Niedersachsen ein. Auf der Tagesordnung habe ich einen Vorschlag Ihrer Koalition und Ihrer Regierung vergebens gesucht. Sie sagen Richtiges, aber Sie haben nicht die politische Kraft oder die politische Mehrheit, um das dann auch durchzusetzen. Im Ergebnis kommen Sie mit Ihrem rot-grünen Tandem keinen Millimeter weiter, obwohl Sie noch so strampeln.

Was ist mit der Verkehrspolitik? „Wir haben beschlossen, wir tun nichts“, erklärte Herr Minister Trittin zur Verkehrspolitik in der Göttinger Zeitung. Gemeint ist die A 82. Niedersachsen soll Insel bleiben. Der Verkehr mag gehen, wohin er will – nach Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, zur Tschechei –, nur nicht nach Niedersachsen. Und die SPD hält sich an das von Herrn Mühe hier in der letzten Plenarsitzung ausgegebene Motto: „Besser abwarten, als gar nichts tun!“

Und, Herr Fischer – er ist gerade nicht da –, wie haben Sie sich gebrüstet aufgrund der Arbeitslosenstatistik im Oktober, wie toll Ihre Regierung sei. Im November sehen die Zahlen miserabel aus: Wenn Ihre Behauptung je richtig war, daß Sie für den Einigungsboom verantwortlich waren, wer ist denn jetzt für den Einbruch verantwortlich?

Oder nehmen wir das Beispiel der Umweltpolitik. Ich will hier gar nicht auf die Kämpfe zwischen Frau Griefahn und Herrn Kempmann eingehen, darauf, daß die Grünen ihre eigene Regierung verklagen, etwa bei der Deponie Hoheneggelsen. Nur, nach drei Jahren steht fest: Sie haben kein einziges Abfallproblem gelöst.

(Zuruf von Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen].)

– Auf Bundesebene wurde das Problem gelöst. – Im Gegenteil, Ihre Regierung verzögert, verschleppt und verhindert konkrete Lösungen, die wir dringend benötigen. Ihre Kommunalpolitiker, Herr Bruns – auch er ist im Augenblick nicht da –, wissen, und da machen wir uns gar nichts vor, daß wir auf die thermische Entsorgung nicht verzichten können. Herr Bruns weiß das von Emden. Wir müssen das gerade aus ökologischer Verantwortung tun. Wir müssen dies tun, wenn wir Verantwortung für unsere Kinder übernehmen wollen, denn die Deponierung, die Schaffung chemischer Zeitbom-

ben, so wie sie die Grünen wollen, Frau Hoops – auch sie ist nicht da –, das ist nun das Gegenteil von einer verantwortlichen und ökologisch vernünftigen Politik. Und was ist das, wenn grüne Abgeordnete wie der belgische Abgeordnete Staes oder auch Grüne in Schleswig-Holstein massiv die Schließung der Deponie in Schönberg fordern, die Grünen in Niedersachsen jedoch die weitere Beschickung der Deponie in Schönberg unterstützen und ihr Programm sogar auf diese Beschickung aufbauen? Frau Dückert, was halten Sie eigentlich von diesen Dingen? Stellen Sie sich eigentlich diesen Fragen, oder kommt es Ihnen nur darauf an, an der Macht zu bleiben?

Oder nehmen wir die Wohnungsbaupolitik, ein weiteres, vielleicht das zentrale politische Thema. Da verweist Herr Hiller – das amüsiert einen fast – darauf, daß in Niedersachsen erfreulicherweise über 50 000 Wohnungen gebaut wurden. Würden wir nicht den sozialistischen Unsinn, den Herr Hiller im Bundesrat veranstaltet, verhindern, kaum eine Mark aus der Privatwirtschaft flösse in den Wohnungsbau. Aber Herr Hiller verschweigt natürlich, daß die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen um insgesamt 5 000, und zwar von etwa 17 000 auf 12 000, zurückgegangen ist.

Wie sieht es in der Innenpolitik aus? Ich erkenne ausdrücklich an, daß hier auf der personellen Seite etwas getan wird. Man könnte mehr tun. Wir sagen auch, was mehr getan werden kann, und wir sagen auch, wie wir es finanzieren werden. 200 Polizisten mehr, heißt unsere Forderung. Aber was nützen all diese Maßnahmen, wenn Sie ein Polizeigesetz verabschieden wollen, das der Polizei nahezu alle Möglichkeiten nimmt? Frau Alm-Merk, Sie wissen, daß wir in der Frage des sogenannten Lauschangriffs eine andere Auffassung haben, als sie unsere Freunde in Bonn vertreten. So etwas soll ja selbst bei der FDP vorkommen; bei Herrn Schröder und bei der SPD gibt es das nicht. Der stimmt ja immer mit seiner Parteiführung überein. Aber was nützen mir die Schwenks Ihrer Partei in Mainz – Herr Schröder hat ja daran maßgeblich mitgewirkt –, wenn Sie in Niedersachsen schon auf den Einsatz verdeckter Ermittler verzichten wollen? Und warum machen Sie ein Gesetz, das so kompliziert ist, daß es wirklich kein Beamter mehr begreifen kann?

Oder nehmen Sie das Verfassungsschutzgesetz. Ich will gar nicht näher darauf eingehen. Das einzige, was die Landesregierung noch kann, ist, auf die Gerichte zu schimpfen, anstatt daß Herr Glogowski das Gesetz ändert.

Wir haben einen Vorschlag vorgelegt. Er braucht dem Gesetzentwurf ja nur zuzustimmen. Warum zögern Sie also noch?

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir sofort dabei! Wir können das gemeinsam machen! Nur wird dann aber die Hürde noch viel höher! Das ist doch das Problem!)

Nehmen wir zum Schluß, aber nicht zuletzt die Bildungspolitik. Man mag über die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst nachdenken. Das tut Frau Simonis, und das tut auch Herr Scharping. Aber einen Unterschied machen diese beiden schon. Sie sagen nämlich: Wenn wir die Leute im öffentlichen Dienst mehr arbeiten lassen wollen, dann bitte schön alle und nicht nur eine Berufsgruppe.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Schröder, ich glaube, das Schlimmste, was Sie in diesem Zusammenhang gesagt haben, war Ihre Bemerkung, daß Ihnen 70 000 Lehrerstimmen im Zweifelsfall egal seien, wenn Sie an anderer Stelle 300 000 Stimmen gewinnen können.

(Patzschke [SPD]: Das hat er nie gesagt!)

– Haben Sie nie gesagt? Dann nehme ich das zurück.

(Ministerpräsident Schröder: Das will ich hoffen!)

Ich hoffe auch, daß Sie das nicht gesagt haben.

(Zuruf von der SPD.)

– Ich habe mich doch entschuldigt und nehme das zurück. Er hat es nicht gesagt. Ich nehme das zur Kenntnis. Es wäre sonst ja auch übel.

Aber ich kann zumindest den Ärger der Lehrerverbände verstehen, wenn sie das Gefühl haben, daß sie hier instrumentalisiert werden, und wenn sie das Gefühl haben, daß sie in ihrer schwierigen Position, die sie in dieser Gesellschaft zweifellos haben, allein gelassen werden, und wenn sie das Gefühl haben, daß man mit ihnen auch entsprechend umgehen kann.

(Ministerpräsident Schröder: Die armen Lehrer!)

Entscheidend ist aber, daß der Schulfrieden zerstört und die Regelung zudem nicht sachgerecht ist.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie denn vor?)

Wie das besser gemacht werden kann, sagen wir in unserem Haushaltsentwurf, nämlich vor allem durch die Einstellung von mehr Hauptschullehrern und von mehr Realschullehrern, aber auch von mehr Berufsschullehrern. Wir haben insgesamt 500 Lehrer mehr gefordert, und wir sagen nicht wie die Union, was ich nach wie vor nicht verstehen kann, daß man bei allen Stellen, dort, wo man mehr tun

will, vorher das Sparvolumen aufzutut, um dann entsprechend mehr Lehrer einstellen zu können. Das geht nicht.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was machen Sie mit den fehlenden 2000? Woher holen Sie die?)

Wir sagen: Verzichtet auf diese unsinnige, auf diese blödsinnige Lernmittelfreiheit. Das ist ein großes Ärgernis.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wissen Sie eigentlich, wieviel Lehrerstellen das zusätzlich bringt? 350 Lehrerstellen!)

Das ist auch ein Ärgernis für viele sozialdemokratisch orientierte Menschen in unserem Lande, weil es der soziale Unsinn ist,

(Köneke [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

wenn die Kinder von Gerhard Schröder und die Kinder von Martin Hildebrandt ihre Unterrichtsbücher kostenlos bekommen.

(Beifall bei der FDP.)

Das können wir doch, bitte schön, selbst bezahlen. Für dieses Geld sollten wir mehr Lehrer einstellen. Das wäre eine richtige Politik, und das wäre vor allem eine soziale Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Streicht das Ding weg, und stellt für die 40 Millionen DM mehr Lehrer ein! Das schlagen wir Ihnen vor. Sorgt auch dafür, daß sich Lehrer nicht als Beamte zweiter Klasse fühlen müssen.

Leider sind im Augenblick nur einige wenige Kollegen von der CDU da. Aber lassen Sie mich noch folgendes sagen: Der Vorschlag, den der Spitzenkandidat der CDU gemacht hat, – – –

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie heißt der denn?)

– Herr Wulff; er ist weithin bekannt und ist ein netter Mann.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach so, ja, ja, das hatte ich vergessen! – Lachen bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Dieser Vorschlag ist nicht gut. Er ist schon deshalb nicht gut, weil er die kleinen Schulen kaputtmachen würde. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP.)

Im ländlichen Raum gäbe es keine kleinen Grundschulen und keine kleinen Hauptschulen mehr, wenn dieser Vorschlag von Herrn Wulff in diesem Land Wirklichkeit werden würde.

(Beifall bei der FDP.)

Hildebrandt

Schon daran merkt man: Beide Seiten brauchen im Prinzip die Liberalen, damit eine vernünftige Bildungspolitik gemacht wird.

(Lachen bei der SPD. – Adam [SPD]: In Baumschulen!)

– Ich finde es ja gut, Herr Kollege Adam, daß Sie sich ab und zu über mich ärgern. Aber dann können Sie sich wenigstens auch ab und zu über mich freuen. Insofern habe ich den notwendigen Ausgleich geschaffen.

Ich finde es auf jeden Fall atemberaubend. In allen Gesetzen, Herr Kollege Schröder, z. B. im Gleichstellungsgesetz und im Personalvertretungsgesetz, aber auch bei der Arbeitszeit hauen Sie immer wieder auf die gleiche Gruppe, nämlich auf die Lehrer, drauf. Das ist nicht gut. Das paßt nicht zusammen. Daß Sie das zulassen, Herr Schröder, daß Sie das eigentlich zu verantworten haben, ist Ihr eigentlicher Kardinalfehler in der gesamten Bildungspolitik.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen Sie mal erklären, Herr Hildebrandt! Wie ist es denn beim Gleichstellungsgesetz? Können Sie das mal erklären?)

– Ja, ja, schauen Sie mal genau hin.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, zum Thema Hochschulpolitik habe ich etwas gesagt. – Die rote Lampe leuchtet auf.

(Heiterkeit. – Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade, daß die nicht grün ist!)

– „Rot“ verheißt immer ein schlimmes Ende. Das ist ja das Problem. Schlimm ist jedenfalls, daß ich mit meiner Rede aufhören muß. Ich darf deshalb noch einmal folgendes sagen: Vieles in Ihrem Haushaltsplanentwurf paßt nicht zusammen; fast alles nicht. Unser Etatentwurf, der Etatentwurf der Freien Demokraten, fordert keine Kürzungen für die Hochschulen. Unser Etatentwurf will einen Feuerwehrtopf für die Hochschulen.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen klare Prioritäten:

Erstens mehr Niedersachsen. Arbeitsplätze durch ein 250-Millionen-DM-Programm: „Niedersachsen 2000“. Wenn wir mehr dafür erlösen, dann wünschen wir uns auch ein Programm von meinetwegen 1,2 Milliarden DM für Niedersachsen. Wir wollen ferner über 70 Millionen DM für die Mittelstandsförderung, die Finanzierung der Expo und den Abbau der Wirtschaftsbelastungen.

Zweitens Bildung. Wir wollen keine Sonderopfer für Lehrer, mehr Lehrer, Offensive für bessere Hochschulen.

Drittens innere Sicherheit. Wir fordern mehr Polizeibeamte.

Viertens mehr Wohnungen und Bauland.

Fünftens den schlanken Staat. Wir fordern Personalabbau, Verringerung der Bürokratie. Dazu gibt es Gesetzesinitiativen.

Sechstens Abbau der Neuverschuldung um rund 160 Millionen DM.

Diese Rot-Grünen haben das Niedersachsenroß geschunden. Es liegt am Boden. Mir als Pferdliebhaber – auch Gerhard Schröder ist Pferdliebhaber – blutet das Herz – auch Herrn Schröder müßte beim Anblick dieses Niedersachsenrosses das Herz bluten, um hier pathetisch zu werden. Ich sage Ihnen: Das Niedersachsenroß braucht eine liberale Roßkur. – Ich bedanke mich bei Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP. – Lachen bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Nun spricht der Abgeordnete Dr. Roske für die Fraktion der Grünen.

(Köneke [SPD]: An der Roßkur sind mehr Pferde eingegangen, als du dir vorstellen kannst! – Heiterkeit. – Gegenruf von Hildebrandt [FDP]: Du hast keine Ahnung! Bleib du beim Sport und ich bei meiner Rede!)

Dr. Roske (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich während der Rede von Herrn Gansäuer bis zum Aufleuchten der roten Lampe gefragt: Was ist daran eigentlich eine Oppositionsrede? In der Nachspielzeit, in der Zeit nach dem Aufleuchten der Lampe, kam er irgendwie auf dieses Zehn-Punkte-Programm zu sprechen. Es ist in Bonn ja eine übliche Marotte geworden, zehn Punkte aufzuzählen. Da hat er dann sozusagen noch einmal in einem Drei-Minuten-Akt das losgelassen, was wir sowieso schon aus den Zeitungen kennen. Aber ansonsten fragte man sich: Wo ist dabei eigentlich die Opposition?

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was macht er das nächste Mal? Da will er doch wieder Oppositionsführer der Opposition werden!)

Meine Damen und Herren, zuerst war die Rede staatstragend, was ja einigermaßen grotesk ist für ei-

ne Partei, die sich sozusagen auf dem Weg zum Abstieg in die zweite Liga befindet. Der zweite Teil der Rede beschäftigte sich vor allem mit Meinungsverschiedenheiten und Konflikten innerhalb der Koalition.

Ich mag diese Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in der Koalition eigentlich auch nicht. Mir wäre es viel lieber, die SPD wäre unserer Meinung.

(Lachen bei Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt! Das würde ihr auch zu mehr Profil verhelfen!)

Aber eines wird doch immer wieder klar, wenn Vertreter der Opposition hier reden: daß wir uns diese Meinungsverschiedenheiten und Konflikte deshalb leisten können, weil die Opposition einfach kein Thema hat. Insbesondere die CDU hat kein Thema.

Wie üblich kommt Herr Gansäuer, der jetzt nicht mehr hier ist – ich habe ihm das entschuldigt, weil seine Frau krank ist; ich kritisiere hier also nicht, daß er nicht hier ist, aber ich darf trotzdem kritisieren, wie er wieder einmal Aussagen der Grünen einfach verfälscht. Wir haben, wie jeder aus der Presse weiß, Vorschläge zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Lemwerder gemacht. Die hingen auch mit Wartungsaufträgen und mit Konversion zugunsten ziviler Luftfahrt usw. zusammen. In diesem Zusammenhang dann aber zu behaupten, wir würden die Beschäftigten in das Licht von Mördern, und was weiß ich, was er alles noch sagte, bringen, ist völlig schief. Er hat nämlich eine Aussage unseres Sprechers des Landesvorstandes völlig verfälscht.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht der immer so!)

Aber ich möchte noch einmal den Sinn dieser Aussage ins Gedächtnis zurückführen.

Wir sind allerdings der Meinung, daß Arbeit nicht der Zweck ist, der jedes Mittel heiligt.

(Ontijd [CDU]: Das hat doch auch niemand gesagt!)

Wir freuen uns auch darüber, daß in SPD-Programmen, jedenfalls in denen, die ich die letzten zehn Jahre gelesen habe, Arbeit an qualitative Kriterien gebunden wird. Arbeit soll sinnvoll sein. Auch diese Meinung können wir teilen. Wir sind allerdings der Meinung, daß der Jäger 90 bzw. das Nachfolgeprojekt aus militärstrategischen Gesichtspunkten heraus nicht sinnvoll sind.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Sie sind nämlich ein ganz eigenes militärstrategisches Konzept, das darauf abzielt, die Bundeswehr innerhalb eines militärstrategischen Zusammen-

hangs selbständig zu machen, wo andere, wie Franzosen, Engländer usw., durch Tornado, Mirage usw. diese Aufgaben wahrnehmen könnten. Dies hat eine ganz spezifische militärstrategische Konsequenz in der gegenwärtigen politischen Landschaft der Bundesrepublik. Deswegen sind wir gegen diesen Eurofighter.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hildebrandt zulassen?

Dr. Roske (Bündnis 90/Die Grünen):

Bitte, Herr Hildebrandt!

Hildebrandt (FDP):

Herr Kollege Roske, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, daß Sie prinzipiell nicht gegen Rüstungsaufträge sind, sondern nur sagen, aus militärstrategischen Gründen seien Sie gegen den Nachfolger des Jäger 90?

Dr. Roske (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Hildebrandt, das gibt mir Gelegenheit, Ihnen klar zu antworten.

(Hildebrandt [FDP]: Deshalb frage ich ja auch!)

Wir sind allerdings der Meinung, daß wir die Ausgaben im Bundeshalt für die Bundeswehr noch radikal reduzieren können, insbesondere bei der Bürokratie, Herr Hildebrandt.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir haben schon 1990 im Bundestag als Grüne Rechnungen angestellt, die zu dem Ergebnis kamen, daß man, wenn man dort wirklich konsequent sparen will, etwa 5 Milliarden DM pro Jahr einsparen kann. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, Herr Hildebrandt, daß wir, solange wir diese Bundeswehr noch nicht abschaffen und die Aufgaben nicht auf bestimmte Einheiten der UNO übertragen können, natürlich noch einen bestimmten Sockel an Rüstung brauchen. Dann ist dabei immer noch die Frage, zu welchem Zweck diese Rüstung geeignet ist, ob es sozusagen Verteidigungswaffen sind usw. Ich kann Ihnen das jetzt nicht im einzelnen erläutern.

(Hildebrandt [FDP]: Das würde mich aber sehr interessieren!)

– Das kann ich Ihnen vielleicht einmal in einer anderen Rede sagen.

Dr. Roske

Meine Damen und Herren, der Aufschwung der vergangenen Jahre in Westdeutschland basierte, wie inzwischen jeder weiß, vor allem auf der Alimentation einer konsumtiven Nachfrage in den neuen Bundesländern. Dieses Strohfeuer ist erloschen. Der technologische Strukturwandel für eine nachhaltige Entwicklung wurde durch Fehler der Bundesregierung verpaßt. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West war mit der Politik der Bundesregierung nicht möglich. Meine Damen und Herren, wie mit etwas Witz und Phantasie Ausnahmen für Privilegierte möglich sind, hat Herr Münch mit seinen FDP-Adjutanten in unserem Partnerland Sachsen-Anhalt bewiesen. Ich hacke nicht gern auf solchen Dingen herum, meine Damen und Herren, aber es ist wirklich grotesk, daß dieselben Leute vor kurzem der niedersächsischen Bevölkerung noch größere Anstrengungen bei der Hilfe für Sachsen-Anhalt abverlangten wollten.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD.)

Das ist einfach grotesk.

Meine Damen und Herren, die öffentlichen Haushalte drohen nicht nur unter den akkumulierten Lasten der deutschen Einheit zusammenzubrechen, sondern auch unter den wachsenden Aufgaben einer Struktur- und Konjunkturkrise, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat. Die Kosten der Einheit und die konjunkturbedingten Mindereinnahmen werden sich für den Landeshaushalt allein für das Jahr 1995 auf fast 5 Milliarden DM summieren. Weil die Auswirkungen der Krise für Niedersachsen wegen seiner Struktur- und Finanzschwäche noch gravierender sind als für andere Bundesländer, war die rot-grüne Koalition gezwungen, die Forderungen des Finanzplanungsrates zu überbieten und dem Haushalt 1994 ein Nullwachstum zu verordnen. Berücksichtigt man die Preis- und Kostensteigerungen, dann ist evident, daß dieser Haushalt 1994 nur durch Einschnitte in reale Leistungen ausgeglichen werden konnte.

Als Erblast der Albrecht-Regierung haben wir, wie inzwischen jeder weiß, einen Schuldenberg von 40 Milliarden DM übernommen. Deshalb ist auf die Albrecht-Regierung zurückzuführen – Herr Hildebrandt, da waren Sie ja dabei –, daß wir 9% des Landeshaushalts für Zinszahlungen verausgaben müssen. Der Vergleich mit dem Bund, meine Damen und Herren, der 1995 sage und schreibe 20% seines Haushalts für Zinsen aufwenden muß, hilft uns wenig. Dort wurde nämlich schon der finanzpolitische Verfassungsnotstand ausgerufen. Wir haben deshalb im Landeshaushalt die Neuverschuldung stabilisiert, d.h. reale Kaufkraft früherer Neuverschuldungen – also aus Ihrer Zeit, Herr Hilde-

brandt – durch Steuereinnahmen ersetzt. Das ist eine Leistung, die sich in der Senkung der Kreditquote ausdrückt.

Die sogenannte Abschlußbilanz der Albrecht-Regierung bescherte uns ungedeckte Wechsel in Höhe von 4 Milliarden DM. Wenn die Oppositionsparteien vom Wähler nicht ohnehin immer mehr als Auslaufmodell behandelt würden, müßte man sich darüber ärgern, daß ausgerechnet aus ihren Reihen der Vorwurf kommt, wir hätten das Geld rausgeworfen. Sie sind in der Vergangenheit für Mehreinnahmen und für Mindereinnahmen eingetreten, insbesondere die FDP beim Förderzins.

Wenn dann mal Sparvorschläge kommen, dann sind sie entweder von uns abgeschrieben, wie die Vorschläge der FDP zur Verschlinkung der Verwaltung, oder sie sind an Unseriosität nicht zu überbieten, wie die Vorschläge des Spitzenkandidaten der CDU. Herr Wulff möchte 260 Millionen DM für Investitionen durch Streichung des Ökofonds und Personaleinsparungen in Verwaltung und Ministerien locker machen. Das heißt, meine Damen und Herren, daß 3500 Stellen im Jahre 1994 gestrichen werden müßten. Das ist der bare Unsinn! So viele Stellen werden überhaupt nicht frei. Und es ist der bare Opportunismus, wenn ausgerechnet Herr Wulff den Lehrern und Lehrerinnen die Rücknahme der Mehrarbeit verspricht, während die CDU im Bund die Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängern will.

Den Instrumenten zur Lösung der Finanzprobleme – Staatsverschuldung, Steueranhebung, Einsparungen – sind auf Landesebene noch engere Grenzen gesetzt als auf Bundesebene. Aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber den nachfolgenden Generationen streben wir Grüne an, den Anteil der Zinszahlungen am Haushalt nicht weiter zu erhöhen, weil sonst die politischen Handlungsspielräume immer mehr eingeschränkt würden. Abweichungen von diesem Ziel können allerdings in Konjunkturkrisen geboten sein. Für Steuererhöhungen gibt es bei dem oberen Drittel dieser Gesellschaft noch erhebliche Spielräume, die aus Gründen sozialer Gerechtigkeit mobilisiert werden sollten. Aber die Steuerhoheit liegt nun einmal beim Bund. Die Einsparung von Leistungen des Landes hat sehr enge Grenzen, weil die Leistungen häufig auf Bundesgesetzen beruhen oder mischfinanziert sind.

Kein Zweifel, meine Damen und Herren, es muß gespart werden. Aber Sparen heißt nicht notwendigerweise sozialer und ökologischer Abbau, wie ihn die Bundesregierung betreibt. Sparsamer Umgang mit den Ressourcen ist ein urgrünes Thema. Wir waren schon immer für den Umbau der Gesellschaft und für den Umbau des Landeshaushalts. Und wir haben zum Verdruß der Opposition er-

heblich umgebaut, insbesondere bei der Wirtschaftsförderung und im Bereich Verkehr. Die zentrale politische Botschaft für die nächste Wahlperiode ist für uns: Mehr als jemals zuvor ist der Umbau des Landeshaushalts gefordert. Wir wollen den finanzpolitischen Kurs der Grünen durchsetzen, mit weniger Ressourcen Lebensqualität zu erhalten oder zu verbessern.

Auf der anderen Seite werden angesichts des zu erwartenden Defizits im Haushalt 1995 auch Einschnitte in Leistungen und Besitzstände unvermeidlich sein, in Besitzstände und Leistungen, die wir verteidigen wollten. Wir begreifen die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise aber auch als Chance, den ökologischen Umbau der Gesellschaft zu forcieren und in allen Politikbereichen neue Wege zu suchen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Während sich die Koalition darauf konzentrierte, die Erblasten der Albrecht-Regierung zu überwinden, hat die einigungspolitisch völlig verfehlte Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung die desolante Lage der öffentlichen Haushalte zu einem erheblichen Teil verursacht. CDU und FDP haben auf dem Gebiet ihrer vermeintlichen Kompetenz, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, am meisten versagt.

Über einigungspolitische Fehler müßte nicht mehr geredet werden, meine Damen und Herren, wenn sie nicht fortgesetzt oder durch immer größere ergänzt würden. Zuerst wurden Investitionen in den neuen Bundesländern verhindert, weil Eigentum zurückgegeben und nicht entschädigt werden sollte. Meine Damen und Herren, es klingt heute wie ein Witz, aber der damalige wirtschaftspolitische Chef in Bonn, Graf Lambsdorff, setzte sich in diesem Zusammenhang – Eigentumsrückgabe oder Entschädigung – dafür ein, daß den Grafen von Schwerin ihr Waldbesitz wieder zurückgegeben wird.

(Frau Dr. Dückert [Bündnis 90/Die Grünen]:
Von Graf zu Graf!)

Der Mann hatte wirklich Probleme!

(Küpker [FDP]: Was hat das mit der Finanzpolitik zu tun?)

– Herr Küpker, der Mann hatte wirklich Probleme. Er war es ja auch, der den Spruch mit der Portokasse geprägt hat, wie Sie wissen. Das hängt eng miteinander zusammen.

Steuerpolitisch wurde zuerst die Einkommensteuer für Spitzenverdiener gesenkt, der Solidaritätszuschlag eingeführt und wieder abgeschafft. Dafür wurden die Arbeitslosen- und Rentenversicherungen zur Lösung der Strukturprobleme in Ost-

deutschland so geplündert, daß Rexrodt nunmehr die Verschiebung des Rentenalters fordert.

Anstatt unter der Devise „Standortsicherung“ die Investitionen in Ostdeutschland höher und nach qualitativen Kriterien zu fördern, wurden die Unternehmenssteuern allgemein gesenkt. Bevor der Solidaritätszuschlag 1995 wieder eingeführt werden soll, wird die Einkommensteuer für Spitzenverdiener noch einmal gesenkt.

Mit den neuesten Eingriffen in das soziale Netz sollen nicht nur Sozialhilfeempfänger unter das bisher anerkannte Existenzminimum gedrückt, Sozialpläne gekappt und Arbeitslose früher in die Sozialhilfe abgeschoben werden, sondern sollen die Kommunen zusätzlich mit 5 Milliarden DM Sozialhilfeausgaben belastet werden.

Meine Damen und Herren, Schwarz und Gelb schwadronieren viel über die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Der Sachverständigenrat und Forschungsinstitute sprechen immer offener aus, daß die Bundesregierung der bedeutendste Standortnachteil der deutschen Wirtschaft ist. Während Kohl mit seiner Ideologie vom kollektiven Freizeitpark Beschäftigte und Arbeitslose verhöhnt, kommen die Sachverständigen zu dem Ergebnis, daß nicht von der Höhe der Lohnausgaben und von der Höhe der Steuern oder von den Arbeitszeiten Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit ausgehen, sondern vor allem von der Innovationsunfähigkeit.

Standortvorteil war in Deutschland die Fähigkeit zum Strukturwandel und zur technologischen Erneuerung durch Forschung und Entwicklung und durch einen hohen Bildungs- und Ausbildungsstandard. Genau da kürzt die Bundesregierung die Mittel. Während das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nachweist, daß Arbeitszeitverkürzungen zur technologischen Erneuerung und zur Senkung von Lohnstückkosten geführt haben und daß die ökologischen Standards Arbeitsplätze hervorbringen, will Schwarz-Gelb die Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängern und dadurch noch mehr Arbeitsplätze abbauen.

Während Umbau und Kreativität notwendiger denn je sind, sagt Schwarz-Gelb ökologischen Abbau und Armut an. Die umweltpolitischen Standards und ihre Verbesserung werden nicht als Chance gesehen, auf dem Gebiet umweltverträglicher Spitzentechnologie Marktführerschaft zu gewinnen, sondern nur als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor. Die Auslagerung von betriebswirtschaftlichen Kosten auf Mensch und Umwelt nützt aber auch betriebswirtschaftlich nichts, meine Damen und Herren, wenn die Reparatur der Schäden aus Steuergeldern die Betriebe und die Bürgerinnen

Dr. Roske

und Bürger wieder einholt. Die Senkung von sozialen und ökologischen Standards verschiebt nur den notwendigen technologischen Strukturwandel und gefährdet den Wirtschaftsstandort.

Meine Damen und Herren, Herr Stock hat in der Debatte zum Volkswagenwerk und seinen Zulieferern in der letzten Plenardebatte vorgeführt, was ewiggestrige Wirtschaftspolitik anrichtet: „Weg mit dem Ökologiefonds, diesem Schnickschnack, über den man in besseren Zeiten nachdenken kann.“ Statt dessen forderte er Forschungs- und Entwicklungsmittel für die Rationalisierung der Produktion von Autositzbezügen bei VW-Zulieferern. Mit diesen Mitteln will er die Kosten eines Sitzes von 170 DM auf 120 DM senken – Sitze, die in Portugal und in Ländern des ehemaligen Ostblocks auf der Grundlage von Niedrigstlöhnen für ein Drittel dieses Preises produziert werden können! Es ist selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß der Versuch, Arbeitsplätze mit solchen Qualifikationsprofilen mit unseren bescheidenen Haushaltsmitteln zu fördern, in die technologische Sackgasse führen muß.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir brauchen die Mittel für neue umweltverträgliche Technologien und Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen.

Unser Problem in Niedersachsen besteht zur Zeit gerade darin, daß wir gezwungen sind, hohe Bürgschaften zur Rettung von Betrieben zu übernehmen, die zum Teil nicht zu retten sein werden. Für die Zukunft von VW und die Zulieferer ist die Frage viel bedeutender, warum noch kein Öko-Auto in Serie gegangen ist, obwohl die Marktforschung das Vorurteil widerlegt, es gebe dafür keine kaufkräftige Nachfrage.

Wie die Erfolge des Ökologiefonds zeigen, setzen wir für den ökologischen Strukturwandel noch zu wenig Mittel ein. Die ökologische Strukturreform ist unser Ausweg auch aus der Wirtschaftskrise. Arbeitszeitverkürzung, unter den gegenwärtigen Bedingungen auch mit Lohneinbußen, ist unsere zentrale Antwort auf die Beschäftigungskrise. Außerdem werden wir trotz der bekannten Schuldsituation des Landes ein antizyklisches Beschäftigungsprogramm unter ökologischen, sozialen und frauenpolitischen Vorzeichen verantworten, wenn sich 1994 keine wirtschaftliche Besserung zeigt. Ich bin optimistisch, meine Damen und Herren, daß wir – damit meine ich die mit grüner Beteiligung geführte Landesregierung – im Nachtrag 1994 ein solches Programm beschließen werden; denn ich bin hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung skeptisch.

Eine Verdrängung privater Investitionen durch ein solches Programm ist meines Erachtens nicht zu be-

fürchten. Die Mittel müssen allerdings in solche Bereiche fließen, deren Kapazitäten nicht ausgelastet sind. Gerade der ökologische Bereich der Wirtschaftsförderung würde der in Niedersachsen unterrepräsentierten Umweltindustrie notwendige Wettbewerbsvorteile verschaffen. Die ca. 280 Millionen DM, die wir in dieser Wahlperiode für den Bereich Ökologiefonds zur Verfügung gestellt haben und die im Gegensatz zu dem, was in dem Antrag der CDU steht, voll in Anspruch genommen werden, setzen 1 Milliarde DM an privaten und öffentlichen Investitionen in Gang. Hinzu kommen Multiplikatoreffekte. Es wird allerdings notwendig sein, die Förderung noch besser an die Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Umwelttechnik anzukoppeln und noch mehr Innovationen marktreif zu machen. Hier liegt ein wichtiger Schlüssel, um die Umweltindustrie in Niedersachsen zu stärken und in anderen Bereichen umweltrelevante Verbesserungen einzuführen.

Meine Damen und Herren, das Programm, das die CDU heute vorstellt und das Herr Wulff schon in der Zeitung präsentiert hat, will den Ökologiefonds streichen und mit Mitteln von insgesamt gleicher Höhe Investitionen in der Größenordnung von nur 700 Millionen DM fördern. Ich habe eben schon gesagt: Wir haben mit der gleichen Summe, nämlich mit 280 Millionen DM des Ökologiefonds, 1 Milliarde DM an Investitionen in Gang gesetzt!

Meine Damen und Herren, um die Beschäftigungspolitik und die Umweltpolitik besser in Einklang zu bringen, wollen wir die von uns auf Bundesebene geforderte ökologische Steuerreform aufkommensneutral gestalten. Mit Ökosteuern auf Energie, Rohstoffe und Abfall und auf die endlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden soll der Faktor Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden. In Niedersachsen müssen unsere Umbauprojekte weiter finanziert werden. Die mit dem Ökologiefonds begonnene kontrollierte Umgestaltung der Wirtschaftsförderung wird auf jeden Fall ausgeweitet. Die Förderung von Energieeinsparungen, rationeller Energienutzung und alternativer Energien wird in der nächsten Wahlperiode einer unserer Schwerpunkte des Umbaus sein. Das Reformprogramm für Kindertagesstätten wird uneingeschränkt fortgesetzt. Die frauenpolitischen Zielsetzungen werden ausgebaut. Schulen und Hochschulen werden mit zusätzlichem Personal ausgestattet. Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik unter dem Aspekt des ökologischen Umbaus wird ebenso fortgesetzt wie die Verkehrswende zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs.

Andererseits, meine Damen und Herren, müssen Leistungen und Projekte auf den Prüfstand. Zum

Beispiel in der Agrarpolitik sind Zuschüsse für uns kein Grund, daß sich das Land an der Finanzierung von Intensivierungs-, Konzentrations- und ähnlichen Programmen beteiligt. Die großen Subventionsprogramme müssen in der Landwirtschaft für den ökologischen Landbau, für Natur- und Landschaftsschutz und für Grünlandprogramme umgebaut werden.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Im Pflegebereich müssen die Voraussetzungen für mehr ambulante und teilstationär betreute Wohn- und Lebensformen anstelle der Aufbewahrung von Menschen in Bettenburgen geschaffen werden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Es muß Schluß gemacht werden mit Renommier- und Vorzeigeprojekten von Bürgermeistern und Abgeordneten,

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

wie z.B. Stadionausbauten, Bahnhofsvorplatzerneuerungen, Tiefgaragen und Umgehungsstraßen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Meine Damen und Herren, Projekte wie das Containerterminal in Emden oder den Vorhafen am Rysumer Nacken, für die es keinen hinreichenden Bedarf gibt, kann sich das Land nicht mehr leisten.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Im Finanztopf für die Bahnreform sind keine Mittel für Verkehrsprojekte der Expo 2000.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Die Ausweitung des Schienenverkehrs ist in ganz Niedersachsen notwendig. Eine Finanzierung der Expo mit diesem Geld auf Kosten der Fläche kommt für uns nicht in Frage.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsreform und eine Aufgabenkritik in der Landesverwaltung sind überfällig. Mit fast 9 000 zusätzlichen Stellen in Schule, Hochschule, in der Alten- und Krankenpflege, im Umweltbereich, bei den Finanzämtern, in der Justiz und bei der Polizei haben wir die größten Erblasten unserer Vorgänger überwunden.

(Vizepräsident Jordan übernimmt den Vorsitz.)

Es ist zum Beispiel ein Skandal, daß Hannover als Steueroase gilt, weil 150 Stellen für Betriebsprüfer nicht besetzt werden können. Wir haben durch diese Aufstockung den Personalhaushalt um insgesamt 5 % erhöht. Unsere Vorgänger haben übrigens in ihrer ersten Wahlperiode den Personalhaushalt um 12 % bzw. 17 000 Stellen erhöht.

(Dr. Hruska [FDP]: Wann war das?)

– Nach 1976! Damals waren Sie in der Regierungsverantwortung, Herr Kollege! 1976 bis 1980 17 000 zusätzliche Stellen!

(Hildebrandt [FDP]: Damals wurden vor allem Lehrer eingestellt!)

– Herr Hildebrandt, ich habe überhaupt nichts zu den Inhalten gesagt! Damals sind in der Tat sehr viele Lehrer eingestellt worden. An diesen Beispielen können Sie aber sehen, daß es nicht angeht, einfach zu kritisieren, daß zusätzliche Stellen geschaffen worden sind. Vielmehr stellt sich immer die Frage, wofür sie geschaffen wurden.

(Hildebrandt [FDP]: Völlig richtig!)

Heute ist aber klar, daß wir uns solche Aufstockungen nicht mehr leisten können. Deshalb hat die Koalition zunächst einmal damit begonnen, Stellen umzuschichten. Nachdem den Ministerien abverlangt wurde, in zwei Jahren 5 % ihrer Stellen einzusparen, verlangen wir in unserem Entschließungsantrag, der Ihnen vorliegt, nun die gleiche Einsparung bei den oberen und mittleren Behörden sowie eine Konzeption zur Personalarbeitswirtschaft bei Behörden und Ämtern der Ortsinstanz. Von den Einsparungen müssen wir die Finanzämter und das Landesjugendamt verschonen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen eine bürgernahe und eine kostenbewußte Verwaltung, in der Hierarchien abgebaut und den Beschäftigten mehr Entscheidungsspielräume und Verantwortung gegeben werden.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich freue mich ausdrücklich, Herr Finanzminister, daß auch Sie der Meinung sind, daß wir in den nächsten sieben Jahren 7 000 Stellen einsparen können.

Meine Damen und Herren, von der FDP-Fraktion, die nur unsere Vorschläge abschreibt, unterscheiden wir uns in den Zielen. Wir wollen nicht die Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit durch den Staat gegenüber privaten Interessen abbauen! Herr Hildebrandt hat von der Krake Staat gesprochen. Wir wollen diese Dienstleistungen für die Gesellschaft effizienter gestalten. Im übrigen wäre uns eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst mit entsprechenden Lohneinbußen für mittlere und höhere Einkommen beschäftigungspolitisch lieber als der Abbau von freierwerdenden Stellen. Auf Landesebene ist dies jedoch nicht machbar. Wir hoffen, daß Lehrerinnen und Lehrer von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Unterrichtsverpflichtung auf freiwilliger Basis zu reduzieren. Der Solidarbeitrag, den wir ihnen wegen des nicht finanzierbaren enormen Bedarfs an zusätzli-

Dr. Roske

chen Lehrerinnen und Lehrern abverlangen müssen, beschränkt sich dann auf eine Lohneinbuße, mit der wir zusätzliche Lehrkräfte einstellen und zugleich die Altersstruktur des Lehrpersonals verjüngen können.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Meine Damen und Herren! Das Defizit im Landeshaushalt 1995 allein durch Einsparungen des Landes zu decken, wäre nur um den Preis eines Kahl-schlages bei den Leistungen möglich. Es gibt soviel geschonten Reichtum in dieser Gesellschaft, daß dies genauso unverantwortlich wäre wie die Eingriffe der Bundesregierung in den sozialen Bereich. Wir fordern deshalb, den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wieder zu erhöhen und den Solidaritätszuschlag bereits 1994 wieder einzuführen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir fordern die Abschaffung der Ehesubvention durch Ehegattensplitting, des Kinderfreibetrages und die entsprechende Erhöhung des Kindergeldes. Selbständige, Beamte und Politiker und Politikerinnen müssen zu einer Arbeitsmarktabgabe herangezogen werden.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß wir 1994 auch im Bund Regierungsverantwortung übernehmen können, um diese Projekte umzusetzen.

(Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren! Die Zeit ist reif für unsere ökologische Strukturreform; nicht nur in Niedersachsen, sondern auch auf Bundesebene. Die Zeit ist reif für eine ökologische und soziale Steuerreform, und die Zeit ist reif zur Ablösung der Bundesregierung.

(Zustimmung bei Bündnis 90/Die Grünen.
– Zuruf von Küpker [FDP].)

Die zahlreichen Wahlen 1994 werden Plebiszite gegen schwarz-gelben Kohl sein.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der allgemeinen Aussprache und kommen im Rahmen der Beratung des Haushalts zur Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte einschließlich der einzubringenden Änderungsanträge. Nach den Vorstellungen des Ältestenrates sollte mit dem Bereich Jugend und Sport begonnen werden. Weitere Themen für den heutigen Nachmittag bzw. Abend sollen Bundes- und Europapolitik sowie Umwelt und Landwirtschaft sein.

(Unruhe.)

– Ich bitte Sie, zuzuhören. Um eine gewisse Ordnung zu erreichen, bitte ich, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet gesprochen werden soll.

Für die Debatte stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils 45 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jeweils 30 Minuten. Das bezieht sich nicht auf das Thema, sondern auf den gesamten Block.

Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 30 Minuten nicht überschreitet.

(Zuruf von der CDU: Das schaffen die nie!)

– Wie gesagt, der Ältestenrat geht davon aus.

Wir kommen nun zu der Beratung. Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Dr. Schneider für den Bereich Jugend und Sport zu Wort gemeldet.

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landeshaushalt 1994 zeigt im Bereich Jugend und Sport einmal mehr, daß sich die rot-grüne Landesregierung in eine selbst geschaffene Sackgasse manövriert hat. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Sportförderung, wo die Landesregierung die Linie ihrer sportfeindlichen Politik fortsetzt, die spätestens mit ihrer Weigerung deutlich geworden ist, den Sport mit in die neue Niedersächsische Verfassung aufzunehmen.

(Zuruf von der SPD: Ach du lieber Himmel!)

– Sie mögen sich darüber aufregen, aber am 1. April hat ein Kongreß der SPD-Bundespartei stattgefunden. Dort gab es ein Programm mit einem Vorwort von Rudolf Scharping. Darin heißt es: Deshalb ist eine Aufnahme des Sports als Staatsziel in andere Länderverfassungen vorzusehen. – Dies haben Sie nicht getan. Damit haben Sie das signalisiert, was nun in den Haushaltsberatungen zwangsläufig die Folge ist.

Aber Sie sind nicht allein. Der grüne sportpolitische Sprecher, Herr von Hofe, hat nämlich einiges an Unverschämtheiten verbreitet.

Er hat am 24. Oktober 1991 wörtlich gesagt, „daß die Vereine mit Statistiken nach Strich und Faden betrügen, nur um an das Geld heranzukommen.“ – Eine größere Ungeheuerlichkeit in der Sportpolitik haben wir in diesem Hause sicherlich noch nicht gehört.

Wer so redet, hat mit dem Sport nichts Gutes im Sinn. Folgerichtig werden im Landeshaushalt 1994 die Mittel für den Landessportbund um über 5 %

und die Mittel für die Sportförderung insgesamt um fast 7 % gekürzt. Das ist einzigartig und beispiellos. Dabei müßte selbst Rot-Grün die gesellschaftliche Bedeutung des Sports und damit auch die Notwendigkeit einer verstärkten Sportförderung einsichtig sein. Immer mehr Freizeit und immer weniger Arbeitszeit fordern es doch geradezu heraus, daß wir vor allem diejenigen fördern, die Gemeinschaftsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung erhalten und uns vorleben.

(Beifall bei der CDU.)

Wo anders als im Sport wird Erziehung geleistet, Gesundheit erhalten und Lebensfreude gegeben? Keine Institution holt Jugendliche so erfolgreich von der Straße wie der Sport.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nicht weniger als zwei Drittel aller Jugendlichen in Niedersachsen sind Mitglieder in Sportvereinen. Hier finden sie Anerkennung, hier erfahren sie das Gefühl, gebraucht zu werden. Sport – das wissen wir auch – ist zwar keine Allzweckwaffe im Kampf gegen die Bewältigung unserer Probleme, aber eine wirksame Hilfe für den einzelnen bei Arbeitslosigkeit, wachsender Wohnungsnot und der Vielzahl anderer Probleme. Deshalb sind Kürzungen im Sportbereich das Schlechteste und das Falscheste, was wir in Zeiten dieser Herausforderungen tun können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Es ist paradox, daß diese Kürzungen in einer Zeit vorgenommen werden, in der die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe – aus der die Sportförderung gespeist wird – und aus den Zweckertträgen von Toto/Lotto gestiegen sind. Deshalb bleibt es das Geheimnis dieser rot-grünen Landesregierung, wie sie erklären will, daß aus Mehreinnahmen auf der einen Seite weniger Förderung für den Sportbereich auf der anderen Seite erwachsen soll.

Über diese einschneidenden Kürzungen hätte man reden können, wenn andere wesentliche Bereiche ebenfalls von Kürzungen betroffen worden wären. Doch die Landesregierung setzt den Rotstift einseitig im Sportbereich an, während sie auf der anderen Seite ihre Lieblingkinder schont und deren Förderung sogar noch ausbaut: Ich denke an die fünf geplanten Gesamtschulen, die im Landeshaushalt vorgesehen sind, und auch an die Mittel für die sogenannten soziokulturellen Zentren, die um 20 % gestiegen sind. Das ist im Vergleich mit den Bundesländern einmalig und kann in keinsten Weise unsere Billigung finden.

Trotz der im Rahmen der Haushaltsberatungen – im Haushaltsausschuß nachgebesserten – geringfügigen Anhebungen durch die Koalitionsfraktio-

nen wird die Landessportförderung in absoluten Zahlen auf die Jahre vor 1989 zurückfallen, und dies, ohne die gestiegenen Anforderungen, die zusätzlichen Aufgaben und die Preisentwicklung zu berücksichtigen.

Noch eine Zahl: Die Pro-Kopf-Förderung der Mitglieder des Landessportbundes fällt sogar auf unter 20 DM zurück. Dies ist der Stand von vor 1983. Angesichts unserer gesellschaftlichen Probleme – ich habe sie gerade genannt – ist dies ein wirklicher Skandal.

(Möllring [CDU]: Diese Regierung ist doch auch von gestern!)

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, daß wir im Landtagswahlkampf 1994 den Sportlerinnen und Sportlern in Niedersachsen – schließlich ist jeder Dritte Mitglied in einem Sportverein – verdeutlichen werden, was von dieser Landesregierung, ihren Versprechen und den daraus resultierenden sportpolitischen Realitäten zu halten ist.

Die CDU-Landtagsfraktion – das will ich hier deutlich sagen – bekennt sich nachdrücklich zur Förderung des Sports als öffentlicher Aufgabe. Sie hat mit ihrem Antrag, die Förderung des Sports in die niedersächsische Landesverfassung aufzunehmen, die Richtung gewiesen.

(Beifall bei der CDU.)

In diese Richtung werden wir konsequent weitergehen. Deshalb werden wir zum Haushalt den Antrag stellen, die Sportförderung unverändert zu lassen, sie also nicht zu kürzen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich komme nun zum zweiten Punkt, zur Kindergartenpolitik. Auch hier versucht die rot-grüne Landesregierung, mit den knappen Finanzen zu retten, was noch zu retten ist. Schon jetzt setzt sie im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl auf nichts anderes als auf das Kurzzeitgedächtnis der Wählerinnen und Wähler. Doch dieses ist glücklicherweise ausgeprägter, als ihr lieb sein kann; denn viele im Lande erinnern sich noch an die vollmundigen Wahlversprechen und Gesetzentwürfe, mit denen SPD und Grüne gerade im Kindergartenbereich 1990 Wahlkampf betrieben haben. Ich kann und will es Ihnen nicht ersparen, vorzutragen, daß der Kollege Kirschner, der dem nächsten Landtag glücklicherweise nicht angehören wird, von dieser Stelle am 8. März 1990, also noch kurz vor der Landtagswahl, einen Gesetzentwurf präsentiert hat, der alles, was wir in der Kindergartenpolitik bisher erlebt haben, in den Schatten stellte. Dieser Gesetzentwurf sah nicht nur die 100prozentige Personal-kostenübernahme durch das Land vor, sondern der Kollege Kirschner hat auch gesagt – ich zitiere –,

Dr. Schneider (Isernhagen)

daß dieses Gesetz eine politische Selbstverpflichtung der SPD Niedersachsen für die Regierungstätigkeit nach der Landtagswahl ist.

Es geht noch weiter. Natürlich gab es auch im Wahlkampf Äußerungen. Es gab ein SPD-Sofortprogramm. Sie hatten ja zu jedem Politikbereich schmuck aufgemachte Flugblätter. Dort hieß es unter der Überschrift „Vorrang für gleiche Chancen sofort“: „Jedes Kind bekommt einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten-Sofortprogramm.“ Der zweite Satz lautete: „Die Elternbeiträge werden gesenkt.“

Meine Damen und Herren, angesichts der gegenwärtigen Diskussion in den Kommunen – Stichwort soziale Staffelung – mutet dieses Versprechen wie blanker Hohn an.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich haben im Vertrauen auf diese Versprechen die Wählerinnen und Wähler SPD und Grünen die Regierungsgeschäfte anvertraut. Sie wurden postwendend bitter enttäuscht. Statt den eingebrachten Gesetzentwurf zu verabschieden, verschwand dieser auf Nimmerwiedersehen in der Schublade, im Papierkorb. Erst zwei Jahre nach der Wahl ist hier ein neuer Gesetzentwurf präsentiert worden. Der hatte mit dem ursprünglichen aber nichts zu tun. Das einzige, was unverändert geblieben war, waren die hohen Standards. Aber die Zuschüsse im Personalkostenbereich haben Sie von 100 % auf 20 % reduziert; Investitionszuschüsse gibt es künftig nur nach Maßgabe des Haushalts. Dies macht deutlich, daß Sie Ihre Wahlversprechen gebrochen haben.

(Beifall bei der CDU.)

Das Gesetz, das Sie im Lande überall rühmen, ist hinsichtlich der Personalkostenförderung schlußlicht in ganz Deutschland. Auch dies muß man den Wählerinnen und Wählern deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Abgesehen von der schludrigen gesetzestechnischen Arbeit, die Sie geleistet haben – nicht ohne Grund ist vor kurzem eine Reparaturnovelle zum Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes eingebracht worden –, haben wir gegenwärtig eine Diskussion im Lande, die die Kindergartenpolitik in den Schatten stellt. Sie geht über die Staffelung von Kindergartengebühren, sie geht über die Standards im Personalbereich, sie geht über die Standards im Sachbereich. Rot-Grün hat ein Chaos im Lande produziert, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU.)

Das gleiche gilt auch für die flexiblen Lösungen, die wir wollen. Ich spreche die Tagesmütter an. Wir ha-

ben einen Antrag eingebracht, die Tagesmütter zu unterstützen und dafür von den Mitteln für die Krippen etwas abzuzweigen. Diesem Antrag haben Sie widersprochen. Wir bedauern dies, weil Tagesmütter die flexible Antwort auf die Probleme sind, die gerade in der Fläche vorhanden sind, weil Kindergärten nicht überall die richtige Antwort auf diese Probleme darstellen.

Noch ein Wort zu den Standards. Wissen Sie, es gibt Mindeststandards, die richtig sind. Aber muß es denn so sein, wie jüngst in Goslar, daß eine Förderung wegen eines halben Quadratmeters Raumgröße – – –

(Mühe [SPD]: Jedesmal die gleiche Leier! Das ist doch lächerlich!)

– Ihr könnt die Wahrheit nicht hören! Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU. – Mühe [SPD]: Das sind lange geheilte Geschichten!)

Wie war es denn in Goslar? Dort hat ein halber Quadratmeter gefehlt, um an 50 m² Grundfläche zu kommen. Was passierte? Die Förderung wurde gestrichen. Die Lösung mußte sein, daß man Putz von der Wand wegläßt, um überhaupt auf die 50 m² zu kommen. Das ist doch ein bürokratischer Skandal, der sich dort abspielt hat.

(Beifall bei der CDU.)

Muß es tatsächlich so sein wie in Burgdorf, daß ein Kindergarten, den man preisgünstig in der ersten Etage einer umgebauten Jugendstilvilla hätte unterbringen können, nicht genehmigt werden darf? Ist das angesichts der heutigen finanziellen Situation zeitgerecht? Oder muß es sein wie in Hannover, wo im ehemals britischen Kindergarten deutsche Kinder nicht untergebracht werden dürfen, weil die Mindeststandards nicht ausreichen, obwohl alles da ist und es bei den britischen Kindern ging? Das macht deutlich, daß die Kindergartenpolitik der rot-grünen Landesregierung gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU.)

Wir als CDU-Landtagsfraktion sagen ja zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Wir sagen auch ja zu ausreichenden Personalkosten- und Investitionskostenzuschüssen des Landes. Wir sagen aber auch ja – diesbezüglich unterscheiden wir uns ganz wesentlich von Rot-Grün – zu einer flexiblen Lösung, die sich nicht nur auf Vormittagsplätze und auf Kindergärten beschränkt, sondern wir wollen auch Nachmittagsplätze, Spielkreise und vor allem, wie ich eben schon gesagt habe, auch die Tagesmütter in die Förderung einbeziehen. Das tut die rot-grüne Landesregierung nicht. Natürlich gibt es dafür auch eine Förderung. Zur Abgeltung des Rechtsanspruchs muß allerdings ein Vormittags-

platz geschaffen werden. Diese Vorschrift verteuert die Kindergärten unnötig und läßt die Kindergärten die Hälfte des Tages leer stehen. Das ist in der heutigen Zeit eine unnötige Vergeudung von Geld.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Deshalb sagen wir nein zu einem überbürokratisierten starren und auch rechtlich fehlerhaften Gesetz. Wir sagen vor allem nein zu den finanziellen Konsequenzen dieses Gesetzes, das die Kommunen und die Eltern im Regen stehen läßt und wie kein anderes Gesetz die Wahlversprechen dieser rot-grünen Landesregierung gebrochen hat.

(Beifall bei der CDU. – Mühe [SPD]: Lest einmal euren eigenen Entwurf! Dann habt ihr viel zu tun!)

Vizepräsident Jordan:

Jetzt wird der Abgeordnete Schneider von der SPD-Fraktion reden. Auch er hat sich zum Themenbereich „Jugend und Sport“ gemeldet. Bitte sehr, Herr Schneider!

(Frau Pawelski [CDU]: Warum darf denn Herr Mühe nicht reden?)

Schneider (Salzgitter) (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich eben arg an eine tibetanische Gebetsmühle erinnert.

(Beifall bei der SPD.)

Alle Jahre wieder die gleiche Rede. Weil es vor Weihnachten ist, paßt es ja gut. Es hätte nur noch gefehlt, daß die Glöckchen klingeln. Alle Jahre wieder der gleiche Unsinn. Alle Jahre wieder das gleiche Blatt. Das hat Herr Gansäuer hier schon vor drei Jahren hochgehoben. Haben Sie es sich geliebt? Oder war das Ihr eigenes Blatt?

(Frau Pawelski [CDU]: Warum müssen Sie denn diese Rede halten?)

Eines vielleicht einmal grundsätzlich: Da gibt es einen Bundeskanzler, der sich für das, was er gesagt hat, inzwischen schämt. Er gibt zu, daß seine Behauptung, daß nämlich die blühenden Landschaften im Osten aus der Westentasche bezahlt werden könnten und in wenigen Jahren entstanden sein würden, so nicht stimmt. Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie sich hier hinstellen und sagen: „Auch unser Entwurf eines Kindergartengesetzes“ – kurz nach der Landtagswahl in einer geradezu abenteuerlichen Kurve hier eingebracht – „hatte eine Reihe von Mängeln. Das gilt insbesondere im Hinblick auf das Versprechen einer 60 %igen Personalkostenübernahme. Das wären jetzt 900 Millionen

DM. Wir von der CDU müssen ehrlich zugeben, daß wir im Jahr 1990 völlig daneben gelegen haben.“ – Kein bißchen Selbsterkenntnis. Kein bißchen Realitätssinn. Die gleichen platten Sprüche drei bis vier Jahre lang hintereinander.

(Vizepräsident Rehkopf übernimmt den Vorsitz.)

Sie sind nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich die Verhältnisse geändert haben. Sie sind auch nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir im Gegensatz zu Ihnen – ich komme auf ein paar Zahlen zurück – den gesamten Kindergartenbereich, auch den gesamten Bereich Sport und schließlich den gesamten Jugendbereich erheblich vorangebracht haben.

(Beifall bei der SPD.)

Nach Jahren der Stagnation hat es mit dem Regierungswechsel 1990 endlich Rückenwind für diese Politikfelder gegeben. Ein schlagender Beweis dafür ist der Kindergartenbereich. Niedersachsen hatte bei der Kindergartenversorgung die „rote Laterne“. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Widerspruch bei der CDU.)

– Natürlich stimmt das.

(Ontijd [CDU]: Das saugen Sie sich aus den Fingern!)

Das hat sich verändert. Das wissen Sie. Wir haben bis 1993 insgesamt 384 Millionen DM für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten bereitgestellt, während Sie in Ihrer letzten Mipla für den gleichen Zeitraum lediglich 168 Millionen DM, also weniger als die Hälfte, vorgesehen hatten. Einschließlich 1994 werden es insgesamt sogar 600 Millionen DM sein; davon 447 Millionen DM Personalkosten und 153 Millionen DM für den Bau. Das sind die Leistungen der rot-grünen Regierungskoalition.

Die alte Regierung – Sie sollten nicht immer nur in Wahlprospekte gucken, sondern auch einmal in Ihre alte Mipla – hat überhaupt keinen Ausbau dieses Bereiches vorgesehen gehabt. Sehen Sie nach! Ihre Personalkostenansätze waren konstant geplant, weil Sie nichts ausbauen wollten. Wir haben allein den Personalbereich von 1993 auf 1994 um 19 % auf 175 Millionen DM gesteigert. Gegenüber 1990 wird das einschließlich 1994 eine Steigerung um sogar 450 % sein. Die laufende Bezuschussung je Kindergartengruppe ist um das Dreifache gesteigert worden. Trotz erhöhter Personalkosten ist dies für alle Träger eine stärkere Verbesserung.

Im Haushalt 1994 sind wieder 40 Millionen DM an Barmitteln und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 30 Millionen DM für den weiteren Bau neuer Kindergartenplätze in Niedersachsen

Schneider (Salzgitter)

vorgesehen. Bis Mitte des kommenden Jahres werden damit 45 000 neue Kindergartenplätze in Niedersachsen entstanden oder auf dem Weg sein. Das sind viel mehr als die versprochenen 34 000. Geradezu lächerlich, Herr Kollege Dr. Schneider, wirken dagegen die Plätze, die Ihre Regierung in vier Jahren geschaffen hat. Wissen Sie noch, wie viele das waren? – 1 200!

(Ontijd [CDU]: Das ist doch Schnee von gestern! Das erzählen Sie doch jedes Jahr!)

Wenn Sie so auf das Kurzzeitgedächtnis der Wähler und Wählerinnen hoffen, dann werden Sie sich wundern. Deren Gedächtnis ist nämlich ein bißchen besser als Ihr Kurzzeitgedächtnis. Sie werden die vier Jahre, die wir regiert haben, messen müssen an dem, was Sie getan haben. Das sind 1 200 neue Plätze im Vergleich zu 45 000 neuen Plätzen. Das sind die Realitäten!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege, der Kollege Dr. Schneider möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Schneider (Salzgitter) (SPD):

Ja, bitte schön!

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Schneider, bitte!

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Herr Namenskollege Schneider, ich frage Sie: Was meinen Sie, wie lange die Phase von der Planung eines Kindergartens bis zur Fertigstellung dauert?

(Aller [SPD]: Es kommt darauf an, ob Sie planen oder wir!)

Schneider (Salzgitter) (SPD):

Das wird örtlich sicherlich sehr unterschiedlich sein. In meiner Heimatstadt Salzgitter ist eine zweizügige Grundschule in diesem Jahr innerhalb von vier Monaten gebaut worden.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Kindergärten!)

– Wenn Sie sich einen leistungsfähigen Bauträger suchen, können Sie einen Kindergarten in einem Jahr planen und bauen.

(Zurufe von der CDU.)

Sie haben in vier Jahren 1 200 Kindergartenplätze geschaffen. Davon können Sie doch nicht ablen-

ken. Das ist doch nicht eine Frage der Schnelligkeit der Planung. Sie haben diesen Bereich inhaltlich immer sträflich vernachlässigt. Sie haben sich nicht um die Rechte der Eltern gekümmert. Sie haben sich auch nicht um die Kinder gekümmert. Das ist doch die Wirklichkeit. Was hat denn das mit Planungszeiten zu tun? – Lenken Sie doch nicht ab!

(Beifall bei der SPD.)

Es ist deutlich geworden, daß wir mit der Mipl und den in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Mitteln bis zum Jahr 1997 weitere 130 Millionen DM bereitstellen wollen. An den Zuschüssen des Landes wird die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz bis zum Jahr 1996 jedenfalls nicht scheitern. Allerdings – auch das sage ich Ihnen ganz offen – halte ich den von uns von Anfang an schon in der Opposition und auch im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehenen Termin, nämlich 1998, für realistischer, soweit es das Leistungsvermögen der Kommunen angeht. Sie wissen, was der Bund hier gemacht hat. Die dafür zuständige Bundesministerin Rönsch läuft noch durchs Land und erklärt, daß am Jahr 1996 festgehalten werden müsse. An uns – ich betone es noch einmal – und an den Landesmitteln wird dies nicht scheitern. Wir bezweifeln aber, ob die Perspektive realistisch ist.

Bedenken Sie bei der Debatte über die Baustandards bitte eines: Was einmal gebaut worden ist, ist nicht mehr revidierbar. Baustünden jetzt müssen Generationen von Kindern über Jahrzehnte hinweg bezahlen. Seien Sie deshalb vorsichtig bei der schnellen Aufgabe von Mindeststandards. Mir wäre es lieber, daß wir über die Realisierungszeiten reden, als daß wir jetzt Discountlösungen verwirklichen.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Was sind denn Realisierungszeiten?)

Auch in anderen Bereichen der Jugendpolitik haben wir erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Dazu haben Sie interessanterweise aber kein Wort gesagt. Auch am Thema Jugendpolitik kann man Wertschätzung messen.

(Zuruf von Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU].)

– Bitte? – Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen: Ich bin der für diesen Bereich mit zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Wenn Sie über Agrarsprecher reden, dann kann ich Ihnen allerdings eine Antwort geben: Ihre CDU-Mitglieder aus dem Agrarbereich kommen zu mehr – – –

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Nicht „Agrar“, sondern „Arbeitskreis“!)

– Ich bin aber gerade bei „Agrar“, weil das auch gut paßt. – Ihre CDU-Mitglieder aus dem Agrarbereich kommen zu mir und wundern sich, wen Sie in Ihr Schattenkabinett für die Landwirtschaft aufgenommen haben.

Gut, nun zurück zu den Jugendwerkstätten. – Wir haben während der Haushaltsplanberatungen durch die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20 Millionen DM sicherstellen können, daß die Träger der Jugendwerkstätten langfristige Arbeitsverträge abschließen können. Wir messen diesem Bereich eine große Bedeutung bei. Wir haben die Arbeit der Werkstätten dauerhaft – jedenfalls mittelfristig – sichern können. In den anderen Bereichen der Jugendpolitik werden wir uns in den nächsten Jahren verstärkt mit der Frage der Förderpraxis zu beschäftigen haben. Die Jugendverbände haben uns darauf hingewiesen, daß das Jugendförderungsgesetz des Landes in seinen Strukturen nicht mehr die veränderten Anforderungen an die verbandliche Jugendarbeit widerspiegelt und daher reformbedürftig sei. Ich denke, daß wir angesichts knapper Mittel für Vorschläge, die einer Verbesserung der Förderpraxis dienen, ein offenes Ohr haben sollten.

Die Jugendarbeit – das ist unsere Sicht; Sie haben offensichtlich keine dazu – wird in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Sie hilft, gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden, und verhindert, daß Jugendliche auf radikale Rattenfänger hereinfliegen. Wir werden die Bereitschaft der Mitarbeit der Verbände in diesem Bereich so wie in der Vergangenheit gern aufgreifen und absichern.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Und jetzt etwas zum Jugendbereich!)

– Sie haben doch zum Jugendbereich überhaupt nichts gesagt. Halten Sie doch den Mund!

Nun zum Sport. Wir haben bereits auf dem Landessporttag und auch hier im Plenum ausführlich darüber diskutiert. Wie in den vergangenen Jahren auch sind während der Fraktionsberatungen Nachbesserungen vorgenommen worden, und zwar um 2,5 Millionen DM. Sie haben das vorhin als einen geringen Betrag bezeichnet, und dann haben Sie von den „eklatanten“ Kürzungen gesprochen. Diese „eklatanten“ Kürzungen betragen 2,6 Millionen DM. Das ist für Sie ein „eklatanter“ Betrag, und die Erhöhung um die gleiche Summe ist nicht der Rede wert. Sie müssen über das, was Sie hier zum besten geben, einmal ein bißchen nachdenken!

(Beifall bei der SPD. – Ontijd [CDU]: Gemessen an dem Gesamtbetrag ist das ein eklatanter Betrag!)

Wir werden den Betrieb aufrechterhalten. Dem LSB stehen im Haushaltsjahr 1994 für den laufen-

den Betrieb exakt die gleichen Mittel zur Verfügung wie im laufenden Jahr. Gekürzt haben wir – das ist auch angekündigt worden – bei den investiven Mitteln in der Höhe, die ich eben erwähnte, nämlich um 2,6 Millionen DM.

(Ontijd [CDU]: Und bei der allgemeinen Förderung!)

Natürlich ist die Kürzung bei den Investitionen nicht angenehm. Wir sind aber überzeugt, daß angesichts des hohen Ausbaustandards der Sportstätten in Niedersachsen

(Ontijd [CDU]: Wer hat diesen Standard geschaffen?)

ein Kürzertreten für einige Jahre vertretbar ist. Immerhin liegt unser Land bei den Sportstätten im Ländervergleich fast überall vorn. Das ist das Ergebnis einer langjährigen sportfreundlichen Politik aller Landesregierungen.

(Ontijd [CDU]: Das haben Sie doch nicht geschaffen! Wann haben Sie denn eine Sportstätte in Niedersachsen gebaut?)

– Sie haben doch gar keine Ahnung! Sonst würden Sie nicht so unqualifiziert fragen.

(Lachen bei der CDU.)

Ich will Ihnen sagen, woran das liegt: Der maßgebliche Faktor für den hohen Standard war die Zonenrandförderung. Da wir einen großen Zonenrandbereich hatten, sind wir mit diesen Mitteln gut gefahren.

(Ontijd [CDU]: Und was war außerhalb?)

Im Ländervergleich spielen alle Sportstätten gemeinsam eine Rolle.

(Ontijd [CDU]: Ja, bis 1990! Sie haben nicht eine einzige Sportstätte geschaffen!)

– Wir haben keine einzige Sportstätte geschaffen? – Wissen Sie, dazu fällt mir schon gar nichts mehr ein! Offensichtlich haben Sie Ihre Scheuklappen über Ihren Landkreis hinaus noch nie geöffnet!

Die laufenden Mittel beim Sport haben wir erstmalig mit den investiven Mitteln deckungsfähig gemacht, so daß der Landessportbund in eigener Verantwortung nötigenfalls zusätzliche Investitionen zu Lasten der laufenden Mittel vornehmen kann. Die Gestaltungsfreiheit der Sportverbände ist uns wichtig; wir haben sie deshalb erhöht.

Der Sport hat in Niedersachsen eine große Bedeutung. Das Land hat sich seiner Aufgabe, die wichtige Arbeit der Verbände und Vereine zu sichern, gestellt. Wir haben in dieser Legislaturperiode den „Deckel“ angehoben

(Ontijd [CDU]: Und ihn wieder fallenlassen!)

Schneider (Salzgitter)

und damit zusätzliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Auch dies haben Sie verschwiegen mit Ihrer Behauptung, angesichts steigender Mittel hätten wir in dem Bereich nichts getan. Sie haben den Sport viele Jahre „gedeckelt“ gehalten.

(Zuruf von der CDU: Ach, hör doch auf!)

Sie haben ihn viele Jahre „gedeckelt“ gehalten im Bereich der Konzessionsabgaben und der Zweckerträge, und wir haben den „Deckel“ angehoben. Das sind jährlich 3 Millionen DM mehr gewesen. Insgesamt hat der LSB in der laufenden Legislaturperiode 40,2 Millionen DM mehr erhalten als in der vorigen Legislaturperiode. Dies sind die Zahlen, dies ist die Realität. Der Sport in Niedersachsen ist noch nie so gut gefördert worden wie unter der Regierung Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn uns die schwierige Finanzlage auch dazu zwingt, etwas kürzer zu treten, so wird der LSB im nächsten Jahr immer noch 50 Millionen DM erhalten, exakt 50,1 Millionen DM. Davon entfallen auf den laufenden Betrieb 44,8 Millionen DM, genau soviel wie in diesem Jahr. Die Kürzung bei den Investitionen, die Sie als „einzigartig und beispiellos“ bezeichnet haben, beträgt – ich sagte es schon – ganze 2,6 Millionen DM. Das ist bedauerlich; das weiß ich. Aber zu dieser „einzigartigen und beispiellosen“ Kürzung – nicht im Landkreis Aurich; ich bitte jetzt einmal die anderen, zuzuhören, weil er sowieso ein begrenztes Wahrnehmungsvermögen hat –

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Jetzt wird es langsam unverschämt!)

sage ich Ihnen eines: Eine Vielzahl der kreisfreien Städte unseres Landes, eine Vielzahl der Landkreise, und zwar unabhängig davon, wer die jeweilige Mehrheit bildet, wird Kürzungen vornehmen, die nach allem, was uns bekanntgeworden ist, weit über das hinausgehen, was wir landesweit kürzen. Das macht uns große Sorgen, meine Damen und Herren. Wir haben uns hier in verantwortlicher Weise bewegt, und wir bitten alle anderen, die da fördern, Bund und Kommunen, dies im Interesse des Sports gleichermaßen zu tun. Die Gefährdung, die da ist, geht nicht von den 2,6 Millionen DM Kürzungen ausschließlich im investiven Bereich des Landes aus. Der Sport gerät unter Druck. Das macht uns große Sorgen. Aber er gerät nicht unter Druck wegen einer „exorbitanten Streichorgie des Landes“, wie Sie das gerne hinstellen möchten, sondern er gerät unter Druck durch die Finanzenge in den Kommunen.

Meine Damen und Herren, die Bilanz ist positiv bei der Jugendpolitik, beim Sport und bei den Kinder-

gärten erst recht. Wir werden 1994 auf dem Erreichten aufbauen und auch bei knappen Finanzen die wichtige Arbeit der Verbände und Initiativen weiter stützen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Der Kollege Bannier spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

Bannier (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Schneider, schon wegen Ihrer eigenen Arroganz, wie ich meine, lohnt es sich nicht, sich mit Ihrem Redebeitrag auseinanderzusetzen.

(Genau! bei der CDU. – Beifall bei der FDP und bei der CDU. – Oppermann [SPD]: Zeigen Sie doch einmal, wie fachlich Sie sein können!)

– Ich bemühe mich zumindest.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Anmerkungen zu dem Bereich Jugend. Aus alter Tradition wird sich mein Kollege Dr. Hruska zum Bereich Sport noch zu Wort melden.

Auch für den Haushalt 1994 haben wir im Jugendbereich einige Maßnahmen, die ich nicht näher erwähnen will, über alle Parteigrenzen hinweg einvernehmlich behandelt. Daher will ich mich zu Beginn für die FDP-Fraktion auch für die Wichtigkeit konstruktiver zukünftiger Jugend- und insbesondere Jugendsozialarbeit ausdrücklich einsetzen.

Der sich abzeichnende Wertewandel in unserer Gesellschaft und dessen Auswirkungen für die Zukunft verlangen weiterhin viel Engagement von allen Seiten im Jugendbereich. Daher kommt es nach meiner Meinung darauf an, die ehrenamtliche Jugendarbeit insbesondere zu fördern. Die Liberalen sind davon überzeugt, daß Ehrenamtlichkeit grundsätzlich und damit auch für Niedersachsen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir alle sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Effektivität von Ehrenamt und Selbsthilfe beruht auf Freiwilligkeit und gegenseitiger Hilfe. Es muß daher darum gehen, meine Damen und Herren, gerade die Effektivität und die Motivation in diesem Bereich wirkungsvoll zu stärken. Die FDP ist bereit, hier in Zukunft die Eigenarbeit von Ehrenamtlichkeit besonders mit zu fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der größte Teil des Kultusetats wird dafür aufgewendet, langfristig bindende Personalausgaben zu finanzieren. Nur wenige Mittel stehen für dringend notwendige aktuelle Maßnahmen, z. B. im Jugendbereich, zur Verfügung. Die wenn auch geringen Möglichkeiten, die innere Struktur des Gesamthaushalts zu ändern, werden nach meiner Einschätzung nicht genutzt. Von verantwortlicher und sachlicher Kompetenz auf diesem Gebiet ist die Landesregierung nach Meinung der FDP weit entfernt. Seit Regierungsantritt sind die einzig markanten, aber kostspieligen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung im Personalbereich vorgenommen worden,

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

und zwar an entscheidender Stelle im Sinne von parteipolitischer Strukturpolitik. Damit ist klar, daß die notwendigen Finanzen für eine gute Sachpolitik z. B. im Jugendbereich fehlen.

Meine Damen und Herren, dieses Defizit wird für mich geradezu beispielhaft im Bereich des Kita-Gesetzes deutlich. Lassen Sie mich dazu noch einige Anmerkungen machen.

Die Frage nach den Kosten der Kinderbetreuung und die Rechtfertigung derselben zieht sich wie ein roter, besser wie ein rot-grüner Faden durch die Landtagsdebatten des laufenden Jahres. Methode der Landesregierung war es, durch die Auflistung der Zuschüsse des Landes den anhaltenden Klagen über die durch das Kita-Gesetz verursachten Mehrkosten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Hier wird nach meiner Einschätzung Etikettenschwindel betrieben.

(Zustimmung von Frau Kopp [FDP].)

Die Kostentreiber Standards, Freistellungs-, Verfügungs- und Öffnungszeiten sind weniger als ein halbes Jahr in Kraft und werden nächstes Jahr doppelt so hoch ausfallen. Werden Sie im Gegenzug Ihre Zuschüsse verdoppeln? Wie steht es um den damals zugesagten 100prozentigen Personalkostenzuschuß, den Sie noch in der ersten Landtagssitzung durch den Fraktionssprecher Bruns angesprochen und versprochen haben? Tatsächlich gelangen doch nicht einmal 20% der Zuschüsse zu allen berechtigten Trägern. Noch im November verschickt des Landesjugendamt Schreiben an Kindergartenträger mit der Bitte um weitere Geduld. Was ist das für eine Haushaltspolitik, bei der die Regierung eine zeitnahe Umsetzung der Haushaltsanforderungen nicht sicherstellen kann?

Kurz zum Thema Standardabsenkung. Das Kultusministerium befragt doch noch den außerpolitischen Sachverstand und bittet die Architektenkam-

mer um Hilfe. Es geht um die Kostensenkung beim Kindergartenbau. Handlungsbedarf ist also erkannt, und das begrüße ich grundsätzlich. Aber es wird wieder einmal bei Handreichungen bleiben. Hier finden wir den Antrag meiner Fraktion ehrlicher und erfolversprechender. Bürokratieabbau und Zuständigkeitsverlagerungen nach unten bringen uns weiter als jede weitere Handreichung durch das Kultusministerium. Ich meine, der Wind wird auch in diesem Bereich für diese Koalition noch viel schärfer wehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Dr. Hruska für die FDP-Fraktion zum Bereich Sport!

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Schröder hat uns heute bei seiner Haushaltsrede gemahnt, uns hier mit den wichtigen Themen auseinanderzusetzen und vor allem die Arbeitsmarktpolitik und nicht nur am Rande interessierende Dinge in den Mittelpunkt unserer Reden zu stellen. Ich nehme diesen Ratschlag des Ministerpräsidenten sehr ernst, und deshalb spreche ich hier zum Sport. Ich spreche zum Sport, weil die Frage, wie der Sport gefördert wird und welche Chancen der Sport auch in Zukunft hat, erstens ein Thema ist, das eine große Zahl von Menschen in unserem Lande interessiert, und zweitens ein Thema ist, das zum Komplex der Beschäftigungspolitik und der Arbeitsplätze in diesem Land gehört. Sicherlich ist der Sport nicht in der Lage, unmittelbar in die Arbeitsmarktpolitik einzugreifen, wie manche von Ihnen möglicherweise gedacht haben, deren erwartungsvolle Blicke ich hier sehe. Er kann aber im Zusammenhang mit der Viertageweche bei VW, mit Kurzarbeit, mit Arbeitslosigkeit und mit vielen anderen sozialen Fragen, die die Menschen beschäftigen, Bestandteil der Diskussion sein, etwa um Menschen, die ihre Leistungskraft nicht in der Arbeitswelt umsetzen können, eine Alternative zu geben, die zwar nicht das ersetzen kann, was in der Wirtschaftspolitik aktiv in Angriff genommen werden muß, um Arbeitsplätze zu schaffen, die aber korrespondierend Hilfe bieten kann, um mit dafür zu sorgen, daß die betroffenen Menschen nicht in eine völlig aussichtslose Situation abgleiten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Insofern ist es erforderlich, daß gerade im Bereich des Sports in dieser Zeit mehr getan wird als vorher.

Dr. Hruska

Ich will nun in der sportpolitischen Diskussion zwischen den Parteien keine Gräben aufreißen. Es kommt mir nicht darauf an, wie Herr Schneider von der CDU es gesagt hat, den Wählern zu präsentieren, wie wenig die Landesregierung für den Sport tut. Ich bin schon dankbar dafür, daß Sie von der Koalition zumindest nachgebessert und die ursprüngliche Regierungsvorlage nicht weiterverfolgt haben. Aber das alles reicht in dieser Situation nicht aus. Ich respektiere es, daß Sie die laufenden Mittel aufstocken wollen und bei den investiven Mitteln noch überlegen. Sie sollten aber nicht zu kurz überlegen, Herr Schneider, denn es gibt hervorragende Standards in Niedersachsen und nach diesen Standards ausgebaute Sportstätten. Nur sind das Sportstätten, die nach Standards ausgebaut sind, die vor 15 oder 20 Jahren gültig waren. Lesen Sie doch einmal selbst in dem Gutachten nach, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hat: Sport-Freizeitland Niedersachsen. Sie werden dann feststellen, daß es gerade im Bereich der Sportstätten neue Aufgaben gibt und neue Investitionen erforderlich sind, so daß auch dieser Teil nicht vernachlässigt werden darf.

Ein letzter Punkt. Herr Schneider, Sie sagen, durch das Land werde dem Sport nicht viel Schaden zugefügt, also durch die Kürzungen, die noch bleiben, nachdem Sie die Ansätze wieder aufgestockt haben. Die Gefahr bestehe bei den Haushaltsplänen der Kommunen. Dieser Hinweis ist sehr wichtig, denn wenn Sie sich in den letzten Wochen und Monaten in bezug auf die Haushaltspläne der Kommunen umgehört haben, werden Sie vernommen haben, daß die dort vorgenommenen oder vorgesehenen Kürzungen im Sportbereich immer mit der Begründung versehen worden sind: Wenn das Land hier kürzt, dann können wir nicht mehr mithalten; dann müssen auch wir kürzen. Ihr ursprüngliches Signal in Form der Regierungsvorlage, Herr Schneider, hat gerade bei den Kommunen das Zeichen gesetzt, ebenfalls zu kürzen, und das, was Sie befürchten, wird deshalb eintreten. Wir von der FDP-Fraktion haben deshalb in unserem Antrag eine Aufstockung um 7 165 000 DM für den Sportbereich beantragt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat jetzt der Kollege von Hofe.

von Hofe (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hruska, ein Wort vorweg zu Ihnen, und zwar zur Sportförderung. Ich halte die Kürzung um 2,5 Mil-

lionen DM beim Sportstättenbau in Niedersachsen für vertretbar, vor allem wenn man bedenkt, daß Niedersachsen mit seinen Sportstätten in bezug auf deren Standard bundesweit an der Spitze liegt. Insofern muß auch der Sport seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Herr Schneider, ein Wort zu Ihren Ausführungen. Sie haben wieder viel herumgetrommelt und wenig zum Inhalt der Debatte beigetragen. Nur einen Punkt will ich herausgreifen. Wir sehen hier ganz klar den Vorrang bei den Kitas und nicht bei den Tagesmüttern. Die Tagesmütter einzustellen und zu finanzieren ist Aufgabe der Kommunen; das wissen Sie sehr genau.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ist das Aufgabe der Kommunen, und wenn das Land sich daran beteiligt – so ist es auch in der letzten Plenarsitzung bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag beschlossen worden –, dann tut es das in der Form, daß es Empfehlungen gibt, wie die Kommunen das vor Ort am besten realisieren können, d. h. Vorrang für die Kommunen.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Das können Sie ja machen, aber die Begründung ist doch falsch!)

Meine Damen und Herren, der Kultushaushalt weist bei der Förderung der Kindertagesstätten wiederum eine bemerkenswerte Steigerung auf. Die Förderung des Kindertagesstättenbaus wird um 4 Millionen DM gesteigert, und die Finanzhilfen nach dem Kita-Gesetz werden erhöht um 28 Millionen DM auf 175 Millionen DM. Insgesamt werden die Ausgaben für den Kindergartenbereich auf 217 Millionen DM gesteigert, nachdem hierfür noch 1990 nur 85 Millionen DM eingeplant waren. Diese Zahlen dokumentieren, daß die rot-grüne Koalition mit dem Kita-Sofortprogramm und dem Kita-Gesetz eines ihrer zentralen Reformvorhaben tatsächlich angepackt hat und unter sehr schwierigen finanzpolitischen Bedingungen auch fortführt. Diese Koalition hat damit bewiesen, daß sie in der Lage ist, wesentlichen veränderten gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Die alte CDU-Regierung hat zu lange geglaubt, an der überholten Familienideologie festhalten zu können, wonach in der Regel die Betreuung der Kinder allein von der Familie übernommen werden kann und soll und wonach die Rolle der Frau in erster Linie in der Kindererziehung und allenfalls in zweiter Linie in der Berufstätigkeit zu sehen ist. Die CDU hat allzu lange ignorieren zu können geglaubt, daß es die Familie in der alten Form schon lange nicht mehr gibt und daß die Frauen nicht

mehr bereit sind, sich auf Heim und Herd beschränken zu lassen.

(Zuruf von Puls-Janssen [Bündnis 90/Die Grünen].)

– Insofern haben Sie recht, Herr Puls, wenn Sie hier den Einwand machen, daß davon auch Männer betroffen sind. –

Die Folge dieser Ignoranz ist gewesen, daß Niedersachsen bundesweit zum Schlußlicht bei der Versorgung mit Kita-Plätzen geworden ist. Das war 1990, Herr Schneider. Dafür haben Sie in 14 Jahren Regierung gesorgt.

Der rot-grünen Koalition ist es dagegen gelungen, mit dem Sofortprogramm in sehr hohem Tempo den Rückstand, der in der Zeit der Stagnation der CDU-Regierung entstanden ist, abzubauen. Von 1990 bis heute sind bereits über 30 000 Kita-Plätze von der Landesregierung gefördert worden. Bis zum Ende der Legislaturperiode, Herr Schneider, werden es 45 000 Plätze sein. Bei einer Fortführung des Sofortprogramms wird es möglich sein, trotz der steigenden Kinderzahlen eine volle Versorgung mit Kindergartenplätzen zu erreichen.

Sie haben in Ihrer Regierungszeit traurige 1 200 Plätze geschaffen; wir dagegen haben in vier Jahren 45 000 geschaffen. Da kann man mal sehen, wer hier etwas geleistet hat.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr von Hofe, Frau Lenke möchte eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen?

von Hofe (Bündnis 90/Die Grünen):

Nein. – Mit diesem Programm werden nicht nur Kindergartenplätze gefördert, auf die es einen Rechtsanspruch geben wird, sondern auch Krippenplätze. Gefördert werden auch Plätze in Elternselbsthilfegruppen.

Es darf nicht passieren, daß es während der Kindergartenzeit beiden Eltern, also auch den Müttern, möglich ist, die Kinderbetreuung mit Berufstätigkeit zu vereinbaren, daß dies aber nach der Einschulung der Kinder erst einmal nicht mehr möglich ist. Neben dem Ausbau der vollen Halbtagschulen wird mit der Förderung der Hortplätze nach dem Kita-Gesetz dazu beigetragen, daß die Eltern auch in der Grundschulzeit ausreichend bei der Kinderbetreuung unterstützt werden.

Darüber hinaus haben wir erreicht, daß auch die vielfältigen Einrichtungen zur Betreuung der Kinder im außerschulischen Bereich, die in den letzten

Jahren entstanden sind, vom Land mit gefördert werden. Mit dem Kita-Gesetz haben wir dafür gesorgt, daß das Angebot an Kita-Plätzen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ heutigen Ansprüchen gerecht wird. Wir haben die Mindeststandards beschrieben und festgelegt, die heute unerlässlich sind. Mit dem Personalkostenzuschuß des Landes sind diese Standards auch zu finanzieren.

(Frau Lenke [FDP]: Ach nein!)

– Frau Lenke, damit sage ich Ihnen: Wir werden daran festhalten, die Standards, die wir festgelegt haben, auch beizubehalten, damit es keine Qualitätsabsenkung zum Nachteil der Kinder und der Erzieherinnen gibt.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Hier darf eben nicht auf dem Rücken der Kinder gespart werden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Insbesondere haben wir mit dem Kita-Gesetz dafür gesorgt, daß auch die Integration behinderter Kinder, die gemeinsame Betreuung mit nicht behinderten Kindern, vorankommt. Die Kindergartenpolitik ist einer der Schwerpunkte und einer der großen Erfolge dieser Koalition.

Wichtige Fortschritte haben wir daneben aber auch in der Jugendarbeit erreicht, und wir werden diese Fortschritte mit dem Haushalt 1994 absichern.

Die Jugendbildung ist gestärkt worden, und die Förderung der Mädchenbildungsreferentinnen trägt dazu bei, daß Jugendarbeit nicht mehr in erster Linie nur Jungenarbeit ist, sondern daß auch die Belange und Bedürfnisse der Mädchen stärker berücksichtigt werden. Frau Lenke, das ist Frauenpolitik, wie sie gemacht werden muß. Das müssen Sie sich einmal merken.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

Mit einem Entschließungsantrag haben wir versprochen, die ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendarbeit stärker zu fördern. Dieses Versprechen kann jetzt eingelöst werden. Für diese Koalition hat die Kinder- und Jugendpolitik Priorität, und zwar auch in finanzpolitisch sehr schwierigen Zeiten. Wir werden dafür sorgen, daß dies auch so bleiben wird. Weiter mit Rot-Grün, kann ich nur sagen!

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Herr Minister Professor Wernstedt.

Wernstedt

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns über dieses Thema schon mehrfach auseinandergesetzt, auch mit ähnlichen und gleichen Argumenten. Mir liegt eigentlich nur an einem:

Wir können nicht auf der einen Seite in der großpolitischen Diskussion ständig auf die großen Bedrängnisse hinweisen, die uns durch deutsche Einheit, Wirtschaftskrise und anderes ins Haus gewachsen sind, gleichzeitig auf der anderen Seite aber kleinkarierte Debatten führen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Das, was wir an dieser Stelle mit der Kindergarten- und Kinderpolitik insgesamt eingeleitet haben, ist – das kann auch die CDU im Ernst nicht bestreiten – eine vollständige Wende und eine neue Epoche dieser Art der Landespolitik.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Sie waren ja unmittelbar nach der Wahl 1990 auch schon so weit, daß Sie gesagt haben: Es war ein Fehler, daß Sie während Ihrer eigenen Regierungszeit weder die Kindergartenpolitik entsprechend gewürdigt noch die Lernmittelfreiheit eingeführt haben. Es war ja schon einmal so weit, daß wir sozusagen eine andere Ebene der Diskussion hatten.

Wenn wir hier heute sagen, daß es natürlich eine Spannung zwischen den Ansprüchen gibt, die die Kindergärtnerinnen, Eltern und auch die Gruppen in ihrer pädagogischen Verantwortung für die Kinder haben, und dem, was die Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeinden bzw. der kommunalen Träger angeht, dann muß man akzeptieren, daß man einen Kompromiß finden muß. Für uns jedenfalls ist es wichtig, daß wir das für beide Seiten verträglich machen. Es sind keine optimalen Bedingungen, die wir mit der Gruppengröße 25 definieren. Wir sagen aber: Aufgrund der insgesamt prekären Situation ist das durchhaltbar.

Auf der anderen Seite müssen wir auch sehen, daß man nicht blindlings und ohne genaue Prüfung jeden Antrag einfach in die Welt setzt und akzeptiert. Herr Schneider, wir haben Hunderte von Anträgen genehmigt, auch das Landesjugendamt nach Prüfung durch den Gemeindeunfallversicherungsverband und die Gesundheitsbehörde. Wenn da einige – in der Summe sind das nicht mehr als 20 – zu zusätzlichen Nachfragen geführt haben, dann ist das ein verschwindend kleines Problem. Man sollte nicht so tun, als ob eine solche Zahl einen großen Aufwand auch rhetorischer Art rechtfertigt. Mit der Zahl von inzwischen 35 000 geförderten Kitaplätzen und in einem Jahr wahrscheinlich 45 000 geför-

derten haben wir einen ungeheuren Anreiz geboten, daß sich die Gemeinden und die Träger auch tatsächlich dazu haben bereithalten können, dies zu tun.

Der tatsächliche Druck, der entsteht, ist durch die Terminsetzung des Bundes entstanden, über den wir uns im nächsten Jahr noch einmal unterhalten werden. Insgesamt kommt jedoch keine Kommune darum herum, ihre gesamte Jugend- und Kinderpolitik in den nächsten zehn Jahren neu zu überdenken; denn neben dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sagt das KJHG gleichzeitig, daß es notwendig ist, einen bedarfsgerechten Ausbau sowohl der Krippen als auch der Horte vorzunehmen. Nach alledem, was wir wissen, ist der Bedarf ungefähr zwischen 20 und 30% pro Jahrgang anzusetzen. Das sind noch einmal gewaltige Summen, wenn das so bleibt.

Wenn das aber so bleiben soll, müssen alle Kommunen und alle Beteiligten, auch das Land, das zu einem Schwerpunkt der Politik werden lassen und auch bleiben lassen. Nichts anderes ist eigentlich der ganze politische Sinn dieser Debatte. Unsere Jugend und unsere Kinder sind, wie wir alle wissen, die Voraussetzung dafür, daß wir in vielen Bereichen auch dieses Jahrzehnt ordentlich bestehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Herr Professor Wernstedt.

Zum Schwerpunktbereich Bundes- und Europapolitik liegt mir bisher eine Wortmeldung vor, und zwar wiederum die des Kollegen Bannier von der Fraktion der FDP. Bitte schön!

Bannier (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Ausführungen zu den Änderungen machen, die die Fraktion der FDP zum Haushaltsplanentwurf des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten in ihren Antrag aufgenommen hat.

Es handelt sich hierbei zunächst um eine Personaleinsparung auf Ministerialebene. Seit 1990 ist die Zahl der Stellen im Bundesratsministerium von 153 auf 196, also um fast 30%, gestiegen. Leider kann man nicht sagen, daß die Effizienz der Interessenvertretung des Landes beim Bund und in Brüssel mit dieser enormen Aufstockung Schritt gehalten hätte. Eher das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Wir beantragen darüber hinaus, die Mittel zur Förderung des Europagedankens in Höhe des diesjährigen Ansatzes zu belassen, wie dies auch bereits vom Haushaltsausschuß gefordert worden ist.

Kürzungen werden von uns dagegen im Bereich der internationalen Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit beantragt, nicht, weil wir diese Aufgaben für unwichtig halten, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß sie in die Zuständigkeit des Bundes fallen und weil das Land zunächst die ihm eigenen Aufgaben finanzieren muß.

Draußen auf dem Flur können Sie eine Ausstellung über die Nazivergangenheit im Emsland besichtigen. Es ist gut, daß die Erinnerung daran so wachgehalten wird. Zu diesen Aufgaben gehört nach unserer Überzeugung aufgrund der besonderen geographischen Lage Niedersachsens auch, daß die Erinnerung an die Teilung Deutschlands wachgehalten wird.

(Beifall bei der FDP.)

Die FDP hat daher die Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung von Dokumentationen entlang der innerdeutschen Grenze in ihren Änderungsantrag aufgenommen. In den Bereichen Zicherie-Böckwitz, Duderstadt und Schnackenburg haben die Kommunen sowohl auf niedersächsischer als auch auf sachsen-anhaltinischer Seite Mittel aufgebracht, um Gedenkstätten zur Erinnerung an die Grenze und den SED-Unrechtsstaat zu errichten. Ohne die Hilfe des Landes wird dies jedoch nicht gelingen.

Ich weiß, daß in einem ersten hausinternen Entwurf des Haushalts auch Landesmittel für diese Projekte vorgesehen waren. Minister Trittin hat sie persönlich aus der Vorlage gestrichen und weist nun – wie könnte es bei dieser Landesregierung anders sein? – mit dem Finger nach Bonn.

Meine Damen und Herren, es ist hier bereits gesagt worden, daß die Nachfolgepartei derer, die den Stacheldraht, die Selbstschußanlagen und die Minen zu verantworten hatten, bei den Wahlen des vergangenen Wochenendes erschreckende Erfolge erzielen konnten.

Ich meine, auch vor diesem Hintergrund ist es unsere demokratische Pflicht, die Erinnerung an das zu erhalten, was sich in den vergangenen 40 Jahren an der innerdeutschen Grenze abgespielt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Unser Änderungsantrag trägt dem Rechnung. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben dagegen in dieser Frage versagt, muß ich sagen, und ein Versäumnis zu verantworten, für das Ihnen

auch die Menschen im ehemaligen Grenzgebiet kein Verständnis entgegenbringen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister Trittin faßt nun für die Landesregierung diesen Haushaltspunkt zusammen.

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer heute die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ gelesen hat, wird festgestellt haben, daß der Haushalt des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten geradezu vorbildlich ist.

(Zustimmung von Bruns [SPD].)

Unser Haushalt ist nämlich gegenüber dem Vorjahr um 5% gesunken. Wir sind das Ministerium mit der höchsten Einsparleistung.

Nun zu Ihren Änderungsanträgen, Herr Bannier. Das finde ich schon lustig. Erstens haben Sie angefangen, das, was bisher in diesem Hause unbestritten war, nämlich das gemeinschaftliche Engagement für Menschen in der Dritten Welt, in Frage zu stellen. Zweitens wollen Sie 2 Millionen DM bei der Hilfe für Hungernde im Sudan kürzen, um sich damit selber in Böckwitz ein Denkmal zu setzen. Diese Form von Politik, muß ich sagen, teile ich nicht.

(Zuruf von Frau Stoll [CDU].)

– Das ist so, wenn Sie den Haushaltsantrag sehen. Bei den einen nimmt er etwas weg, und bei sich vor der Haustür packt er etwas dazu. Das ist Wahlkreispolitik; nur menschlich ist das nicht.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

– Ich weiß aber um das Engagement von Herrn Bannier in seinem Heimatwahlkreis in Gifhorn. Da hat er ja die 400 000 DM, die er jetzt großzügig mit Duderstadt und Schnackenburg teilen will, allein für seinen eigenen Ort gefordert. Aber bitte schön, der eine wirtschaftet sich eben so in die Tasche und finanziert sich das dann so.

Zu den zentralen Punkten in Ihrem Haushaltsantrag haben Sie relativ wenig gesagt. Ich will bei dieser Gelegenheit etwas zu der Masse der Ausgabetitel in diesem Haushalt sagen.

Nach wie vor entfallen 70% der Kosten auf die Unterbringung und Finanzierung von Flüchtlingen. Meine Damen und Herren, es wird immer wieder gesagt, die Zahlen gingen zurück, es würde billiger werden. Ich muß an dieser Stelle festhalten: Wir ha-

Trittin

ben heute mehr Flüchtlinge als vor einem Jahr. Also haben wir auch mehr zu bezahlen. Das hat etwas damit zu tun, wie lange die Menschen hier sind. Jeder Monat, den jemand beispielsweise wegen eines unbearbeiteten Antrages hier ist, kostet das Land Niedersachsen 1200 DM. Sie können sich das selber auf das Jahr hochrechnen. Zur Zeit leben 74000 Asylbewerber in Niedersachsen, für die wir bezahlen müssen. Vor diesem Hintergrund finde ich es absolut unredlich, daß der Bund ungeachtet der Tatsache, daß beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach wie vor 335000 unbearbeitete Anträge liegen – 33000 Flüchtlinge davon leben in Niedersachsen –, nun darangeht, das Asylentscheidungszenrum hier in Hannover dichtzumachen, ein Zentrum, das dazu gedient hat, Verfahrensbeschleunigung zu betreiben. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Hier wird zu Lasten des Landes gespart; denn hier haben wir zu bezahlen, und das können wir nicht akzeptieren.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, nämlich eine Regelung, die uns in diesem Plenum noch beschäftigen wird. Es hat in der Tat eine Entlastung der Gemeinden gegeben. Zu dieser Entlastung hat der Bau von über 17000 Plätzen in Flüchtlingswohnheimen, bei dem sich das Land sehr engagiert hat, sehr viel beigetragen. Diese Entlastung ist aber nur ungenügend wirksam geworden, weil wir nach wie vor die Situation haben, daß eine wachsende Zahl von Flüchtlingen insbesondere aus Bosnien-Herzegowina hierher kommt. Ich kann es nicht verstehen, daß es, obwohl sich eigentlich alle darüber einig waren, daß dieser Personenkreis nicht ins Asylverfahren gehört, sondern daß es dafür einen eigenen Bürgerkriegsstatus geben muß, bis heute nicht gelungen ist, diese Menschen unter dem dafür vorgesehenen §32 a Ausländergesetz unterzubringen. Die Formulierung dieser Bestimmung ist ein Meisterwerk und zeigt, wie man schlechte Gesetze machen kann. Voraussetzung ist nämlich, daß jedes Land und der Bund einer solchen Aufnahme-Regelung zustimmen. Das Ergebnis ist: Jedes Land rechnet sich aus, ob es dadurch belastet wird oder nicht. Sie finden immer eines, das belastet wird, und Sie finden dann auch immer eines, das nein sagen wird. Was hier an Rechtsvereinheitlichung betrieben worden ist, geht a) zu Lasten der Flüchtlinge, weil sie nicht als Flüchtlinge, sondern als sonstige Ausländer betrachtet werden, und es geht b) zu Lasten der Gemeinden, die aufgrund dieser Verweigerung die Kosten zu bezahlen haben. Die von uns angestellten Überlegungen hinsichtlich einer Veränderung des Aufnahmegesetzes und dieser Regelung können dieses zentrale Manko, daß sich der Bund hier aus einer gesamtstaatlichen Aufgabe herauszieht, nicht rückgängig machen.

Ich will nicht auf alle Punkte aus unserem Bereich eingehen, will aber doch noch auf einen Punkt hinweisen: Das Problem der Aussiedlerinnen und Aussiedler ist nach wie vor ein Problem, das uns, wenn auch in sinkendem Maße, beschäftigt. In diesem Zusammenhang hat es Bemühungen des Bundes gegeben, die Grenzdurchgangslager in Friedland und Osnabrück-Bramsche, auf deren Existenz und Arbeitsfähigkeit wir weiterhin angewiesen sind, zu verkleinern. Es hat große Anstrengungen bedurft, aber wir können heute sagen, daß es uns gelungen ist, in den Verhandlungen mit dem Bund durchzusetzen, daß dieser Abbau von Betten, dessen Notwendigkeit wir anerkennen, nicht mit Entlassungen in diesen Grenzdurchgangslagern einhergehen wird.

Die internationalen Beziehungen sind einer der Bereiche, in denen die FDP Kürzungen vornehmen möchte. Wir können sagen, daß sich das, was das Land mit den Regionen Poznan, Wroclaw, mit Perm, mit Tyumen und Omsk angefangen hat, außerordentlich bewährt hat. Insbesondere das, was das Land selber – der Präsident kennt das gut; der hat dort einmal eine Bäckerei hingebacht –, anders als der Bund, machen kann, nämlich Aus-, Fort- und Weiterbildung, ist genau das, was dort in erheblichem Maße nachgefragt wird.

Ohne jedes Verständnis muß ich den Forderungen begegnen, 2 Millionen DM im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich vorhin so aufgeregt haben, dann müssen Sie auch einmal sagen, wo Sie kürzen wollen. Wollen Sie bei der Soforthilfe für die Kurden in Irakisch-Kurdistan ansetzen, wo wir übrigens als einzige, weil der Bund dort gar nicht helfen kann, in erheblichem Maße helfen? Wollen Sie die Wiederaufbauhilfe in Eritrea kürzen, in einem der ärmsten Länder dieser Erde? Dort kann man tatsächlich noch etwas machen, anders als im Sudan, wo aufgrund der Kriegsbedingungen außer Lebensmittelhilfe kaum etwas möglich ist. Ich muß Sie schon auffordern, Ihre Kürzungsabsichten ein bißchen zu konkretisieren.

In einem Punkt, Herr Bannier, glaube ich allerdings, daß dieses Haus einen gemeinsamen Standpunkt einnehmen wird. Ich glaube, wir können gemeinsam festhalten, daß es vor dem Hintergrund der kommenden Europawahl unsere Aufgabe ist, der Kampagne rückwärtsgewandter Kräfte entgegenzutreten, die eine Renaissance des Nationalstaates möchten, und deutlich zu machen, daß dies ein gefährlicher Schritt in eine falsche Richtung ist.

(Zustimmung von Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen].)

Ich meine, wir sind in dieser Situation gemeinsam gefordert, einer Renationalisierung von Politik, wie

sie beispielsweise von Herrn Stoiber gepredigt wird, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Es geht nicht nur um die Frage eines europäischen Bundesstaates. An diese Frage ist man vielleicht früher auch viel zu sehr romantisch herangegangen. Aber die Fehler Europas dadurch zu korrigieren, daß man die Fehler des alten Nationalstaates, der uns in zwei schreckliche Kriege hier in Europa gestürzt hat, wiederholen will, kann nicht der richtige Weg sein. Ich meine, für eine politische und demokratische Integration Europas gibt es keine Alternative.

(Zustimmung von Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen].)

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Es ist richtig, daß es ein Defizit in der Europäischen Gemeinschaft gibt. Wir bemühen uns nach Kräften, dem entgegenzuwirken, etwa über den Ausschuß der Regionen. Aber wir sollten aufhören, uns der billigen Übung zu unterziehen, die eigenen Fehler, die es gibt – der größte Teil der bürokratischen Regeln ist nicht von der EG-Kommission verbockt worden, sondern ist von nationalen Regierungen verbockt worden, die im Rat diese Richtlinien verabschiedet haben –, zum Anlaß zu nehmen, um bei passender Gelegenheit, wenn es denn mal unpopulär wird, auf die Eurokraten in Brüssel zu schimpfen. Das ist eine leichte, eine billige Übung; die sollten wir uns in Zukunft verkneifen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Herr Minister Trittin.

Ich rufe nun auf den Bereich Umwelt und Landwirtschaft.

(Aller [SPD] meldet sich zu Wort.)

– Dann haben Sie sofort das Wort. Der Minister hatte zwar eigentlich das Schlußwort; aber bitte!

Aller (SPD):

Ich will den Minister nur in einigen Punkten ergänzen, weil ich es schon für wichtig halte, daß hier noch einmal unterstrichen wird, daß das Land im Einzelplan 12 Entwicklungszusammenarbeit in einer Art und Weise finanziert, wie das in der Bundesrepublik wohl vorbildlich ist.

Gerade in Zeiten, in denen wir alle vom Teilen reden und bei uns das Geld knapper wird, ist es, glaube ich, wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese Landtagsmehrheit ein Zeichen der internationalen Solidarität setzen will, indem wir nämlich im Be-

reich der internationalen Zusammenarbeit mit dem Schwerpunkt auf Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht gekürzt haben, sondern ganz deutlich Akzentverschiebungen vorgenommen haben. Das geht einmal nach innen, d. h. in die niedersächsische Bevölkerung. Wir sagen dem VEN, dem Dachverband der developmentpolitisch tätigen Gruppen, ein Dankeschön, der es nämlich in den letzten Jahren geschafft hat, die engagierten Bürgerinnen und Bürger zusammenzubringen, die aus Niedersachsen heraus Entwicklungspolitik in kleinen Schritten machen, und zwar engagiert und mit wenig Geld, aber zunehmend erfolgreicher.

Das zweite ist, daß wir erkannt haben, daß sich im kirchlichen Bereich Entwicklungszusammenarbeit verankert hat und daß es Bemühungen um Integration, Reintegration und Betreuung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gibt, aber daß es hier auch Hilfestellung gibt, wenn es darum geht, gut Ausgebildete von Deutschland wieder in die Heimatländer zu bringen und dort die Aufbauleistungen mit zu unterstützen. Auch das haben wir in diesem Haushaltsplan sichergestellt.

Der dritte Punkt, den ich für ganz wichtig halte, ist, daß sich Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis bewähren muß. Deshalb weise ich ausdrücklich darauf hin, daß wir in diesem Haushaltsplan wiederum Mittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt haben. Unsere These ist: Entwicklungszusammenarbeit muß praktisch wirksam werden. Sie muß praktisch erfahrbar werden. Wer ständig vom Teilen spricht, der kann sich in Zeiten des knappen Geldes bewähren. Insofern können Sie sicher sein, Herr Trittin, daß dieser Teil Ihres Haushalts auch in Zukunft unsere volle Unterstützung hat. – Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Bereich Umwelt und Landwirtschaft auf. Zunächst hat der Herr Kollege Grill für die CDU-Fraktion das Wort zum Bereich Umwelt.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Aller, nach Ihrer Rede zur internationalen Solidarität, wo ich vom Grundsatz her überhaupt keine Einwände habe, frage ich mich allerdings, warum Sie unseren Antrag auf 500 000 DM für ein konkretes Projekt „Regenwald, Ökologie, Soziales und Menschen“ in klassischer Art und Weise mit wohlfeilen Forderungen abgelehnt haben, die

Grill

nichts kosten, und warum Sie nicht konkret gehandelt haben. Aber das ist nur eine Kleinigkeit im Zusammenhang mit dem Umwelthaushalt, den wir hier heute abend beraten.

Ich meine, der Umwelthaushalt – der letzte dieser Legislaturperiode – ist im Grunde genommen eine Peinlichkeit. Er ist deshalb peinlich, weil das, was die Umweltministerin persönlich, aber auch die Sozialdemokraten und Grünen am Anfang dieser Legislaturperiode im Wahlkampf verkündet haben – 5 % Anteil am Gesamthaushalt –, in immer weitere Ferne gerückt ist. Wenn man einmal die Zahlen nachrechnet, stellt man fest, daß nicht eine Steigerungsrate von 2,5 %, sondern von 0,01 % zu verzeichnen ist. Es ist schon eine schlimme Enttäuschung, wenn man hier zur Kenntnis nehmen muß, daß genau die Ökologie nicht den Vorrang bekommen hat, von dem Sie draußen dauernd große Reden halten. Es ist auch nicht erkennbar, daß dieser Haushalt und die Vorgängerhaushalte erkennbare Schwerpunkte wenigstens bei einem der Medien gesetzt haben, sondern am Ende bleibt festzuhalten, daß die alten Programme in einem nicht unwesentlichen Teil fortgesetzt worden sind. Mehr ist Ihnen dazu nicht eingefallen.

Peinlich ist auch, daß für Münchenhagen das Geld erst auf Druck zur Verfügung gestellt wurde, weil diejenigen, die vor der Wahl in Münchenhagen eine Auskoffierung durchführen wollten, heute noch nicht einmal das Geld für die Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Peinlich ist auch, daß sich Frau Griefahn beim Abwasser, beim Gewässerschutz und bei dem vielgerühmten Nordseeschutz allenfalls dort wiederfindet, wo sie vom Bund mehr Geld fordert, dem aber natürlich im gleichen Atemzug die Überschuldung vorgeworfen wird. Ihre Abwasserpolitik ist insofern peinlich, weil etwa die konzeptionelle Aufarbeitung der Gerechtigkeitslücke, die im ländlichen Raum bei den Abwasserbeiträgen und -gebühren besteht, bis heute nicht erfolgt ist und weil mit den zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln die Ansprüche im ländlichen Raum nicht voreinanderzukriegen sind.

Frau Griefahn, Ihr Haushalt gehört eigentlich unter den Artenschutz. Er steht auf der roten Liste, weil er vom Aussterben bedroht ist.

(Na, na! bei der SPD.)

Ich meine, daß wir heute abschließend feststellen können, daß Ihr Durchsetzungsvermögen hier und an vielen anderen Stellen mehr als mangelhaft ist.

Das Detail des Haushalts ist in der zentralen Auseinandersetzung um die Umweltpolitik in Niedersachsen vergleichsweise unwichtig. Es gibt einige grundsätzliche Unterschiede und unterschiedliche Grundauffassungen, auf die ich hier heute eingehen möchte.

Eine Frage in diesem Zusammenhang ist, wie wir es eigentlich mit der moralischen und ethischen Verantwortung der Industriegesellschaft und ihren Ausprägungen halten. Sind wir wirklich auf den Wandel eingestellt? Befördern wir ihn, wie hier permanent in Selbstbetrug behauptet wird?

Bei der Abwägung zwischen internationalen Verpflichtungen und der Frage, ob wir unseren eigenen Bürgern eigentlich das zumuten, was wir ihnen zumuten müßten, wenn wir unsere internationalen Verpflichtungen wirklich umsetzen wollen, besteht, meine ich, der Unterschied zwischen Ihnen und uns darin, daß Sie es sich einfach machen, indem Sie auf Produkte, Produzenten und deren Verantwortung und darauf hinweisen, daß die Adressaten für den ökologischen Wandel und die Frage des Verzichts die Wirtschaft, die Produzenten und im Zweifelsfall Herr Töpfer und die Bundesregierung sind. Dann jedoch, wenn es konkret um den Konsumenten geht, scheuen Sie die Auseinandersetzung bzw. die Einforderung dessen, was notwendig ist. Da ist nichts umgesetzt worden.

(Jüttner [SPD]: Nennen Sie mal ein Beispiel!)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Grill, Herr Jordan möchte Ihnen eine Frage stellen.

Grill (CDU):

Ich lasse keine Fragen zu, weil ich meine Zeit gerne ausschöpfen möchte.

Bei der Kernenergie geht es im übrigen nach der SPD-Devise wie in Schleswig-Holstein: Wer das Opfer sein will, wird selbst zum Täter. Der Konsument bleibt ungeschoren.

Sie fragen nach Beispielen. Ich will das an der Frage der Freizeitgesellschaft beweisen. In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages müssen wir festhalten, daß in der Freizeitgesellschaft die mittlere Entfernung bei den Wochenendfahrten auf 400 km zuwächst. Da stellt sich wirklich die Frage, ob wir es zulassen können, daß wir zwar den spezifischen Verbrauch um 10 % gesenkt haben, aber daß im gleichen Atemzug die Fahrleistung um 40 % steigt. Wir reden alle über diese Frage. Wir reden über die Frage der Verkehrsbelastung. Im Zusammenhang mit der Bilanz, die die SPD-Land-

tagfrac­tion dazu vorgelegt hat, kündigt sie zwar ein Gutachten an. Aber bei der Frage, was man in Bezug auf den einzelnen tun will, der als Kosument der Industriegesellschaft mindestens soviel Anteil an der globalen Frage wie das Wachstum der Weltbevölkerung hat, schlagen sich auch die Grünen lieber auf die Seite der sozialen Komponente als auf die Seite der ökologischen.

(Jordan [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht! – Adam [SPD]: Sind Sie mit dem Auto hier oder mit der Eisenbahn?)

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist der Anspruch, daß Sie mit dem, was Sie im Ökofonds angesiedelt haben, die Industriegesellschaft umbauen wollen, eine lächerliche Veranstaltung im Verhältnis etwa zu den 32 Milliarden DM Umweltinvestitionsförderung der Bundesregierung in den neuen Bundesländern. Die Dimensionen, die Sie für den Öko-Umbau der Industriegesellschaft in Anspruch nehmen, sind vom Finanziellen und vom Technisch-Wissenschaftlichen her in keiner Weise mit dem Anspruch in Deckung zu bringen, der hinter einer solchen Ansage steht.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen wir einmal gemeinsam den Ökofonds ausbauen? Sie wollen ihn doch abschaffen!)

– Herr Kempmann, ich will Ihnen das genau sagen: Diese Illusion, die Sie draußen verbreiten, daß der Ökofonds der ökologische Umbau der Industriegesellschaft sei, glauben Ihnen nur Leute, die den Haushalt nicht gelesen haben und die von der Sache keine Ahnung haben.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollen Sie denn mit dem Geld machen? Kennen Sie Ihre eigenen Änderungsanträge?)

Ich will Ihnen hier sagen, was ich machen will: Ich will eine Wirtschaftspolitik, die die Industriebetriebe in die Lage versetzt zu investieren, damit der ökologische Umbau von selbst läuft. Das, was Sie machen, ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der den Milliardensummen eines ökologischen Umbaukonzeptes in keiner Weise gerecht wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Ich habe es bewußt auf die Frage angelegt, ob wir bei den Herausforderungen unserer Zeit einen ökonomischen Kollaps, einen ökologischen Kollaps oder einen sozialen Kollaps in Kauf nehmen wollen.

(Jordan [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt einen Wettlauf!)

– Natürlich gibt es einen Wettlauf. Vor diesem Wettlauf drücken sich zur Zeit aber alle Parteien, da niemand die Härten der Entscheidungen, die dahinterstehen, tragen möchte.

Herr Jordan, die Grünen in diesem Hause haben nicht den ökonomischen Kollaps im Sinne, und sie haben auch nicht den ökologischen Kollaps im Sinn. Sie haben vielmehr immer wieder die soziale Komponente für vordringlich gehalten und sich der Schwierigkeit des Abwägens im Hinblick auf die Ökologie entzogen. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte das nur einmal an einem Beispiel deutlich machen. Sie haben kritisiert, daß Herr Töpfer die Beschlüsse von Rio nicht umsetze und nicht genügend stringent vollziehe. Mir liegt bis heute weder von den Grünen, noch von der SPD, noch von der FDP, noch von der CDU/CSU ein Vorschlag auf dem Tisch, der der Agenda 21 mit der Forderung, in 50 Jahren 80 % der Klimagase abzubauen, annähernd gerecht würde.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie wäre es mit einem Tempolimit am Anfang?)

Angesichts der Diskussionen, die in dieser Industriegesellschaft an vielen Stellen geführt werden, erkläre ich Ihnen, daß weder Sie noch wir im Moment ein Konzept haben, um der internationalen Solidarität Rechnung zu tragen, die von uns wirklich Teilen erfordert. Die Ansätze in dem Haushalt von Herrn Trittin sind Peanuts im Vergleich zu dem, was hinter dieser Frage steht.

(Jordan [Bündnis 90/Die Grünen]: Zustimmung!)

Frau Griefahn betreibt den Export der Risiken dieser Industriegesellschaft aus Niedersachsen heraus. Ich habe das nachgelesen. Frau Griefahn, Sie haben gesagt, die Kunststoffproduktion mit den damit verbundenen Schwierigkeiten sollte lieber exportiert werden. Ich habe das noch einmal nachgelesen: Das ist Ihre Forderung. – Das deckt sich mit Ihrer Einstellung zum Abfallexport. Über 50 % des niedersächsischen Sonderabfalls werden in außerniedersächsischen Anlagen entsorgt. Sie exportieren die Risiken! Sie wollen sie verlagern!

Frau Griefahn, Sie sind auf Schönberg angewiesen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im mecklenburgischen Landtag hat Herrn Jelen als Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern kritisiert, da dieser in Schönberg westlichen Abfall annimmt. Sie müssen sich nun endlich einmal entscheiden! Entweder hat Herr Klostermann in Mecklenburg-Vorpommern recht damit, daß es unverantwortlich sei, daß Herr Jelen Müll aus Nieder-

Grill

sachsen annimmt, oder Sie entscheiden sich endlich dafür, Schönberg nicht mehr in Anspruch zu nehmen, sondern mit dem niedersächsischen Müll selbst fertig zu werden. Nur eines von beiden ist moralisch wie politisch zu verantworten.

Sie können in der Auseinandersetzung – unabhängig von den Fragen des Haushalts – nicht beweisen, daß die Ökologie bei Ihnen sozusagen erster Sieger gewesen ist. Sie können auch nicht beweisen, daß Sie einen Ausgleich im Sinne von Harmonie erreicht haben. Vielmehr hat die Umweltministerin immer verloren: bei der Emsvertiefung, bei der Mercedes-Teststrecke, bei Europipe. Das Lob, das Herr Aller vorhin in seiner Haushaltsrede meinte aussprechen zu müssen, erfährt eine interessante Ergänzung in dem, was die Grünen in den letzten Tagen geäußert haben. Dabei handelt es sich z. B. um die Äußerungen von Frau Hoops, die in der „Celle-schen Zeitung“ wiedergegeben sind:

„Wir sind die Garanten dafür, daß der soziale und ökologische Umbau in Niedersachsen stattfindet.“

Am 22. November hieß es in der „Landeszeitung“:

„Viele Delegierte applaudierten begeistert, als die demnächst ausscheidende Landtagsabgeordnete Marion Schole in einer Art persönlicher Abrechnung sichtlich verbittert feststellt, Grüne seien nur noch ökologisches Mäntelchen einer nach rechts abdriftenden SPD. Mercedes-Teststrecke, Europipe im Nationalpark Wattenmeer, Müllpyrolyseanlage, Emsvertiefung, alle diese von den Grünen mitgetragenen Projekte hätten mit der proklamierten Versöhnung von Ökonomie und Ökologie nichts zu tun.“

Sie haben mir zum erstenmal aus der Seele gesprochen, Frau Dr. Schole.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Heißt das, daß die CDU jetzt gegen Europipe ist?)

Bei der konkreten Betrachtung der Umweltpolitik von Frau Griefahn sind zwei besondere Felder des Versagens zu kennzeichnen. Das eine ist die Abfallpolitik, und das andere ist die Energiepolitik. Frau Griefahn, es kommt selten vor, daß der Kollege Kempmann nickt, wenn ich Kritik an Ihnen übe.

(Waïke [SPD]: Das stimmt!)

– Deshalb muß ich mich fragen, ob ich etwas falsch gemacht habe.

(Waïke [SPD]: Das stimmt auch!)

Mit Ihnen, mit den Grünen, so hat Herr Bruns gesagt, wird es keinen Ausstieg aus der Kernenergie geben. In einem Vermerk über die abschließende

Besprechung wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das alle begriffen haben.

Bis zum heutigen Tag gibt es kein Programm, das der Ministerpräsident im November versprochen hat. Es wird auch nur eines mit einer Erhöhung des CO₂-Ausstoßes geben. Damit sind wir wieder bei Ihrer berühmten Art. Wenn ich Ihre Presseerklärungen zum Club of Rome lese, der im übrigen nicht nur über 20 Jahre, sondern konkret 25 Jahre alt ist, dann stelle ich fest, daß Ihrer Auffassung nach alle anderen dafür verantwortlich sind, daß sich das vollzieht, was der Club of Rome fordert. Sie zitieren den Club of Rome aber nur an den Stellen, an denen Ihnen das paßt. Wenn Sie den Club of Rome loben, dann sagen Sie doch einmal, wie eine Lösung aussehen müßte. Ich weise im Zusammenhang mit der Energiepolitik noch einmal auf die Agenda 21 hin. Sie betreiben eine Energiepolitik, die dieser Verantwortung nicht gerecht wird und in ihren Zahlen und ihren Auswirkungen von vorn bis hinten nicht stimmt.

Die „FAZ“ hat neulich getitelt: Das Opfer verlangt nach Nötigung. – Sie betreiben konkret Rechtsbeugung, und zwar an den Stellen, an denen die Genehmigungsentwürfe in Ihrem Haus vorliegen.

Was die Kernenergie angeht, so hat Frau Dückert verbittert festgestellt, daß eine wesentliche Zielsetzung rot-grüner Regierungspolitik gescheitert sei. Ich habe eine ganz bestimmte Position, für die ich auch öffentlich eintrete. Aber eines ist klar: Mit diesem Zitat belegt sich das, was wir von Anfang an behauptet haben. Sie sind in der Energiepolitik ausgewichen! Sie haben kein Ausstiegskonzept, und Sie werden am Ende dieser Legislaturperiode außer Ankündigungen in Sachen Energiepolitik und Ausstieg aus der Kernenergie nichts geboten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Kommen wir nun zum Abfall. Hierzu gibt es unterschiedliche Ansichten. Am 17. Januar 1991 hat Ministerpräsident Schröder vor der Industrie- und Handelskammer gesagt: Keine Abfallverbrennung, in den nächsten drei Monaten werden wir Deponiestandorte in Niedersachsen benennen. – Das wäre der 17. April 1991 gewesen. Wir haben mittlerweile den 7. Dezember 1993, meine Damen und Herren! Sie sagen: Da wir keine Müllverbrennung wollen, müssen wir Deponiestandorte ausweisen. Bis heute haben Sie aber keinen einzigen Deponiestandort ausgewiesen. Sie haben sich verweigert, und damit entziehen Sie sich der Notwendigkeit konkreter Entsorgung in einem Maße, wie dies nur der politische Opportunismus zuläßt. Entsorgung außerhalb Niedersachsens – weltmeisterlich im Export! Die niedersächsischen Kommunen laufen in den Notstand bzw. in die Müllverbrennung hinein;

mit Lob vom Ministerpräsidenten, mit Lob vom Landesvorsitzenden.

Ein Abfallwirtschaftsprogramm, wie es der Landtag einstimmig gefordert hat, liegt bis heute nicht vor. Wir werden in dieser Woche sicherlich erleben, daß unser Abfallgesetz mit der Forderung, daß das Land ein Abfallwirtschaftsprogramm auflegen muß – lassen wir die Verbrennung einmal außen vor – wieder abgelehnt wird. Sie haben das den Kommunen aufgedrückt! In der Stellungnahme des Landesamtes für Ökologie zum Abfallwirtschaftsprogramm des Landkreises Lüchow-Dannenberg hat dieses Amt geschrieben: Es gibt bis heute keine Vorgaben des Landes für die Abfallwirtschaftsprogramme.

Wenn Sie selbst kein Abfallwirtschaftsprogramm vorlegen, es von anderen aber fordern und damit im Gegensatz zu Ihrem Bundesratsantrag stehen, dann geben Sie den Landkreisen doch wenigstens eine grobe Linie für die Abfallwirtschaft vor. Sie können das aber nicht, weil Sie handlungsunfähig sind.

Sie sind in diesen beiden klassischen Feldern, auf denen Sie so vieles angekündigt hatten, gescheitert.

Wir haben unsere Alternativen vorgelegt. Was immer Sie davon halten, eines bleibt festzustellen: Mit dem Argument dieser Landesregierung, das sei Verschwendung von Steuergeldern – ausgerechnet Sie müssen über die Verschwendung von Steuergeldern reden –, sind in diesem Hause von der Mehrheit Anhörungen zum Bereich Abfall und zum Bereich Energie einfach abgelehnt worden, entgegen aller parlamentarischer Spielregeln.

Im übrigen hat Harald B. Schäfer in „Sieg Tech“ Nr. 18 von 1993 in dankenswerter Offenheit erklärt:

„Schäfer selbst hält es durchaus für möglich, daß unter SPD-Verantwortung der letzte Atommeiler noch 15 bis 20 Jahre am Netz bleibt.“

Deswegen werden wir nach der Wahl, am 14. März, erleben, daß die SPD in Sachen Kernenergie genau das tut, was wir immer erwartet haben. In Sachen Abfall wird sie voll auf die Verbrennung gehen, weil ihr etwas anderes überhaupt nicht bleibt. Wenn der Unterschied zwischen uns sein sollte, daß Sie die Fähigkeit zur Utopie, wir aber nur die Fähigkeit zum schrittweisen Handeln haben, bekenne ich mich zu diesem Unterschied ausdrücklich; denn mir ist es lieber, in kleinen Schritten ökologische Probleme zu lösen, als mit der Utopie die konkrete Lösung heute zu verhindern.

(Beifall bei der CDU.)

Wie hat Frau Hoops am 13. Oktober 1993 in Hützel zur Frage der Kampfmittelverbrennung gesagt?

„Lieber nicht verbrennen, sondern in einem Salzstock einlagern.“

(Frau Hoops [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

– Es gibt mehrere Zeugen dafür. Ich habe es mir dreimal bestätigen lassen.

(Frau Hoops [Bündnis 90/Die Grünen]: Das paßt doch überhaupt nicht zum Thema!)

Mich überrascht das überhaupt nicht, denn das ist die klassische Art, wie Sie die Probleme vor sich herschieben.

(Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen.)

– Lassen Sie mal, meine Damen und Herren. Ich habe mit fünf Leuten gesprochen, die mir diese Aussage bestätigt haben. Da sitzt Gustav Isernhagen, der mit Ihnen auf dem Podium gesessen hat.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren: Von der groß angekündigten ökologischen Offensive einer rot-grünen Koalition ist nur eines übriggeblieben: Sie haben die Probleme auf morgen verschoben. Sie leben in einer Welt der Scheinlösungen. Konkret haben Sie der Ökologie in Niedersachsen nicht geholfen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Jüttner spricht jetzt für die SPD.

Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Dr. Stratmann [CDU]: Setzen, fünf!)

– Ich fange erst an, Herr Stratmann. Seien Sie vorsichtig!

Wir haben 1990 – das ist uns damals auch bestätigt worden – ein ehrgeiziges Koalitionspapier verfaßt. Dies ist fast vollständig abgearbeitet worden. Defizite in der Umsetzung gibt es nur in dem Bereich der Atompolitik. Da können wir uns schnell darüber verständigen, woran das liegt.

(Kempmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glaube ich nicht!)

Das liegt nicht daran, Herr Kollege Kempmann, daß Sie oder das Ministerium unter der Leitung der Ministerin und des Staatssekretärs nicht genug getan haben, sondern daran, daß der rechtliche Handlungsrahmen maßgeblich beschränkt und von daher der Spielraum des Landes drastisch reduziert worden ist. Dadurch ist, weil wir uns im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit bewegen, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung nachträglich hochgra-

Jüttner

dig erschwert worden; das ist nicht zu bestreiten. Aber ansonsten kann sich das, was abgearbeitet worden ist, sehr wohl sehen lassen.

Ich denke schon, daß der Ansatz von Herrn Grill, das Ganze als grundsätzliche Herausforderung zu begreifen, der Sache angemessen ist. Zumindest ist Herr Grill so gestartet; gelandet ist er dann etwas flacher.

(Schack [SPD]: Wie immer!)

Wegen der Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und der Konfliktlagen im ökonomischen, sozialen und ökologischen Bereich stellt sich der Aufwind und der Rückenwind, den Umweltpolitik 1990 noch hatte, heute wegen der drängenden sozialen Probleme komplizierter dar. Für die Sozialdemokratie gilt, daß sie sich dem nicht entziehen kann und auch nicht entziehen will. Problemlösungen müssen vorrangig den Menschen eine Perspektive geben. Das hat der Ministerpräsident heute zu Recht in den Mittelpunkt gestellt. Aber gerade weil das so ist – auch das hat er deutlich gemacht –, müssen die Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker aller Fraktionen intervenieren.

Eine gute Umweltpolitik befaßt sich heute vor allem mit der Art und Weise der Entstehung des Verbrauchs von Produkten. Wer eine solch ehrgeizige Umweltpolitik leistet, schafft die Voraussetzungen für angemessene Lebensumstände morgen. Deshalb ist gute Umweltpolitik sinnvolle Wirtschaftspolitik und muß deshalb auch durchgesetzt werden.

Wir müssen uns der Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen bewußt sein. Entscheidungen, die wir heute treffen, gehen weit über den regionalen und zeitlich von uns beeinflussbaren Rahmen hinaus. Natur und Landschaft können nicht aufschreien, wenn wir ihnen auf die Füße treten. Politik muß stellvertretend für sie tätig werden.

Mit der Verstärkung der Umweltpolitik geht eine Überschreitung von Grenzen im Sinne von Vernetzung und Ganzheitlichkeit einher. Eine isolierte Betrachtungsweise hilft uns hier nicht weiter. Vor diesem Hintergrund muß es Aufgabe der Umweltpolitik auf allen Ebenen sein, die bestehenden Handlungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen, und zwar nicht nur, um der eigenen Verantwortung gerecht zu werden, sondern auch, um diejenigen, die nicht täglich mit Politik zu tun haben, zu motivieren, sich in ihrem Alltagsverhalten ökologischer zu benehmen.

Ich muß ganz deutlich sagen: In den letzten Jahren wurde kein gravierenderer Schlag gegen das ökologische Alltagsverhalten geführt als die Art und Weise, in der wir gegenwärtig die Verpackungsverordnung in Deutschland praktizieren. Das ist ein riesi-

ger Rückschritt. Wir werden das noch in dieser Woche im Zusammenhang mit der Großen Anfrage diskutieren. Es ist Aufgabe der Politik, durch eigenes Verhalten das Verhalten der Bevölkerung, die oft viel weiter ist, als wir unterstellen, nicht zu konterkarieren.

Herr Grill hat recht, wenn er hinsichtlich der Beschlüsse von Rio zu einer kritischen Einschätzung kommt. Das hat die Journaille zur Genüge beschrieben. Angesichts der internationalen ökologischen Herausforderungen sind unsere Antworten eher halbherzig. Aber wir – und da widerspreche ich Ihnen mit aller Entschiedenheit, Herr Grill – versuchen wenigstens, den politischen Rahmen einigermaßen auszuschöpfen.

(Grill [CDU]: Die Stelle müssen Sie mir zeigen!)

Wenn man sich ansieht, zu welchen landespolitischen Themen Sie, Herr Grill, in den letzten Jahren hier aufgetreten sind: Wir können Ihnen nachweisen, daß überall dort, wo es darum ging, Teilhabe und Mitsprache zu organisieren und neue Standards festzuschreiben, Sie und Ihre Fraktion mit Nein gestimmt haben. Vor dem Hintergrund wirken Ihre philosophischen Überlegungen etwas lächerlich; das muß ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen. – Grill [CDU]: Das war ein ganz schwacher Beifall.)

– Das machen wir dann im Gesamtbeifall deutlich.

Schauen Sie sich einmal an, wie sich die Situation dort darstellt, wo Sie etwas zu sagen haben; demnächst sind Sie ja in Bonn dabei, aber da haben Sie dann nichts mehr zu sagen. Sie sind doch Vorsitzender des Bundesfachausschusses. Was passiert denn gegenwärtig im Bundesgebiet mit den zentralen Umweltmedien? Ihre Leute haben im Oktober dieses Jahres festgelegt, der gesamte Bereich Naturschutz auf Bundesebene wird für diese Legislaturperiode abkassiert. Sie müssen einmal ein Wort dazu sagen, welche politischen Konsequenzen das hat. Sie haben das nicht gemacht, weil Sie nicht wissen, was man aufschreiben könnte, sondern weil Ihre Umweltpolitiker angesichts der Widerstände, die insbesondere aus dem Bereich der Landwirtschaft deutlich geworden sind, eingeknickt sind. Sie müssen hier deutlich sagen, wann die abfallpolitischen Überlegungen, die Töpfer mitunter aus der Schublade holt, in Gesetze gegossen werden.

Ich stelle fest: Überall, wo es um ehrgeizige Umweltpolitik geht, bleibt in Bonn alles hängen. Dort, wo es darum geht, durch Politik in anderen Politikbereichen umweltpolitisch unverträglich zu sein, erzielen Sie Erfolge aus Sicht der Bundespolitik.

Rechnen Sie uns doch einmal vor, was der Bundesverkehrswegeplan für die Umweltpolitik bedeutet. Das sind doch spannende Geschichten. Da hätten Sie doch intervenieren und deutlich machen können, daß andere Akzente gesetzt werden müßten. Da habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Sie haben dann die zentrale Frage aufgegriffen, wieviel Prozent des Haushalts für den Umweltbereich reserviert werden müßten.

(Dr. Stratmann [CDU]: Nach Ihrer Meinung!)

– Nach unseren Vorstellungen hat dieser Betrag gesteigert werden sollen. Ursprünglich haben wir von 5 % gesprochen. Der Kollege Grill hat nun recht. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Wir dümpeln weiterhin zwischen 2 % und 3 %. Das muß sicherlich kritisch vermerkt werden; es sei denn, man geht in eine Perspektive hinein, die Frau Tewes schon im letzten Jahr in ihrer Haushaltsrede dokumentiert hat. Das heißt, man sollte nicht nur vom Umweltressort ausgehen, sondern von einem ökologischen Gesamtdenken. Dann kann man sehr schnell feststellen, daß auch in anderen Einzelplänen des Landeshaushalts Mittel für den Umweltbereich enthalten sind. Das sind nicht nur der Ökofonds, neue Forschungsansätze, die über das Wissenschaftsministerium laufen, und Ansätze der Umweltbildung im Kultusministerium, wo die ökologische Umsteuerung in Niedersachsen praktisch organisiert wird.

Ich sage Ihnen noch eines: Angesichts der Logik in Ihrer Argumentation sollten wir einmal darüber reden, daß Unterlassung mitunter auch ein sinnvolles umweltpolitisches Ziel sein kann. Ich möchte das einmal ganz deutlich sagen. Ich ändere nichts am Gesamthaushalt, wenn ich im Bereich der Gemeindeverkehrsfinanzierung Mittel vom Straßenbau auf den Radwegebau verlagere. Gleichzeitig verbessere ich damit aber das Klima in Niedersachsen. Wenn ich im Landes-Raumordnungsprogramm nun Bodenabbaumaßnahmen zurücknehme, dann kostet mich das im Landeshaushalt keine Mark. Ich verbessere damit aber eindeutig die Qualität des Grundwassers in Niedersachsen. Das sind die Punkte, durch die die ökologischen Medien real berührt werden. Deshalb kommt es meiner Meinung nach nicht nur darauf an, wieviel Geld ich für eine Maßnahme eingesetzt habe, sondern vielmehr darauf, welche praktische Politik ich betreibe. Unterlassung ist nicht Nichtstun, sondern die politische Gewichtung des Tuns.

Wir haben weiterhin für das Prinzip der Beteiligung gestritten. Auch diesbezüglich ist die Opposition

besonders zurückhaltend. Wir haben das am Beispiel Múnchehagen erprobt. Ich glaube, mit Erfolg. Beim Hafenschlick ist das nicht ganz so problemlos abgelaufen. Wir werden in dieser Woche aber auch noch über die Novelle des Abfallgesetzes diskutieren, mit der für den Bereich der Altlasten Projektbeiräte vorgesehen sind. Wir haben die Beteiligung der Verbände in das Naturschutzgesetz aufgenommen. Übrigens gegen die Stimmen der Opposition, obwohl sie sich doch so stark macht für eine offene Umweltpolitik. Wir haben ferner das Verbandsklagerecht eingeführt. Also: Mit uns findet eine Beteiligung an der Umweltpolitik statt.

Um das noch einmal am Beispiel des Naturschutzes zu dokumentieren, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Wir können Ihnen sehr wohl nachweisen, daß der Personalbereich in den letzten dreieinhalb bis vier Jahren verstärkt worden ist, was absolut notwendig und überfällig war. Außerdem werden unsere Ziele der Ausweisung von naturbelassenen Flächen im Landes-Raumordnungsprogramm abgesichert. Die Programmittel für Naturschutzprogramme sind deutlich gesteigert worden. Neue Konzepte wie z. B. Naturschutzstationen sind auf den Weg gebracht worden. Schließlich wird in Niedersachsen mit Beginn des Jahres 1994 der zweite Nationalpark eingerichtet. Der dritte befindet sich weiterhin in der Vorbereitung. Das ist mehr, als wir vor Jahren selbst geschätzt haben. Das heißt: Mit Rot-Grün hat der Naturschutz in Niedersachsen einen massiven Schritt nach vorn getan.

Auch im Abfallbereich habe ich für die nächsten Monate ein politisches Ziel:

(Dr. Stratmann [CDU]: Bis zur Wahl ungehorsam davonzukommen!)

Ich wünsche mir, daß die Opposition endlich aufhört, hier diese überflüssigen Anträge einzubringen, weil ich langsam keinen mehr finde, der dazu noch reden will. Wir haben nun wirklich alles schon zigmal durchgekaut. Es ist praktisch kaum noch etwas offen. Es ist aber auch schon fast alles geregelt. Mit der Novelle zum Abfallgesetz, die übermorgen eingebracht werden soll, wird der Altlastenbereich geregelt. Der Hausmüllbereich ist schon weitestgehend organisiert. Ich bestreite doch nicht, Herr Grill, daß bei der Umsetzung noch einiges offen ist. Wir können gern einmal darüber reden, was mit dem Müllexport ist. Ich kann Ihnen gern auch noch einmal die Briefe vorlesen, die von Remmers zur Frage der perspektivischen Nutzung von Schönberg geschrieben worden sind. Das alles hat doch einen langen Vorlauf.

(Grill [CDU]: Das bestreite ich doch gar nicht! Sie haben mir nicht zugehört, Herr Jüttner!)

Jüttner

Wir können gern auch einmal über die Frage diskutieren, in welchem Umfang die niedersächsische Industrie ihre Abfälle aus finanziellen Gründen in den neuen Bundesländern entsorgt.

(Grill [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, danke, ich möchte zunächst zu Ende vortragen.

(Grill [CDU]: Das glaube ich Ihnen gern. Sie haben Angst vor der Wahl!)

– Ja, ich habe Angst vor Ihnen, Herr Grill. Das ist eine meiner größten Befürchtungen.

(Zuruf von Grill [CDU].)

– Nein, nein, nein. Sie müssen wissen, daß ich einen Anschlußtermin habe. Deshalb kann ich mich jetzt nicht von Ihnen aufhalten lassen.

Natürlich gibt es Probleme beim Müllexport. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Die Hauptprobleme sind durch die Verpackungsverordnung jetzt gerade organisiert worden. Die Vertreter der Kunststoffindustrie haben uns vor kurzem einmal erzählt, wie das mit den Verträgen mit China und anderen Ländern aussieht. Das sind die Konsequenzen der Bundesverpackungsverordnung. Ich halte das, was an dieser Stelle gemacht worden ist, für fatal. Von daher meine ich, daß hier noch eine Ecke zu tun ist. Die rechtlichen Voraussetzungen sind gegeben. Bezüglich des Abfallwirtschaftsprogramms werden wir im Januar noch darüber reden müssen, wie wir den Bereich Siedlungsabfall auf Landesebene umsetzen können.

Was hat der Landtag selbst in den in den letzten Monaten geführten Beratungen noch geändert? – Ich möchte erstens auf Münchenhagen hinweisen. Die von Herrn Grill diesbezüglich gemachte Aussage ist absolut falsch. Wir haben gesagt: „Wir werden die Sicherung gewährleisten.“ – Die zwischenzeitliche Zurücknahme der Gelder basierte auf der Fortschreibung des Sicherungskonzeptes. Als dieses geändert wurde, haben wir den Finanzbedarf wieder angepaßt. Es hilft überhaupt nichts, hier solche Gerüchte in die Welt zu setzen. Sie werden selbst in der Aufgeregtheit vor Ort nicht geglaubt. Das wissen Sie auch.

(Grill [CDU]: Deshalb waren die bei uns!)

– Ja, bevor das im Ausschuß beschlossen worden ist.

(Zuruf von Grill [CDU].)

Zweitens haben wir im Rahmen der Umsetzung eines Beschlusses des Landtages den Arbeitsschutz im Landesamt für Ökologie verstärkt, was sicherlich dringend notwendig war.

Drittens haben wir – auch darüber werden wir morgen noch diskutieren – ausführliche Debatten über das Wassergesetz geführt. Wir haben die ursprünglichen Überlegungen der Landesregierung zurückgenommen, den Rechtsanspruch beibehalten und durch Erhöhung des Sockelbetrages die Verbände selbst mit in die Pflicht genommen. Wir raten Ihnen dringend an, durch entsprechende Rahmenpläne zu gewährleisten, daß dort auch ökologische Maßnahmen praktiziert werden können.

Viertens haben wir gewährleistet, daß die Finanzierung der Umweltverbände fortgesetzt werden kann. Jetzt werden wir das auf der Basis eines langfristig geltenden Gesetzes noch einmal untermauern.

Fünftens haben wir den neuen Nationalpark Harz mit den notwendigen Mitteln gestärkt, so daß auch dort eine Arbeitsperspektive vorhanden ist.

Herr Grill hat gesagt, Frau Griefahn habe immer verloren. Er hat dafür Beispiele aufgezählt. Gerade im Hinblick auf die Mercedes-Teststrecke verweise ich aber auf den Beitrag von Frau Dr. Schole hier im Landtag. Sie hat den gefundenen Kompromiß hochgradig gelobt. Zu Recht übrigens; denn der Kompromiß bezüglich der Mercedes-Teststrecke ist aus der Sicht des Naturschutzes auch heute noch als großer Erfolg zu bewerten. Das gilt auch für andere Fälle. Ich glaube, Frau Griefahn hat in der Landespolitik und weit darüber hinaus deutlich gemacht, in welcher Weise in der SPD ökologische Fragen aufgegriffen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Daß die Grünen das nicht immer in der angemessenen Weise würdigen – insbesondere auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz nicht –, schmerzt mich nicht. Ich habe nichts anderes erwartet, weil auch die Grünen nicht frei sind von taktischen Überlegungen. Sie glauben, auf diese Weise reüssieren zu können. Das aber wird erfolglos bleiben. Das ist nicht ihr Problem. Das werden wir sicherlich intern lösen können. Ich habe jedenfalls allen Anlaß, mich bei der Ministerin und beim ganzen Umweltministerium für die Arbeit, die dort geleistet worden ist, zu bedanken.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden den ökologischen Umbau der Gesellschaft sicherlich auch nach dem 21. Juni für weitere vier Jahre fortsetzen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Jetzt hat Herr Dr. Hruska das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich ist diese rot-grüne Landesregierung mit einer großen Erwartungshaltung in der Bevölkerung – ob zu Recht, werden wir zu bereden haben – gerade in dem Bereich Natur- und Umweltschutz angetreten. Hier ist den Grünen recht zu geben, daß diese Erwartungshaltung nicht erfüllt worden ist.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Jüttner, Sie haben den Bereich „Ausstieg aus der Kernenergie“ als einzigen genannt, in dem sich diese Erwartungshaltung nicht erfüllt habe, und Sie wollten dann die anderen Dinge aufzählen, bei denen es zu einer Erfüllung der Koalitionsvereinbarung gekommen sei. Ich habe aufmerksam zugehört: Wo die positiven Meldungen waren, habe ich nicht vernommen. Sie sind auf andere Gebiete ausgewichen, um etwas Positives zu sagen; das betraf aber nicht den Bereich des Haushalts der Umweltministerin.

Was den Ausstieg aus der Kernenergie angeht, so brauche ich keinen Hehl daraus zu machen, daß ich nicht zu denen gehöre, die ihn in der nächsten Zeit, in den nächsten 20 oder 30 Jahren, für realistisch halten. Aber dennoch, Sie müssen sich messen lassen an dem, was Sie vorgeführt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Und da liegt bisher eben wirklich nur die Ankündigung vor und nichts anderes.

Sie schieben dann einiges auf den Bundesumweltminister und die Zuständigkeit dort. Aber auch in Ihrem eigenen Bereich machen Sie keine Vorschläge und gehen in der jetzigen Situation weiter, wie sie ist.

Im täglichen „Holzmindener Anzeiger“ von heute habe ich gelesen, daß das Umweltministerium die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben schnellstmöglich genehmigen will; es gebe überhaupt keine Hinderungsgründe für die Genehmigung; von der Sache her sei alles klar, und rechtlich sei auch alles klar; also müßte die zweite Teilgenehmigung schnellstmöglich erteilt werden ohne weitere Befragung und ohne weitere Beteiligung anderer. Dies hat mich schon überrascht, weil ich davon ausgehe, daß es im Zusammenhang steht mit dem, was Sie zu Gorleben und zu der Endlagerung und auch zu der Konditionierungsanlage in Gorleben sagen. Aber das müssen Sie dann mit Ihrer Ministerin ausmachen.

Die größten Versäumnisse liegen sicherlich in der Abfallpolitik.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn Sie sagen, daß Sie jetzt kurz vor Ende der Legislaturperiode ein Konzept vorlegen wollen, dann zeigt das, daß Sie nicht mehr die Absicht haben, in der Abfallpolitik etwas zu verwirklichen. Es ist wirklich nur das Konzept.

(Jüttner [SPD]: Das Abfallgesetz gilt schon zwei Jahre!)

Sie haben sich selbst ein Bein damit gestellt, daß Sie auf thermische Behandlung völlig verzichten, aber Alternativen dazu nicht haben und nicht nachweisen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Auch in dem übrigen Bereich der Abfallpolitik, bei den Altlasten, kommen Sie nicht weiter. Für den wichtigen Punkt Münchehagen, über den wir, als Sie noch in der Opposition waren, zum Teil gleichermaßen gestritten haben, daß etwas mit der Auskoffnung geschehen muß, standen zumindest, als die Regierungsvorlage kam, die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung. Daß Sie einsichtig waren und einiges dazugelegt haben, ist gut; es reicht aber noch nicht aus. Die FDP-Fraktion hat hierfür allein 19 Millionen DM mehr beantragt.

(Beifall bei der FDP.)

Überhaupt haben wir wohl in keinem Haushalt – und das zeigt die Schwäche dieses Haushalts der Umweltministerin – so viele Einzelpositionen geändert wie im Einzelplan 15, wo es über 20 Positionen sind, bei denen wir eine Änderung vorschlagen. So schlagen wir eine Änderung z.B. bei der Bewirtschaftung landeseigener Flächen zugunsten des Naturschutzes vor: 2 Millionen DM mehr statt Ankauf. Wir sehen, daß an einigen Stellen Flächen angekauft sind, mit denen aber nichts geschieht und die nicht entsprechend gepflegt und nicht entsprechend für den Naturschutz behandelt werden, so daß es uns sinnvoller erscheint, diese schon vorhandenen Flächen zu behandeln.

Wir haben für den Bereich „Sauberes Wasser in der Elbe“ 5 Millionen DM beantragt. Hier stimmen Sie zwar einem Teil unseres Antrags zu, haben aber keine Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Diese Finanzmittel brauchen wir. Wenn wir – der Bereich Hafenschlick ist mit besprochen worden – den Hafenschlick in Hamburg dekontaminiert dort haben wollen, dann müssen wir an der Quelle anfangen, und dann müssen wir Geld dafür ausgeben; deshalb hier 5 Millionen DM mehr.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, ich kann in der Kürze der Zeit nicht zu allen Positionen, die wir verändern wollen, etwas sagen. Einsparungen schlagen wir vor allen Dingen in den Bereichen vor, in denen es um Gesabbel geht statt um Taten, wo Sie Kommissio-

Dr. Hruska

nen einrichten, die zusammensitzen und planen, aber dann nicht zu Konzepten kommen. Auch da haben Sie gezeigt, daß Sie mit dieser Vorgehensweise nicht vorankommen. Wenn es solche Gremien gab, sind sie hinterher zum Teil ohne Ergebnis wieder auseinandergegangen. Dafür brauchen wir kein Geld im Haushalt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Da können wir sparen und das Geld für konkrete Punkte ausgeben.

Gerade das, meine Damen und Herren, wofür die Landesregierung Erwartungen im großen Stil in der Bevölkerung geweckt hat, ist ihr voll mißlungen: Im Umweltbereich hat sie nichts erreicht. Sie hat Ankündigungen gemacht, die sie irgendwann einmal erfüllen will, aber sie hat es schon aufgegeben, das in dieser Legislaturperiode zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Dr. Schole, Sie haben jetzt das Wort.

Frau Dr. Schole (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Umweltpolitik hat unter dieser Landesregierung an Bedeutung zugelegt und ein deutliches Profil bekommen. Ich meine damit nicht das Bild von einer Politik der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, wie es heute so gern gebraucht wird, wobei sich die Frage stellt, inwieweit solch ein Bild überhaupt politisch umsetzbar ist und zutreffend sein kann. Aber daß die Interessen und Ansprüche des Umwelt- und Naturschutzes heute klar dargelegt und den Interessen der Wirtschafts- und Sozialbereiche in einem ehrlichen Abwägungsprozeß gegenübergestellt werden, stellt durchaus eine neue Qualität der Auseinandersetzung dar.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Umwelt- und Naturschutz fallen im Abwägungsprozeß heute nicht mehr hintenrunter, weil sie nicht ernst genommen werden, sondern sie erfahren in der Entscheidungsfindung eine stärkere Gewichtung. Das bedeutet in der Praxis natürlich auch, daß die Ansprüche des Umwelt- und Naturschutzes im Einzelfall zurückgestellt oder anderweitig kompensiert werden. Sie alle kennen solche Projekte, meine Damen und Herren. Die offene politische Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Ansprüchen wird immer ein Balanceakt bleiben, gerade weil es eine sehr schwierige Frage darstellt, ob bestimmte Grundwerte, die

den Schutz unserer Lebensgrundlagen ausmachen, überhaupt disponibel sind.

In diesem Spannungsfeld der Umweltpolitik haben wir es uns nicht leicht gemacht. Aber wir haben dies angenommen, und wir haben darin Positives geleistet, bei aller Kritik in Einzelfällen.

Ich denke, meine Damen und Herren, daß diese Bewertung, über die ich nachgedacht habe, bevor ich sie vorgetragen habe, doch etwas differenzierter und sinnvoller ist und etwas mehr aussagt als das, was von seiten der CDU und der FDP gekommen ist, was den Problembereich der Entscheidungen über solche schwierigen Fragen betrifft.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Beispiele benennen, in denen wir Erfolge vorweisen können. In der Abfallpolitik z. B. haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die Restmüllmengen konsequent zu reduzieren und verwertbare Anteile in die entsprechenden Wege einzuweisen. Eine intelligente Technik der Abfalltrennung, -sortierung und -aufarbeitung ist der Weg, den wir politisch und finanziell in diesem Lande propagiert und gefördert haben.

Ziel ist eine differenzierte und überschaubare Abfalltechnik, die von den Kommunen finanziell und organisatorisch zu händeln ist und – das ist ebenfalls wichtig – Arbeitsplätze vor Ort schafft. An den Abfallbilanzen der Landkreise läßt sich ablesen, daß diese Politik erfolgreich war. Inzwischen werden Grünabfälle in Niedersachsen fast flächendeckend verwertet. Bioabfallkompostwerke sind bereits gebaut bzw. befinden sich im konkreten Planungsstadium. Das Land hat Pilotprojekte finanziell gefördert. Bauschuttrecycling wird von allen entsorgungspflichtigen Körperschaften betrieben. Die Abfallgebühren werden inzwischen überall nach der Menge des zu entsorgenden Restmülls erhoben. Auch eine konsequente Abfallberatung hat die Menge des anfallenden Gewerbemülls deutlich reduziert.

Wir Grünen haben in dieser Koalition viel von dem erreicht, was wir uns in der Abfallpolitik vorgenommen haben. Was die Restmüllbehandlung betrifft, haben wir die gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für alternative Verfahren geschaffen, so daß keine Kommune in die Gesamtmüllverbrennung einsteigen muß. Wenn sie es trotzdem will, werden wir sie nicht daran hindern können, aber es wird jeder, der dies möchte, mit den ökonomischen und ökologischen Bilanzen vor den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen müssen.

(Jordan [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch wenn sie Sozialdemokraten sind!)

Der Weg, die Abfallentsorgung den Energiekonzernen zu überlassen, die mit Großinvestitionen in Verbrennungsanlagen in einen scheinbar sicheren Gebührenmarkt drängen, kann nur in eine Sackgasse führen. Welche Sackgasse das ist, läßt sich an den Vorgängen um das Duale System Deutschland deutlich aufzeigen. Es zeigt sich, daß ein Zuviel an Abfällen mit Mechanismen des Marktes nicht zu reduzieren ist. Die Vielfalt der Verpackungsmaterialien läßt sich über das System schon gar nicht beeinflussen. Eine Problemlösung über den Weg der Verwertung ist nicht machbar. Es ist deshalb absolut konsequent, daß Töpfers Entwurf für die Novellierung der Verpackungsverordnung keine Einsparung von Energien und Rohstoffen, sondern die weitgehende Vernichtung über die Verbrennung der Verpackungsmaterialien vorsieht. Der ursprüngliche politische Ansatz, die Produzenten in die Verantwortung für ihre Produkte zu nehmen, ist von Töpfer aufgegeben worden. Die geplante Novellierung der Verpackungsverordnung ist die abfallpolitische Bankrotterklärung dieser Bundesregierung.

Ich denke, wenn hier über Abfallpolitik gesprochen wird, über Abfallexporte gesprochen wird, sollte man auch darüber reden, was das DSD an Abfällen exportiert. Das ist weit mehr, als es verwertet. Ich meine, wenn man von abfallpolitischer Bankrotterklärung spricht, dann sollte man sich auch einmal das DSD und die Verpackungsverordnung von Töpfer ansehen, und dann sollte man sich auch einmal auf Bundesebene umsehen, wie da die Umweltpolitik gemacht wird. Eine von der Produktion abgekoppelte Abfallwirtschaft, die die großtechnische Verbrennung von Abfällen und Wertstoffen in ihrem Gefolge hat und nicht den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie in den Vordergrund stellt, das ist die Politik dieser Bundesregierung. Es ist eine falsche, eine fatale Politik.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung hat in Niedersachsen dafür gesorgt, daß die Bürgerinnen und Bürger und die Umweltverbände in verstärktem Maße an Planungen und bei Genehmigungsverfahren öffentlicher und privater Träger beteiligt werden und ihre Anregungen und Bedenken einbringen können. Die Beteiligung der Umweltverbände und die Verbandsklagemöglichkeit haben wir im Niedersächsischen Naturschutzgesetz verankert. Die Umwelt- und Naturschutzverbände werden auf der Grundlage eines Gesetzes finanziell gefördert, um sie von unsicheren Finanztöpfen unabhängig zu machen. Das ist nicht mehr die alte Gefälligkeitsfinanzierung früherer Landesregierungen. Die Verbände bilden eine Säule der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Öffentlichkeit am Verwaltungshandeln. Runde Tische und Konfliktmoderation sind weitere von der Lan-

desregierung geförderte Instrumente, um Transparenz und Mitwirkung bei Planungen und Entscheidungen für betroffene Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Konfliktlösungen lassen sich heute nicht mehr auf Kosten einer gesellschaftlichen Interessengruppe, sondern nur noch im größtmöglichen Konsens finden. Übrigens: Dies ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung, und zwar zur Verfahrensbeschleunigung ohne Aufgabe demokratischer Rechte, wie es die Bundesregierung zu vollziehen pflegt.

Dieses Konsensprinzip findet auch im Naturschutz Anwendung. Der Nationalpark Harz steht kurz vor der Ausweisung. Das Kabinett hat die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Die Flächenabgrenzung und die weiteren Inhalte der Nationalparkverordnung sind im Harz mit allen Betroffenen ausführlich diskutiert worden. Das Ergebnis ist eine Verordnung, die als Konsensprodukt bezeichnet werden kann, als fairen Kompromiß zwischen den verschiedenen Ansprüchen.

Wir sprechen heute von Naturschutzmanagement; und so ist es auch: Mit den klassischen Instrumenten der Verwaltung sind die heute erforderlichen Maßnahmen für die Ausweisung und die Pflege und Entwicklung von naturschutzwürdigen und gesetzlich geschützten Flächen nicht mehr durchführbar. Wir haben auf diese Situation mit der Einrichtung von Naturschutzstationen reagiert. Es gibt im Land erste Pflegehöfe, und die Gründung von Landschaftspflegeverbänden wird vielerorts diskutiert. Ein Umbruch in der Naturschutzpolitik ist eingeleitet; neue Instrumente des Naturschutzes befinden sich in der Entwicklung. Die Landesregierung wird dies fördern und unterstützen. Als besonders erfreulich möchte ich hier feststellen, daß die in langen Jahren wenig konstruktiver Auseinandersetzung gewachsene Konfrontation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zusehends aufbricht. Es wird eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre sein, ein konstruktives Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz durch unsere Politik zu ermöglichen und zu fördern.

Meine Damen und Herren, Umweltschutz und Naturschutz müssen auch in den nächsten Jahren verstärkt über die Landesgrenzen hinauswachsen. Das heißt zum Beispiel: Der norddeutsche Abfallverbund ist in die Phase der praktischen Kooperation überzuleiten. Die Gründung des gemeinsamen Nationalparks Harz mit Sachsen-Anhalt steht an, ebenso wie der grenzüberschreitende Schutz des Drömling. Das Großschutzgebietssystem Elbtalau mit dem Nationalpark, an dem vier Bundesländer beteiligt sind, muß realisiert werden. Und auch beim Immissionsschutz, beim Bodenschutz und beim Gewässerschutz sind auf der Ebene der Ein-

Frau Dr. Schole

zelländer viele Möglichkeiten ausgeschöpft. Eine länderübergreifende großräumige Vorgehensweise erscheint als nächster Schritt unabweisbar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zuletzt noch etwas zur Atompolitik sagen. In der Atompolitik stehen wir vor einer schwierigen Situation. Die Landesregierung ist 1990 angetreten, alle Mittel im politischen, wissenschaftlichen und rechtlichen Bereich auszuschöpfen, um aus der Atomenergie auszustiegen. Dieser von beiden Fraktionen gemeinsam artikulierte Wille ist auch niemals in Frage gestellt worden. Unsere Fraktion hat auch nie den geringsten Zweifel daran aufkommen lassen, daß der Ausstieg aus der Atomenergie absolut notwendig und auch erreichbar ist. Trotz einer mit Millionenaufwand betriebenen Werbekampagne der Atomindustrie ist es den Betreibern von Atomanlagen bislang nicht gelungen, die Ablehnung der Mehrheit der Bevölkerung zur weiteren Nutzung der Atomkraft aufzuweichen. Auch der jüngste Versuch der Bundesregierung, auf gesetzlichem Wege die Kohleverstromung und die weitere Nutzung der Atomkraft miteinander zu verkoppeln, wird nicht zu einer neuen Akzeptanz für den falschen Weg der Atomwirtschaft führen.

Das Endlagerhearing der Landesregierung in Braunschweig hat eindrucksvoll die Position der Grünen bestätigt, daß sowohl der Salzstock in Gorleben als auch das Erzbergwerk Konrad in Salzgitter als ewiges Grab für den Atommüll ungeeignet sind. Die Faktenlage ist klar; dennoch müssen wir feststellen, daß im Umweltministerium, wie erst heute wieder der Presse zu entnehmen ist, Genehmigungen für Atomanlagen vorbereitet werden. Der wissenschaftliche Kenntnisstand wird in für uns nicht nachvollziehbarer Weise im Umweltministerium nicht umgesetzt.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Wir halten es für notwendig, daß alle politischen Kräfte, die sich den Ausstieg aus der Atomenergienutzung auf die Fahnen geschrieben haben, wieder einmal ganz deutlich das Bekenntnis ablegen, alles zu tun, um den Ausstieg in Niedersachsen mit allen Kräften voranzutreiben. Dazu gehört aber auch hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Umsetzung durch das Umweltministerium, daß wir da keine Verluste erleiden nach dem Motto: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Deshalb appellieren wir hier ganz eindringlich an die Verantwortung der Umweltministerin, auch die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Ausstiegs zu verändern, zu verbessern und sicherzustellen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Zustand der CDU/FDP-Koalition auf Bundesebene

ansehe, kann ich nur sagen: Ab Herbst 1994 wird es hoffentlich besser und schneller mit dem Ausstieg hier in Niedersachsen gehen. Wir Grünen werden jedenfalls unseren Beitrag dazu leisten.

Zum Schluß möchte ich wie Herr Hruska dem Rat des Ministerpräsidenten folgen und noch einmal betonen, daß Ökologie in ihrer wirklichen Bedeutung Langzeitökonomie ist. Dies gilt auch und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wir wollen und werden sicherstellen, daß auch in Zeiten einer schwierigen wirtschaftlichen Lage der Umwelt- und Naturschutz nicht als fünftes Rad am Wagen einfach fallengelassen wird, wie es derzeit auf Bundesebene zu bemerken ist. Nur eine ökologisch gesunde Industrie – und ich füge hinzu – mit der Herstellung umweltgerechter Produkte wird in Zukunft ein Garant für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sein, auch was die Wettbewerbsfähigkeit international und was positive Impulse für den Arbeitsmarkt betrifft. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin Griefahn hat jetzt das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Über manche Punkte in dieser Debatte muß ich mich doch immer wieder wundern. Aussagen, die hier gemacht werden, werden nicht dadurch besser, daß man sie in jeder Plenarsitzung wiederholt.

(Schack [SPD]: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD.)

Punkt eins ist die Abfallwirtschaft. Die letzte Landesregierung hat 13 Jahre gebraucht, um ein Abfallwirtschaftsprogramm auf den Tisch zu legen. Das erste Abfallgesetz, das einen solchen Namen hatte, ist dann kurz vor der Landtagswahl entstanden. Wir haben hier zunächst einmal eine Abfallgesetznovellierung durchgeführt, die dem Begriff „Abfallwirtschaftsgesetz“ überhaupt erst Ehre macht,

(Beifall bei der SPD)

nämlich getrennt einzusammeln, Abfallberatung zur Vermeidung voranzutreiben, eine gestaffelte Gebührensatzung einzuführen, so daß eben auch kompostierbare Abfälle getrennt gesammelt und verwertet werden und um dazu beizutragen, daß die Abfallmenge tatsächlich zurückgeht. Das ist ja das Entscheidende. Es reicht nicht, immer nur zu

gucken, was man eigentlich mit dem Abfall macht, der entstanden ist.

Insoweit wundert es mich, Herr Grill, daß gerade Sie sich dagegen wehren, daß wir bei den Produkten und Produktionen ansetzen. Wie soll denn der Kunde, wie soll denn der einzelne Bürger und die Bürgerin im Laden feststellen, ob es sich um einen wiederverwertbaren Stoff handelt oder um ein Produkt, das tatsächlich recyclingfähig ist,

(Beifall bei der SPD – Schack [SPD]: Davon hat er keine Ahnung!)

daß damit tatsächlich etwas gemacht werden kann oder ob es kompostierbar ist? Es ist doch unsere Aufgabe, daß wir die Rahmenbedingungen schaffen, daß das überhaupt so gestaltet wird. Wir müssen also auf die Produktionen einwirken, und wir müssen Anreize zur Umsteuerung geben. Das bedeutet aber auch, daß wir gesetzliche Rahmenbedingungen formulieren. Das tun wir hier und im Bundesrat.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie denn schon sagen, wir sollten beim Konsumenten ansetzen, wieso boykottieren oder kritisieren Sie dann Ansätze, die wir seit drei Jahren haben, nämlich groß angelegte Kampagnen zu machen, die genau beim Konsumenten ansetzen, z. B. zu kompostieren oder in diesem Jahr Mehrwegprodukte zu nutzen? Genau das kritisieren Sie auch. Sie wollen statt dessen lieber nur Müllverbrennungsanlagen bauen. Das kann es doch nun wirklich nicht sein, und das ist kein zukunftsfähiges Produkt. Das kann ich hier nur noch einmal wiederholen.

Sie reden weiter, auch wenn wir nicht die Wahrheit an den Bürger heranbrächten, z. B. von der Frage des Freizeittourismus. Wer ist es denn, der z. B. die Energiesteuer in Bonn behindert? Das wäre doch ein Schritt, der notwendig wäre, damit wir überhaupt einen Anreiz haben,

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen)

weniger zu fahren und umzusteigen auf alternative Verkehrsmittel oder um vielleicht auch einmal zu Hause zu bleiben und seine Umgebung per pedes zu erlaufen.

Das ist doch das, was wir jetzt brauchen: die ökologische Steuerreform. Ich bitte Sie ganz herzlich, Herr Grill, mit mir gemeinsam in Bonn vorstellig zu werden, damit das dort auch umgesetzt wird.

Eine Frage, die auch nicht wahrer wird, wenn man sie hier immer wiederholt, ist, ich hätte behauptet, Kunststoffe sollten im Ausland produziert werden. Ich habe das schon einmal richtiggestellt. Damit es

aber nicht falsch hängenbleibt, will ich auch das wiederholen:

Ich habe festgestellt, wenn man hier für die deutsche Industrie eine Perspektive in der Kunststoffproduktion haben will, daß sie auf intelligente Produkte umsteigen muß, weil die Stoffe aus dem Ausland zwangsläufig billiger importiert werden. Das ist ein Fakt; der steht überall, und den bestreitet auch die Industrie nicht.

Ich habe am Montag einen Runden Tisch „Kunststoffe“ zur Zukunft der Kunststoffproduktion in Niedersachsen veranstaltet. Da sind sowohl Firmenvertreter als auch Gewerkschaftsvertreter als auch Umweltverbände anwesend gewesen. Die haben die Analyse bestätigt und haben gesagt: Wir müssen uns einmal zusammensetzen und überlegen, was wir tun. Wir haben drei Arbeitsgruppen eingesetzt, und wir haben ein starkes Interesse daran, hier weiterzukommen. Darüber waren sich alle einig, und deswegen können Sie das hier nicht schlechtreden.

Auch die Abfallexporte führen Sie immer wieder an. Auch hier möchte ich wiederholen: Die letzte Landesregierung hat doppelt soviel, wenn nicht noch mehr als doppelt soviel Abfall nach Schönberg geliefert. Wir haben ein Stufenprogramm eingeleitet, um immer weniger Abfälle nach Schönberg zu liefern. Wir sind Ende 1994/Anfang 1995 so weit, daß gar keine Abfälle mehr nach Schönberg geliefert werden, unter anderem durch die Genehmigung der Pyrolyse, die Sie z. B. gerade auch als einen Rückschritt oder als ein Versagen kritisiert haben, das ich in der Umweltpolitik umgesetzt hätte. Das kann ich nicht verstehen. Auf der einen Seite wollen Sie immer, daß ich Anlagen genehmige, dann genehmige ich eine, und dann sagen Sie, ich hätte schon wieder versagt. Das widerspricht sich total.

Niedersachsen hat im letzten Jahr nur 5600t Sondermüll ins Ausland transportiert. Die Bilanz mit den anderen Bundesländern, z. B. Nordrhein-Westfalen, das hier auch immer zitiert wird, ist noch ganz anders. 1992 wurden nämlich etwa 89000t Abfall aus Nordrhein-Westfalen nach Niedersachsen importiert und nur etwa 30000t umgekehrt nach Nordrhein-Westfalen. Da muß man doch einfach einmal die Kirche im Dorf lassen und darf hier nicht immer falsche Zahlen in die Welt setzen.

Das können wir Ihnen auch belegen. Die NGS hatte gerade eine Aufsichtsratssitzung, auf der diese Zahlen noch einmal bestätigt worden sind. Aber das glauben Sie ja einfach nicht.

Die Energiepolitik ist sicherlich ein ganz wichtiger Punkt. Ich bin genauso enttäuscht wie die Kollegen von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, daß sich das Atomgesetz als Atomförderungsgesetz dar-

Griefahn

gestellt hat und wir zwei Tage nach der letzten Landtagswahl – das muß man hier ja auch noch einmal in Erinnerung rufen – ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einem Reaktor bekommen haben, der zugegebenermaßen in einem anderen Bundesland ist, nämlich dem Schnellen Brüter in Kalkar, in dem eindeutig festgelegt worden ist, wie klein im Grunde der Spielraum einer Landesregierung ist. Das muß man einmal deutlich sagen. Herr Grill stellt sich nämlich hier hin und tut so, als wenn wir den Ausstieg landesweit einfach dadurch machen könnten, daß wir mit dem Finger schnippen und die Atomkraftwerke dann nicht mehr laufen.

(Zuruf von der CDU.)

– Doch, doch, Sie haben gesagt: Sie haben den Ausstieg aufgegeben. Das stimmt überhaupt nicht. Herr Grill, setzen Sie sich doch dafür ein, daß endlich einmal die Förderung aus dem Atomgesetz gestrichen wird

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen)

und daß nicht, wie gerade eben wieder, ein Artikelgesetz vorgelegt wird, in dem die Bundesregierung das Atomgesetz auch noch ohne die Hilfe des Bundesrates ändern will, und daß man andere Änderungen nicht haben will. Sie sollten sich besser dafür einsetzen und sagen: Dann wollen wir das auch wenigstens ebenbürtig machen gegenüber anderen Energiemaßnahmen, wie Energieeinsparung, Energieeffizienz und alternative Energien.

Insoweit haben wir hier einiges vorzuzeigen. Wir haben in Niedersachsen ein 1000-Megawatt-Windprogramm. Wir haben 52 Niedrigenergiehäuser gefördert. Wir machen ein Gesamtkonzept, ein Landesenergieprogramm, das wir sicherlich hier auch noch diskutieren werden. Insoweit hat sich die Bundesregierung nun wirklich nicht mit Ruhm bekleckert, dort auch noch Schützenhilfe zu leisten, um in dieser Richtung voranzukommen, sondern da arbeiten Sie daran mit, an diesem Gesetz weiterzustricken und uns als Länder noch nicht einmal zu beteiligen.

Gestatten Sie mir nun noch ein Wort zu der Frage der Genehmigungsentwürfe, die durch die Gegend geistern. Ich kann nur sagen: Ich habe am 1. Dezember einen Brief an Herrn Töpfer geschrieben, in dem ich ihn noch einmal darauf aufmerksam gemacht habe, daß er in den verschiedenen Gesprächen, die im Rahmen der Energiekonsensgespräche bisher geführt worden sind, eindeutig dargelegt hat, daß die PKA vom Tisch ist. Ich nehme dieses Wort von Herr Töpfer sehr ernst. Ich denke, daß man darauf auch vertrauen sollte, und ich war-

te auf eine Antwort, daß dem auch so ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Frau Ministerin.

Ich rufe jetzt den Bereich Landwirtschaft auf und weise darauf hin, daß die Redezeiten nicht alle ausgenutzt werden müssen. – Zunächst spricht Herr Brauns für die SPD.

Brauns (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe und Ziel unserer Agrarpolitik in Niedersachsen ist es, die bäuerlichen Familienbetriebe zu fördern und zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir wie in den vorausgegangenen Jahren im Haushalt 1994 wieder entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Das Ausgabenvolumen liegt zwar unter dem des Vorjahres, ist aber keine Rücknahme des finanziellen Engagements des Landes in der Agrarpolitik. Der Haushalt enthält eine Reihe von Veränderungen, zum Teil Einbußen, aber auch Verbesserungen.

Ich möchte einige Schwerpunkte ansprechen. Bezüglich des Einzelbetrieblichen Investitionsprogramms (EFP) können wir feststellen, daß nunmehr abzusehen ist, daß der seit 1990 bestehende Antragsstopp Anfang 1994 aufgehoben werden kann. Damit kann das Antragsverfahren ab 1994 wieder aufgenommen werden und die Förderung anlaufen. Der Haushaltsentwurf weist gegenüber 1993 ein unverändertes Mittelvolumen aus. Die Landwirte werden sich freuen.

(Jawohl! und Beifall bei der SPD.)

Gestatten Sie mir einen Satz zum soziostrukturellen Ausgleich. Der Bund wird diese Zahlungen bis zum Jahre 1995 fortführen und hat die Länder aufgefordert, sich entsprechend zu beteiligen. Wir sehen dieses als eine ursächliche Aufgabe des Bundes an und werden der Anforderung des Bundes nicht folgen.

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, daß sich unsere bäuerlichen Betriebe auf dem Markt behaupten.

Davon wird ihre Existenz abhängen. Dies ist um so wichtiger, wenn man die Entwicklung in der EU-Agrarpolitik beobachtet und nicht weiß, wie die GATT-Verhandlungen ausgehen.

Ein Schwerpunkt ist die Vermarktung. Ansatz hierfür ist die Direktvermarktung. Zur Förderung von Erzeugergemeinschaften, Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung von Agrarpro-

dukten nach dem Marktstrukturgesetz liegen die neuen Richtlinien mit den neuen Förderkriterien vor. Damit soll vor allem die Marktposition der niedersächsischen Landwirtschaft verbessert werden. Für die verschiedensten Bereiche der Vermarktung werden erhebliche Mittel im Haushalt bereitgestellt. Hiermit wollen wir den Freiraum ausschöpfen, den uns die EU und der Bund noch gelassen haben.

Zum Thema Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum nach Ziel 5b der Reform des EU-Strukturfonds möchte ich ausführen, daß die EU die Mitgliedstaaten in Zielfördergebiete eingeteilt hat. Mit der Ziel-5b-Förderung sollte die Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Einsatz von Mitteln aus dem EU-Strukturfonds in den Jahren 1991 bis 1993 gefördert werden. In diesen Jahren stellte die EU 177,8 Millionen DM zusätzliche Fördermittel bereit. Für das Pilotprojekt „Reduzierte Stickstoffdüngung“, das in die Ziel-5b-Förderung einbezogen wurde, wird die bis zum 30. Juni 1996 vorgesehene Förderung nun jährlich mit 1 Million DM allein aus Landesmitteln weitergeführt.

Für Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden sind in dieser Titelgruppe im Mipla-Zeitraum jährlich 5,3 Millionen DM vorgesehen.

Meine Damen und Herren, durch die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft haben die Beratungsringe eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen.

(Gruber [SPD]: Eine sehr wichtige Aufgabe!)

Die Beratungsarbeit wird durch Eigenverantwortung und Eigenfinanzierung zu 50 % getragen. Die Fördersumme des Landes beträgt 12,5 Millionen DM. Ich meine, dies ist eine große Hilfe.

(Beifall bei der SPD.)

Zum Bereich der nachwachsenden Rohstoffe möchte ich folgendes ausführen: Der gebildete Beirat für nachwachsende Rohstoffe erarbeitet zur Zeit eine Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen von Ökobilanzen. Der Beirat hat bereits vielversprechende Empfehlungen ausgesprochen. Er hat auch das Konzept der Landesregierung zur weiteren Förderung von nachwachsenden Rohstoffen geprüft. Die im Haushaltsplanentwurf eingestellten Mittel werden ausreichen, um auf diesem Gebiet optimale Arbeit leisten zu können.

Bei den Beratungen im Ausschuß für Haushalt und Finanzen ist mit fraktionsübergreifender Zustimmung ein Zuschuß von 5,1 Millionen DM ausgebracht worden, um die Schwachholzverwertung zu fördern. Der Bund beteiligt sich mit 50 % an den Ausgaben.

(Bontjer [SPD]: Viel zu wenig!)

Ein paar Worte zur Dorferneuerung. Der Bund hat die Strukturhilfemittel für die Dorferneuerung einseitig aufgekündigt. Daher mußte das Land ein eigenes Programm auflegen. Das Dorferneuerungsprogramm soll weitergeführt werden, wenn auch mit reduzierten Haushaltsmitteln, weil wir keine zusätzlichen Mittel einbringen können. Zusätzlich werden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Mittel zur Förderung der Flurneuerung für Dorferneuerungsmaßnahmen eingesetzt.

(Bontjer [SPD]: Das ist wichtig!)

Eine wichtige Aufgabe ist die Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen. Durch die EU-Agrarreform und die in diesem Zusammenhang erlassene Verordnung EWG 2078/92 sind die Länder angehalten, in ihrem Hoheitsgebiet Beihilferegelungen zur Förderung umweltgerechter und den natürlichen Lebensraum schützender landwirtschaftlicher Produktionsverfahren zu schaffen. Die EU beteiligt sich an der Finanzierung. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: Ackerrandstreifenprogramm, Gülleausbringungstechniken, Einschränkung des Viehbesatzes und ökologische Ruhezeiten. Für diese Bereiche sind 30 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Zum Abschluß meiner Ausführungen zum Einzelplan 09 möchte ich die Verwaltung des Veterinärwesens und die Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung ansprechen.

Erstens. Einrichtung eines Tierschutzdienstes. Die im Jahre 1993 aufgedeckten Tierqualereien bei Transporten im europäischen Transitverkehr haben das Land Niedersachsen veranlaßt, einen verbesserten Tierschutz einzurichten. Dafür werden drei Stellen mit einem Ausgabevolumen von ca. 250 000 DM bereitgestellt.

Zweitens. Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung. Für die Neuorganisation der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung wurden fünf neue Stellen und vier Hebungen mit einem jährlichen Ausgabevolumen von 500 000 DM eingeplant.

Drittens. Chemische und Veterinäruntersuchungsämter. Die bisher getrennt nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben der Chemischen Untersuchungsämter und der Veterinäruntersuchungsämter sind ab 1994 als Einnahmen und Ausgaben der Untersuchungsämter zusammengefaßt. Damit ist die Umsetzung des SCS-Gutachtens zur Neuorganisation der Untersuchungsämter auch haushaltsmäßig vollzogen worden.

Brauns

Meine Damen und Herren, wegen der Kürze der Zeit kann ich zum Einzelplan 09 keine weiteren Ausführungen machen und wende mich nun dem Einzelplan 10 zu.

Der Einzelplan 10 wird, wie in den Vorjahren, nicht ausgeglichen und hat somit einen hohen Zuschußbedarf von ca. 55%. Die ungünstigen Preise auf dem Holzmarkt, bedingt durch die Sturmkatastrophe von 1990, die Billigimporte aus Skandinavien und einigen Ostländern, erschweren die Situation in der Forstwirtschaft. Eine Normalisierung des Preisgefüges wird kurzfristig sicherlich nicht zu erwarten sein. Gleichwohl ist die Hege und Pflege des Waldes sowie die Wieder- und Neuaufforstung eine wichtige Aufgabe mit dem Ziel, dem kranken Wald zu helfen.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen. – Zustimmung von Klare [CDU].)

Im Bereich des Privatwaldes haben wir uns in den letzten Jahren stark engagiert, um die Privatwaldbesitzer in ihren Aufgaben zu unterstützen. Ich nenne einige Beispiele: Kartierung, Waldkalkung, Spezialberatung. Hierfür wurden in den letzten Jahren zusätzliche Mittel eingestellt. Die Aufforstung der landwirtschaftlichen Flächen wird sehr gut angenommen. Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel für die Zahlung der Prämien reichen kaum aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die im Einzelplan 10 ausgewiesenen Mittel konnten im Gegensatz zu anderen Bereichen wieder in der Höhe des letzten Jahres eingestellt werden. – Für Ihre Aufmerksamkeit möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Herr Brauns. – Herr Kollege Ronsöhr hat jetzt das Wort.

(Bontjer [SPD]: Ronsöhr, schließe dich den Worten deines Vorredners an!)

Ronsöhr (CDU):

Wenn du gesprochen hättest, ja! – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Ich denke, der Eveslage soll Landwirtschaftsminister werden!)

– Der wird auch Landwirtschaftsminister; vielen Dank für den Hinweis!

Herr Brauns hat die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Landwirtschaft angesprochen. Gera-

de unter diesem Aspekt ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik der jetzigen Landesregierung überfällig, vor allem weil die niedersächsische Landwirtschaft durch die Agrarpolitik der jetzigen Landesregierung, durch einseitige, den Wettbewerb zu den anderen Bundesländern verzerrende Auflagen und Benachteiligungen immer wieder Nachteile erfährt,

(Beifall bei der CDU – Bontjer [SPD]: Das ist völlig falsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

weil außerdem häufig eine Ausgrenzung der leistungsstärkeren landwirtschaftlichen Betriebe bei der Förderung erfolgt ist und weil die Erhaltungsinvestitionen zusätzliche Erschwernisse erfahren haben.

(Zuruf von der SPD: Wo zum Beispiel?)

– Hören Sie doch mal zu! Ich höre bei Ihnen doch auch zu! – So entstehen zur Zeit zwischen den einzelnen Bundesländern durch verschiedene Maßnahmen und durch die Förderung oder durch die Behinderung von Entwicklungschancen unterschiedliche Voraussetzungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. In diesem Jahr haben alle Länder, mit Ausnahme von Niedersachsen und Hessen, den soziostrukturellen Einkommensausgleich mitfinanziert. In anderen Ländern haben die Landwirte 36 DM mehr pro Hektar als in Niedersachsen erhalten. Im nächsten Jahr erhalten die Landwirte in Niedersachsen im Schnitt etwa 50 DM weniger als die Landwirte im CSU-regierten Bayern. Inzwischen hat der Landwirtschaftsminister oder sein Pressesprecher auch die Zahlungen, die der Bund beim soziostrukturellen Einkommensausgleich zur Verfügung stellt – dies sind in diesem Jahr immerhin 90 DM bei einem Höchstbetrag von 10 000 DM pro Betrieb –, diskreditiert.

(Plaue [SPD]: Das würde ich an Ihrer Stelle einmal belegen!)

Wie glaubwürdig ist eigentlich die niedersächsische Agrarpolitik, wenn erst in der EG ein Ausgleich für unsere Landwirte gefordert wird und wenn wir ihn dann aber nicht vom Land mitfinanzieren? Dabei haben die Sozialdemokraten vor der Agrarreform immer den direkten Einkommenstransfer gefordert. Nun, wo sie Mittel für diesen direkten Einkommenstransfer aufbringen müssen, stehen sie sich aber aus der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU.)

So sind im letzten Jahr drastische Kürzungen im Agraretat erfolgt.

(Bontjer [SPD]: Gucken Sie sich doch mal den Bundeshaushalt an!)

In diesem Jahr wurden 176 Millionen DM – das sind immerhin 17 % des Gesamtetats – eingespart, weil der soziostrukturelle Einkommensausgleich nicht mehr mitfinanziert wird. Für das jetzt zu beratende Haushaltsjahr werden 20 Millionen DM eingespart, weil man für die Extensivierung und die Flächenstillegung der bisherigen Programme weniger Finanzmittel aufbringen muß.

Meine Damen und Herren, einerseits kritisiert man nun den Bund, daß er die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur kürzt.

(Gruber [SPD]: Das macht er doch auch!)

Andererseits trägt man aber selbst dazu bei, die Mittel für bestimmte Aufgaben bei der Gemeinschaftsaufgabe zu reduzieren, weil man die Gemeinschaftsaufgabe mit zusätzlichen Aufgabenstellungen befrachtet. So wäre es vernünftig gewesen, außerhalb der Dorferneuerung noch mit entsprechenden Mitteln zu finanzieren und die Dorferneuerungsmittel außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe nicht so stark zurückzufahren.

Außerdem werden die umweltbezogenen Maßnahmen der EG-Agrarreform in Niedersachsen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe finanziert. Chancen für eine Finanzierung außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe bestanden aufgrund der drastischen Kürzungen, die bereits im Haushaltsjahr 1993 beim Agraretat erfolgt sind, nicht. Wir haben gefordert: Wenn man schon beim soziostrukturellen Einkommensausgleich nicht mitfinanziert – was wir für falsch halten –, dann wenigstens einen Teil der Mittel wieder einzustellen! Ich bin mir auch darüber im klaren, daß man aufgrund der Haushaltslage des Landes nicht die ganzen Mittel hätte einstellen können. Aber wenigstens einen Teil der Mittel sollte man zur Aufstockung anderer Förderungen verwenden.

Außerdem hat die Niedersächsische Landesregierung bei diesen flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform bürokratische Regelungen über die Auflagen der EG hinaus beschlossen, beispielsweise für die Umsetzung der Extensivierungsprogramme im Rahmen dieser EG-Agrarreform. Die jetzige Landesregierung finanziert zwar nur 20 % dieser flankierenden Maßnahmen – für das Land sind das 1994 nur 3 Millionen DM –, aber wenn es um die Ausgestaltung der Förderung geht, tobt man sich aus. Ich sage deshalb schon heute voraus: Erst hat man die Landwirte in Pressemitteilungen aufgefordert, Anträge zu stellen. Jetzt wird man ihnen aber massenhaft mitteilen müssen, daß sie nicht in die Programme aufgenommen werden können. Wir kennen das ja auch schon vom Ackerrandstreifenprogramm.

Des weiteren möchte ich darauf aufmerksam machen, daß zumindest die Grünlandextensivierung durch einen übertriebenen Biotopschutz erschwert wird. Die Einfügung des § 28 b in das Niedersächsische Naturschutzgesetz führt zu einem großflächigen Biotopschutz beim Feuchtgrünland. Dies kann dazu führen, daß sich Landwirte, die freiwillig an Grünlandextensivierungsprogrammen teilnehmen, nach Ablauf der Bewirtschaftungsverträge darauf einstellen müssen, daß ihre extensiv bewirtschafteten Flächen unter Biotopschutz gestellt werden. So wird die Bereitschaft des Landwirts, das Grünland extensiver zu bewirtschaften, zu einer Extensivfalle für seine Flächen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Diese Landesregierung will die flächendeckende Extensivierung immer durchsetzen. Die freiwillige Extensivierung, bei der sich der Betriebsleiter freiwillig entscheidet, wird jedoch erschwert.

Bei der Förderung der nachwachsenden Rohstoffe hat die jetzige Landesregierung – das haben wir hier schon öfter feststellen müssen – finanziell den Einstieg in den Ausstieg vollzogen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister hat noch vor wenigen Wochen erklärt, daß man über keine sinnvollen Projekte verfüge, die man fördern könne. Wir haben während der Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, daß man beispielsweise in Soltau-Fallingb. in die Förderung eines Schwachholzverwertungsprojektes einsteigen könne.

(von Hofe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das läuft doch! Haben Sie das nicht gelesen?)

– Ja, gut, aber Sie haben damals nicht zugestimmt. Wir haben die Anregung dazu gegeben.

(Zurufe von der SPD.)

– Lassen Sie mich doch ausreden! – Wir hoffen, daß unser Antrag, dieses Projekt umzusetzen,

(Gruber [SPD]: Sie sind ja nicht mal auf dem neuesten Stand!)

jetzt zu dieser Förderung führt und daß dieses Projekt schnellstens umgesetzt wird.

Wie agrarfeindlich das jetzige Kabinett in Hannover eingestellt ist, können Sie daran sehen, meine Damen und Herren, daß das Finanzministerium im Finanzausschuß einen Antrag durchgesetzt hat, im Bundesrat den Vermittlungsausschuß anzurufen, um die Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft zum 1. Januar 1994 von 8,5 % auf 9 % zu verhindern. Nach allen Berechnungen von Steuerexperten in der Bundesrepublik Deutschland ist diese Anhebung unbedingt erforderlich, weil dieser Anrechnungssatz auch dann zum Tragen käme, falls die Landwirte nicht pauschalieren würden.

Ronsöhr

Gott sei Dank konnte aufgrund einer Pattsituation im Vermittlungsausschuß die Blockade der sozialdemokratisch regierten Länder überwunden werden. Dennoch ist es für mich ein Skandal, daß die jetzige Landesregierung nicht einmal dieses halbe Prozent Mehrwertsteuer, das den Landwirten ja zusteht, zugestehen wollte.

(Minister Funke: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Das Finanzministerium hat das im Bundesrat abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die niedersächsische Landwirtschaft hatte sich in den letzten Wochen mit äußerst problematischen, vielfach sehr unverständlichen Auflagen der EG auseinanderzusetzen, als es um die Bekämpfung der Schweinepest ging. Hier stand die Marktberreinigung und nicht die Bekämpfung einer Seuche im Vordergrund.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben gemeinsam von der niedersächsischen Agrarpolitik her Kritik an den überzogenen und nicht nachzuvollziehenden Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft geübt. Ich hoffe, daß die Demonstrationen der Landwirte eine Lehrstunde für alle gewesen sind und daß die Landwirte in Niedersachsen haben verdeutlichen können, daß Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland auch ein Agrarland sind und daß sie in Brüssel gefälligst auch so behandelt werden möchten.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Ronsöhr, Herr Jordan möchte Ihnen eine Frage stellen.

Ronsöhr (CDU):

Ich lasse keine Frage zu. – Ich habe mich bis vor kurzem eindeutig hinter die Aktionen des Landes gestellt, wenn es um die Bekämpfung der Schweinepest ging.

Wir werden demnächst in einer Sondersitzung des Ausschusses Ungereimtheiten bei der Seuchenbekämpfung durch das Land aufzuarbeiten haben.

Meine Damen und Herren, wir hoffen – dies möchte ich abschließend sagen –, daß sich der Landwirtschaftsminister, der sich heute nachmittag, kurz bevor er wieder an der Sitzung teilgenommen hat, mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Finanzminister unterhalten hat, um die Finanzierung der Entschädigungszahlungen bei der Bekämpfung der Schweinepest zu klären, durchge-

setzt hat. Herr Funke, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich durchsetzen könnten. Ich würde Ihnen dann auch dafür gratulieren. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schweinepest haben wir etwas anderes zu kritisieren, aber nicht Ihren Einsatz, wenn es um die Finanzierung der Entschädigung für die niedersächsischen Landwirte geht. – Vielen Dank, daß Sie mir zugehört haben.

Vizepräsident Rehkopf:

Der Kollege Dr. Hruska hat jetzt das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme Herrn Ronsöhr zu, der gesagt hat, Niedersachsen sei ein Agrarland.

(Beifall bei der SPD.)

In der jetzigen Situation, in der alle anderen Dinge, aber nur nicht die Agrarpolitik eine Rolle spielen, wagt man das ja kaum noch zu sagen. Die Schweinepest hat aber – leider – die Rolle deutlich gemacht, die Niedersachsen im Bereich der Agrarpolitik nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Europa spielt. Im Gegensatz zu Herrn Ronsöhr kann ich allerdings nicht feststellen, daß die niedersächsische Landesregierung bei der Bekämpfung der Schweinepest Fehler gemacht hätte. Die Fehler sind sicherlich bei der Europäischen Gemeinschaft zu suchen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Die Maßnahmen, die hier in Niedersachsen ergriffen worden sind, waren konsequent, richtig und rechtlich nicht anders möglich. Ich bezweifle, daß die Seuche ohne Impfung wirklich eingedämmt werden kann. Der Minister hätte das sicherlich anders gemacht, aber aufgrund der rechtlichen Regelungen konnten wir nicht anders.

Ob es für Niedersachsen günstig war, daß die Bundesregierung bzw. der Bundeslandwirtschaftsminister auf eine Regionalisierung gedrängt hat, ist zu bezweifeln. Für Niedersachsen wäre es sicherlich besser gewesen, die nationale Sperre wäre geblieben, und die Regionalisierung wäre nicht gekommen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ich will mich aber nicht lange mit diesen Fragen aufhalten. Ich habe das lediglich als Einstieg benutzt, um zu sagen, daß Niedersachsen ein Agrarland ist.

Niedersachsen ist aber nicht nur ein Agrarland, sondern Niedersachsen ist auch ein wirklich ländlich strukturiertes Land. Der FDP kommt es darauf an, die ländliche Struktur unseres Landes zu erhal-

ten, etwas für unsere Dörfer und unsere Gemeinden zu tun. Herr Hildebrandt ist wegen des von uns vorgeschlagenen Verkaufs von Anteilen an der NORD/LB kritisiert worden, da der diskutierte Verkaufserlös zu niedrig sei und auf der anderen Seite das Land die Anteile an der NORD/LB behalten sollte. Allerdings muß man sehen, was wir mit dem Verkaufserlös machen wollen. Auch wenn es im Bereich Soltau-Fallingbostal bereits ein Werk zur Schwachholzverwertung gibt, könnte ähnliches aber auch an anderer Stelle gemacht werden. Wir haben die Vorstellung, im ländlichen Raum Gewerbe und Industrie zu unterstützen, die den ländlichen Raum stärken.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir wissen, daß die Zahl der leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe zurückgehen wird und daß deshalb im ländlichen Raum auch etwas anderes geschehen muß.

(Bontjer [SPD]: Dafür verkaufen wir aber nicht das Tafelsilber!)

– Man kann sich darüber unterhalten, ob Sie die Strukturen verbessern können, wenn Sie dafür kein Geld zur Verfügung haben. Natürlich gibt es erfindische Leute, die etwas machen, ohne daß das Land dabei viel hilft.

Neben der Agrarproduktion gibt es in Niedersachsen auch noch die Verarbeitung von Agrarprodukten, was für uns ein wichtiger Faktor ist. Ich habe mich darüber gefreut, daß in Dissen 2000 Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir sprechen von Lemwerder mit 1300 Arbeitsplätzen und wollen für die Erhaltung dieser Arbeitsplätze nicht die Anteile an der NORD/LB verkaufen. Irgendwie müssen wir die Maßnahmen des Landes aber finanzieren. In Dissen sind 2000 Arbeitsplätze mit einem Investitionsvolumen von 75 Millionen DM gesichert worden. Dadurch ist in diesem Raum ein Standbein in der Feinkostindustrie gesichert worden.

In diesem Bereich besteht Nachholbedarf, gerade auch im Vergleich mit den angrenzenden Gebieten in Nordrhein-Westfalen. Bei diesem Raum um Osnabrück und den angrenzenden Gebieten in Nordrhein-Westfalen handelt es sich ja um einen zusammenhängenden Bereich, in dem die Lebensmittelindustrie einen wichtigen Faktor darstellt.

Dies zeigt, daß wir uns dann, wenn wir über Landwirtschaftspolitik, über Politik im ländlichen Raum sprechen, über mehr als nur einzelbetriebliche Förderungsprogramme unterhalten müssen. Dabei freue ich mich allerdings, daß das einzelbetriebliche Förderungsprogramm 1994, nachdem der Antragsstau abgebaut worden ist, wieder greifen kann. Ich

fürchte aber, daß das mehr ein Wahlschlager werden wird. Wegen des Antragsstaus haben sich sicherlich viele zurückgehalten, die nun, wenn sie erfahren, daß es wieder Mittel aus dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm gibt, Anträge stellen werden. Das Programm wird sicherlich sehr schnell wieder ausgeschöpft sein, Herr Minister, und es wird möglicherweise wieder ein Windhundverfahren geben. Für Ihren Wahlkampf wird es allerdings gut aussehen, wenn Sie Anfang 1994 mit diesem Programm kommen können.

Dieses Programm allein wird es aber nicht bringen, sondern wir müssen im ländlichen Raum etwas mehr tun. Deswegen will die FDP – Sie mögen sich darüber freuen, wenn Sie 1994 noch Minister sind – das Ministerium zu einem Ministerium für den ländlichen Raum ausbauen.

(Beifall bei der FDP.)

Das Ministerium soll nicht nur zuständig für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sein, sondern auch für den ländlichen Raum, wobei es in diesem Bereich auch die Zuständigkeit für die Raumordnung erhalten soll. Das täte in manchen Bereichen dem Land Niedersachsen gut. Ende 1994 werden wir uns für den Haushalt 1995 über ein sehr viel höheres Haushaltsvolumen unterhalten müssen, da die Kompetenzen vergrößert werden sollen. Wir werden uns über einen Haushalt unterhalten müssen, der dem ländlichen Raum in Niedersachsen, der der Agrarpolitik in Niedersachsen und der der Agrarproduktion in Niedersachsen eine Chance gibt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr von Hofe, Sie haben jetzt das Wort.

von Hofe (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ronsöhr, Sie haben hier viel altes Stroh gedroschen. Alles Schnee von gestern!

(Lachen bei der CDU.)

Sie sagen, daß sich das Land am soziostrukturellen Einkommensausgleich hätte beteiligen müssen.

(Zurufe von Ronsöhr [CDU].)

– Hören Sie doch einmal zu, Herr Ronsöhr! – Die Ministerpräsidentenkonferenz hat mehrheitlich festgestellt, daß es sich hierbei eindeutig um eine Aufgabe des Bundes handelt.

Zum ersten hätte der Bund voll die Kosten übernehmen müssen. Zum zweiten ist der soziostruktu-

von Hofe

relle Einkommensausgleich insofern zu kritisieren, als die Mittel mit der Gießkanne ausgegeben werden: Von der Fläche her große Betriebe bekommen viel, von der Fläche her kleine Betriebe bekommen wenig. Dadurch wird der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter verschärft. Das genau wollen wir nicht.

Wir meinen, diese Mittel sollten verwendet werden für: die soziale Absicherung der Bäuerinnen, flankierende Maßnahmen des über den Bund zu finanzierenden ökologischen Landbaus und für die Gemeinschaftsaufgabe, um eine umweltverträgliche Landwirtschaft und eine artgerechte Tierhaltung zu finanzieren, und zwar konzentriert auf die Betriebe, Herr Ronsöhr, in denen es eine flächengebundene Tierhaltung gibt.

Im übrigen vermisste ich einen Antrag der CDU, in dem schriftlich dargelegt wird, wie sie den strukturellen Einkommensausgleich finanzieren will. Alles, was Sie hier vorgetragen haben, ist unglaubwürdig.

Zweiter Punkt: Naturschutz. Sie haben die §§ 28a und 28b kritisiert. Ich sage Ihnen: Dies ist keine Extensivierungsfalle; denn die Landwirtin und der Landwirt können selbst darüber entscheiden, ob sie sich auf § 28a oder § 28b einlassen. Zudem ist im Naturschutzgesetz festgelegt, daß für diese Flächen ein Erschwernisausgleich dafür gezahlt wird, daß man die Auflagen einhält. Dieser erhöht sich nach fünf Jahren entsprechend. Die Landwirte haben also die Möglichkeit, sich freiwillig zu entscheiden: entweder für das Grünlandprogramm von ML und MU oder für eine Maßnahme nach § 28a oder § 28b. In den Anträgen, meine Damen und Herren von der CDU, die der Landwirt schließlich unterschreibt, ist klar geregelt, worauf sich Landwirte und die Gesellschaft zum Schutz der Natur einlassen.

Dritter Punkt: Schweinepest. Bundeslandwirtschaftsminister Borchert hat versagt. Er hat die Vorgaben der Schweinepestverordnung, die besagen, wie die Schweinepest effektiv zu bekämpfen ist, nicht umgesetzt. Ich erinnere daran, daß es im Sommer im Regierungsbezirk Lüneburg über einen Sperrbezirk von 3 km und einen Beobachtungsbezirk von 7 km gelungen ist, die Schweinepest zu besiegen. Statt gegen die Europäische Union zu klagen, übernimmt Herr Borchert einfach die Vorgaben, die gegen die Schweinepestverordnung der EG verstoßen, setzt sie in nationales Recht um und greift ganze Regionen heraus. Der Landkreis Diepholz, in dem überhaupt kein Schweinepestfall aufgetreten ist, wird einfach mit einbezogen, während im 6 km entfernten Nordrhein-Westfalen nichts passiert. Dort kommen nämlich Herr Borchert und Herr Heeremann her. Die haben dafür gesorgt, daß

die Interessen der Firma Westfleisch, in deren Aufsichtsrat Herr Heeremann sitzt, gewahrt bleiben, d. h. daß er ordentlich Kasse machen kann, weil die niedersächsischen Regionen gesperrt werden.

Überhaupt ist dieser Beschluß, aus gesunden Schweinen Tiermehl zu machen, absoluter Quatsch; auch das muß man hier einmal feststellen. Er ist zudem mit Zustimmung von Borchert und den Leuten des Bundeslandwirtschaftsministeriums vorangebracht worden.

Grüne Agrarpolitik ist Agrarpolitik gegen den Strom der EG- und der Bundespolitik. Deshalb ist es schwer, sie weiter voranzubringen. Wir haben in Niedersachsen das Problem der agrarindustriellen Tierhaltung in Süddoldenburg mit all den Problemen für Mensch und Umwelt – Stichwort Salmonellengefährdung, Gefährdung unserer Lebensgrundlagen –, wir haben das Problem der Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, weil diese Politik durch die Bundesregierung und die Europäische Union entsprechend vorangetrieben wird. Wir steuern dagegen, indem wir die artgerechte Tierhaltung fördern und den ökologischen Landbau weiter voranbringen. Vor zehn Jahren gab es in Niedersachsen gerade 50 Betriebe, heute gibt es über 900 Betriebe, die nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus wirtschaften. Dies ist für Landwirte die einzige realistische Überlebensperspektive.

Heute ist allerdings nicht mehr die Umstellung, sondern die Vermarktung das Problem; hier muß entsprechend gefördert werden, da haben Sie recht, Herr Ontijd. Deshalb haben wir gesagt, wir fördern Erzeugergemeinschaften wie die Wendland-Kooperative, wir machen uns Gedanken über eine Verbesserung der Direktvermarktung. Diese Vorstellungen sind in entsprechende Haushaltsposten umgesetzt worden.

Die Ernährungsberatung bei der Verbraucherzentrale Niedersachsen ist ausgebaut worden; denn die Produkte, die hier erzeugt werden, müssen auch entsprechend verbraucht werden.

Wir haben dafür gesorgt, daß in Göttingen ein Lehrstuhl für ökologischen Landbau und eine entsprechende Professur an der Fachhochschule Osnabrück geschaffen wurde. Ferner wurde ein Modellbetrieb eingerichtet, in dem auf ökologischen Landbau umgestellt wurde.

Veränderungen, meine Damen und Herren, beginnen bekanntlich im Kopf. Deshalb haben wir für die Aus- und Weiterbildung im ökologischen Bereich, gerade was die Ausbildung im Biolandbau angeht – Demeter usw. – 900 000 DM bereitgestellt.

Die CDU hat alle diese Anträge von Rot-Grün im Ausschuß abgelehnt. Sie hält nichts vom ökologischen Landbau. Wir dagegen reden nicht nur, sondern tun auch etwas dafür, weil wir sagen: Das ist der Weg, den die Landwirtschaft zukünftig gehen muß.

Jetzt zu einer Aussage, die in der Koalitionsvereinbarung von 1990 festgelegt wurde – ich zitiere –: Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume nutzen und ausweiten, um die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken, um Mut zu machen und um der Agrarindustrie den Kampf anzusagen. – Dies, meine Damen und Herren, ist mit der Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht worden, in der es um die Abgrenzung von bäuerlichen Betrieben zur agrargewerblichen Landwirtschaft und um die Durchsetzung einer flächengebundenen Tierhaltung geht, hier insbesondere auch darum, daß die agrargewerblichen Betriebe von landwirtschaftlichen Förderprogrammen ausgegrenzt werden. Wir sagen, die flächendeckende Tierhaltung muß durchgesetzt werden. In Süldenburg, im Landkreis Vechta, gibt es immer noch im großen Maßstab eine flächenungebundene Tierhaltung. Diese Veredelungsproduktion muß flächengebunden werden. Das ist ein entscheidender Hebel, um für die bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen und bundesweit einen Durchbruch zu erzielen.

Wir haben auch konkrete Lösungsvorschläge bei der Massentierhaltung vorangebracht. Für uns Grüne ist hier besonders die Förderung der artgerechten Tierhaltung zu nennen, insbesondere das Neulandprogramm, ein Programm für tier- und umweltgerechte Nutztierhaltung: Tierhaltung nicht auf Spaltenboden und Gülle, sondern auf Stroh. Diese Forderung bringen die Tierschützer schon seit Jahren vor. Tatsächlich haben sich 50 Betriebe in Niedersachsen auf dieses Programm eingelassen, und die Verbraucherinnen und Verbraucher sind auch bereit, für so erzeugte Produkte einen höheren Preis zu zahlen. Diese Form der Landwirtschaft muß weiter ausgebaut werden, weil sie tierartgerecht ist. Dazu haben wir im Haushalt 1994 gesagt, die artgerechte Tierhaltung muß durch einen Versuchs- und Beratungsting vorangebracht werden.

Der Hähnchenerlaß des Ministers hat dafür gesorgt, daß die nicht artgerechte Tierhaltung in den Hähnchenmaststellen, insbesondere in den Louisiana-Ställen, entsprechend reguliert wird: auf 20 Tiere pro Quadratmeter, auch wenn Tierschützer sagen, das ist immer noch zu viel. Aber immerhin: vorher waren es 35.

Auch bei den Transporten haben wir von Niedersachsen aus entscheidende Fortschritte erzielt.

Beim Tierschutz haben wir eine Linie vertreten, die vorgibt, wohin es im Agrarbereich gehen muß: Es kann nur mit dem Tierschutz und nicht gegen den Tierschutz gehen. Wir haben auch dem von Bundesminister Borchert vorangetriebenen Wegfall aller Fördergrenzen einen Riegel vorgeschoben. Wir sagen nicht: „Freie Bahn für Großbetriebe“, sondern: „Was auf Bundesebene passiert, ist nicht unsere Sache.“

Die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung im Bereich nachwachsende Rohstoffe ist gelungen. Das Kriterium, nach dem wir nachwachsende Rohstoffe in Niedersachsen fördern, ist die positive ökologische Gesamtbilanz. Deshalb ist auch die Albrecht-sche Schnapsidee, die insgesamt mehr als 150 Millionen DM Steuergelder verschlungen hat, ausgefallen. Ökonomisch und ökologisch führt der Weg Bioethanol in eine Sackgasse.

Wir haben bei den nachwachsenden Rohstoffen aber auch noch andere Förderschwerpunkte gesetzt. Ich denke z. B. an die Firma Auro in Braunschweig. Im Auftrag dieser Firma wird auf einer ökologischen Anbaufläche von 400 ha Öllein angebaut. Das halte ich für sehr vorbildlich. Die Firma Auro zahlt dafür entsprechend hohe Erzeugerpreise. Auf diese Weise wird auch der konventionellen Landwirtschaft vorgemacht, wie es mit nachwachsenden Rohstoffen gehen muß. Entscheidend ist hier nämlich nicht nur der umweltverträglich Anbau, sondern auch die Notwendigkeit, daß angemessene Erzeugerpreise gezahlt werden.

Noch ein Wort zu den nachwachsenden Rohstoffen, Herr Ronsöht. Wir haben uns mit dem Projekt „Schwachholz“ bei der Firma Kraft in Fallingbostal sehr wohl auseinandergesetzt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir im Haushalt entsprechend Mittel bereitstellen, damit Schwachholz und Restholz aus der Region Soltau-Fallingbostal/Verden verwertet werden können. Allerdings muß dieses Holz schadstoffarm sein. Das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Zuruf von der CDU: Das Holz?)

– Ja, das Holz. Natürlich. Sie können auch andere Industrieböcher verbrennen, die die Umwelt belasten. Genau das wollen wir jedoch nicht.

In der Bilanz kann sich die in den vergangenen vier Jahren betriebene Agrarpolitik von Rot-Grün sehen lassen. Uns ist es gelungen, Fehler der alten Landesregierung zu korrigieren. Dies gilt z. B. für den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und auch für den Ausstieg aus dem Bioethanol. Es ist uns gelungen, die umweltgerechte Landwirtschaft und die artgerechte Tierhaltung in Niedersachsen ein Stück weit voranzubringen. Wir haben eine Politik für den ländlichen Raum und für die Erhaltung einer

von Hofe

bäuerlichen Landwirtschaft sowie für die Erhaltung der Lebensgrundlagen gemacht und werden dies auch weiterhin tun. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister Funke möchte jetzt noch sprechen.

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Stichworte aufgreifen, die in der Debatte gefallen sind.

(Plaue [SPD]: Vor allem „Gänsebraten“!)

Herr Ronsöhr sprach davon, daß es von Niedersachsen verursachte Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Bundesländern gebe. Ich vermute, daß dies ein Wahlkampfthema sein wird, worauf ich mich ganz ausdrücklich freue; denn ich weiß, welche Förderungen das Land Niedersachsen in den verschiedensten Bereichen vornimmt und wie die Förderung in anderen Ländern wie z. B. in Baden-Württemberg und in Bayern aussieht. Sie haben sich nur noch nicht damit beschäftigt, meine Damen und Herren. Deshalb halten Sie hier solche Reden.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie sich darauf vorbereitet hätten, wüßten Sie, daß wir bei einigen Förderungen entscheidend besser aussehen, und zwar genau in den Fällen, in denen es der einzelbetrieblichen Entwicklung nützt, was Sie ja immer wieder gefordert haben. Die Beispiele nenne ich Ihnen an dieser Stelle nicht, um Ihnen nicht die Arbeit abzunehmen. Die Beispiele sollen Sie sich erlesen, damit Sie im Wahlkampf auch damit umgehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

– Mal los! Wir freuen uns darüber, meine Damen und Herren.

Zum soziostrukturellen Einkommensausgleich und zu der Frage, wie wir uns die Umsetzung der vorgesehenen Mittel vorgestellt haben, ist hier sowohl vom Kollegen Uwe Brauns als auch vom Kollegen von Hofe gesagt worden, daß wir bereits einen entsprechenden Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht hätten, um diese Mittel investiv einzusetzen zu können. Leider haben wir uns in diesem Punkt gegenüber dem Bund nicht durchsetzen können, obwohl die Spitze des niedersächsischen Landvolkes und auch die Spitze des Landvolkes auf Bun-

desebene unserem Antrag zunächst einmal positiv gegenüberstanden haben. Die Spitze des BML war aber anderer Auffassung. Ich weiß nicht, wer sich dort letztendlich durchgesetzt hat. Daran sehen Sie aber, meine Damen und Herren, daß wir dort durchaus auf Gegenliebe gestoßen sind, als es darum ging, diese Gelder im Rahmen der GA oder wo auch immer einzusetzen und nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen; denn mit diesen Mitteln sollen Investitionen angereizt werden.

Dann kommt immer wieder das Lied davon, daß die Sozialdemokraten diejenigen gewesen seien, die das System der direkten Einkommensübertragung erfunden hätten.

(Zuruf von der CDU.)

– Ach Gott, das ist so!

(Zuruf von der CDU: Fragen Sie einmal Ihre Kollegen aus dem Bundestag!)

– Welche Kollegen soll ich fragen? – Zeigen Sie mir ein Programm, in dem das steht. Das ist auch bei uns diskutiert worden. Das steht zum Teil im Programm drin. In keinem Programm aber finden Sie etwa, daß wir je für direkte Einkommensübertragungen in der Größenordnung gewesen wären, um die es jetzt geht. Das heißt, totale Preisabsenkung auf EG-Ebene mit Zustimmung Bonns Richtung Weltmarktpreis und dafür direkte Einkommensstransfers. Das ist bisher von niemandem innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gefordert worden, meine Damen und Herren. Damit das einmal klar ist!

(Beifall bei der SPD.)

Ihnen fällt es immer wieder schwer, daß ich mich stets dagegen gewandt habe, und zwar auch in meiner eigenen Partei. Ich habe nämlich noch nie viel davon gehalten. Es ist natürlich die Ironie des Schicksals, daß nun ausgerechnet Sie direkte Einkommensübertragungen in einer nicht zu überbietenden Form einführen.

(Beifall bei der SPD.)

Jetzt redet der Kollege Ronsöhr hier davon, daß wir etwas zu flankierenden Maßnahmen und deren Finanzierung sagen müßten. Dann sei nach seinen Worten damit zu rechnen, daß zahlreichen Landwirten die Anträge abschlägig beschieden würden. – In der Tat: Nun ist es aber so, Herr Kollege Ronsöhr und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, daß wir vom Bund bis heute noch kein klärendes Wort zur Finanzierung dieser flankierenden Maßnahmen bekommen haben. Planak-Sitzungen mußten vertagt werden. Im Planak konnten wir nicht beschließen, weil der Bund seine Zahlen nicht auf den Tisch legen konnte.

(Zurufe von der CDU.)

Für den 17. Dezember ist eine Sitzung angesetzt. Sie ist mittlerweile wieder in Frage gestellt, weil die Haushaltsdaten des Bundes nicht vorliegen. Sich angesichts dessen hier hinzustellen und uns Vorwürfe zu machen, ist eine Spekulation darauf, daß wir keinen Sachverstand haben. Diese Spekulation ist aber so großartig, daß Sie sie besser unterlassen sollten. Das kriegen Sie nicht voreinander.

(Beifall bei der SPD.)

Nun ein Wort zu den nachwachsenden Rohstoffen. – Auch der Kollege von Hofe hat eben schon gesagt, daß das Holzblockheizkraftwerk haushaltsmäßig abgesichert sei. Meine Damen und Herren, hier brauchen Sie sich nur einzulesen. Im übrigen habe ich nie gesagt, daß wir keine sinnvollen Objekte hätten. Ich habe vielmehr gesagt, daß wir weniger Objekte hätten, als wir Finanzen zur Verfügung haben. Bei den nachwachsenden Rohstoffen habe ich manchmal aber auch den Eindruck, daß einige Leute glauben, Sachkenntnis bereite körperliche und seelische Qualen. Das ist aber nicht so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Damit muß man sich wirklich einmal beschäftigen. Hätten Sie das getan, dann hätten Sie hier hinzufügen können, daß diese Landesregierung inzwischen einen Beirat für nachwachsende Rohstoffe eingerichtet hat. Dieser Beirat besteht aus Vertretern von allen möglichen Ebenen und verfügt über einen sehr hohen Sachverstand. Er hat die Aufgabe, das Thema „nachwachsende Rohstoffe“ auf eine sachliche Grundlage zu stellen, auf der dann auch entsprechende Entscheidungen getroffen werden können. Ich wäre froh, wenn es Ihnen gelungen wäre, alle Ihre Kollegen im Bundeslandwirtschaftsministerium auf die niedersächsische Linie einzuschwören, damit wir nicht im Sinne von Antragstellern um Bundesmittel betteln müssen, meine Damen und Herren. Hier spitzen Sie den Mund und erreichen nicht, daß in Bonn gepfiffen wird. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Das gilt auch für den halbprozentigen Mehrwertsteuersatz für die Landwirte, meine Damen und Herren. Das niedersächsische Kabinett hat ausdrücklich beschlossen, daß wir im Bundesrat zustimmen. Ich weiß nicht, worüber Sie hier reden.

(Zuruf von Ronsöhr [CDU].)

– Es kommt nicht darauf an, daß das im Finanzausschuß zurückgestellt worden ist oder was auch immer, sondern es kommt darauf an, was diese Landesregierung zu diesem Thema einstimmig be-

schlossen hat und wie die Abstimmung im Bundesrat gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen.)

Im übrigen weiß das auch die Spitze des Landvolks sehr genau. Der können Sie mit solchen Reden nicht kommen.

Ich will das Thema Schweineseuche nicht unnötig ausdehnen und deshalb auch nicht viel dazu sagen. Ein paar Sätze muß ich aber dennoch sagen. Das, was von seiten des Landes auch hinsichtlich der finanziellen Verpflichtungen gesagt worden ist, wird das Land einhalten. Das wird es auch unter schwierigsten Bedingungen tun. Wir lassen unsere Landwirte nicht hängen. Das ist klar. Wir lassen sie auch nicht im Regen stehen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der FDP dafür bedanken, daß sie uns von Anfang an – insbesondere auch zu dem Zeitpunkt, zu dem wir handeln mußten, obwohl wir dazu nicht vollständig in der Lage waren – den Rücken gestärkt und gesagt haben: „Wir stützen das, weil wir wissen, daß das Land Niedersachsen Maßnahmen vollziehen muß aufgrund von EG-Richtlinien und EG-Beschlüssen.“ Diese Unterstützung hat den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Spitze des Hauses in schwierigen Situationen sehr geholfen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD.)

Insbesondere möchte ich auch dem Kollegen Hruska für das danken, was er in diesem Zusammenhang hier gesagt hat.

Ich möchte noch an eines erinnern. Der Kollege Eveslage war ja dabei. Ich hätte zur Rolle des Bundes auch bei der Großdemonstration in Cloppenburg einiges sagen können. Ich habe es im Interesse der Bauern aber unterlassen und dort öffentlich erklärt – ich möchte das jetzt nicht im einzelnen aufzählen –, bei dem Bemühen des Kollegen Borchert, kleinere Sperrbezirke zu erreichen, stärke die niedersächsische Landesregierung ihm ausdrücklich den Rücken.

Ich wollte, daß diese Linie, auch dem politischen Gegner den Rücken zu stärken, auch für die CDU-Fraktion in diesem Landtag gilt, meine Damen und Herren. Denn die Diskussion der letzten zwei Tage – das will ich Ihnen sagen – hilft den niedersächsischen Bauern nicht; der Landesregierung auch nicht, aber auch den niedersächsischen Bauern nicht. Ich nenne nur das Stichwort Rieste. Sie werden in der Sondersitzung alle Auskünfte bekom-

Funke

men, und Sie werden sich wundern, meine Damen und Herren! Bloß die Art und Weise, wie darüber diskutiert wird, erschwert Verhandlungen und erleichtert sie nicht. Darüber sollte man vielleicht einmal einen Moment nachdenken.

(Zuruf von Goldmann [FDP].)

– Das kann ich nicht sagen, was im Ausschuß gesagt worden ist, Herr Kollege Goldmann. Aber ich kenne den Sachverhalt von A bis Z, und von daher kann ich hier eine sehr klare Aussage auch in dieser Richtung dazu machen.

Vielleicht sollte man sich in der einen oder anderen Form auch einmal fragen, was mit einer bestimmten Diskussion, die in bestimmter Art und Weise geführt wird, letztlich angerichtet wird, ob sie im Gesamtinteresse des Landes und der Landwirtschaft ist oder nicht. Ich bitte, darüber einmal nachzudenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und von von Hofe [Bündnis 90/Die Grünen].)

In dem Sinne will ich mich noch einmal ausdrücklich bei den Fraktionen bedanken, die uns bei all den Maßnahmen unterstützt haben. Ich gehöre nicht zu denen, die sich hier hinstellen und zwischen Bonn und Brüssel aufrechnen. Dafür ist mir das Thema – das will ich Ihnen sagen – zu ernst, wirklich zu ernst. Wer Tag und Nacht – so geht es dem Staatssekretär, so geht es Mitarbeitern und mir auch – Anrufe von betroffenen Landwirten bekommt, die nicht wissen, wie sie wegen der Schweinepest, für die sie ja auch nichts können, ihren Kindern zu Weihnachten noch Geschenke machen sollen, dem kommt es nicht auf Aufrechnung an, sondern darauf, im Interesse der Leute schlicht und einfach alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, damit diesen Menschen geholfen wird, meine Damen und Herren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und von von Hofe [Bündnis 90/Die Grünen].)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Herr Minister Funke. – Herr Ronsöhr hat noch einmal das Wort.

Ronsöhr (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Funke, ich möchte noch einmal deutlich machen – es gibt auch entsprechende Erklärungen im Ausschuß –: Wir haben in dieser Frage immer gesagt, daß wir in Fragen der Seuchenbekämpfung Zusammenarbeit mit der Landesregierung praktizieren. Aber wenn wir nachfragen, ob an einer Stelle ein Fehler aufgetreten ist, der möglicherweise weitreichende Folgen hatte, dann meine ich, ist es in unser aller Interesse, wenn wir hierüber klärende Aussagen bekommen. Diese Aussagen werden wir auch weiterhin verlangen.

Ich habe hier deutlich gemacht, daß ich Ihnen zu dem finanziellen Erfolg gratuliere, den Sie erreicht haben, um die Schäden, die die Landwirte unseres Landes durch die überzogenen EG-Auflagen erfahren, ausgleichen zu können. Hier sind wir offen. Wir waren immer für Zusammenarbeit. Aber wo Kritik geäußert werden muß, werden wir sie auch in Zukunft im Interesse der Bauern unseres Landes aussprechen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, wir sind mit reichlicher Verspätung am Ende unserer heutigen Debatte.

Die nächste Sitzung beginnt morgen um 9 Uhr. Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 20.54 Uhr.